Oldenburg vom Tilsiter Frieden bis zu seiner einverleibung ...

Engelbert von Hammel

Oldenburg vom Tilsiter Frieden bis zu seiner einverleibung ...

Engelbert von Hammel

Beiträge für die Geschichte Niedersachsens und Westfalens

Herausgegeben

von

Dr. Georg Erler

Professor der Geschichte an der Universität zu Münster i. W.

7. Heft:

Oldenburg vom Tilsiter Frieden bis zu seiner Einverleibung in das französische Kaiserreich

von **Dr. Engelbert von Hammel.**



1907.

Druck und Verlag von August Lax in Hildesheim.

Oldenburg vom Tilsiter Frieden bis zu seiner Einverleibung in das französische Kaiserreich.

Von Dr. Engelbert von Hammel.



1907.
Druck und Verlag von August Lax in Hildesheim.

Inhaltsübersicht.

Vorwort.

Ich habe mir in dieser Arbeit die Aufgabe gestellt, die Geschichte Oldenburgs vom Tilsiter Frieden bis zu seiner Einverleibung in das französische Kaiserreich darzustellen. Wohl verfolgte ich anfänglich den Plan, lediglich die Zeit der Franzosenherrschaft einer näheren Betrachtung zu unterziehen, aber die Dürftigkeit der mir für jene Zeit zu Gebote stehenden Quellen zwang mich, auch die der Besitznahme Oldenburgs vorhergehenden Ereignisse in den Rahmen dieser Abhandlung hineinzuziehen.

Ist überhaupt unsere Kenntnis von der Regierung Peter Friedrich Ludwigs noch sehr lückenhaft, so bedurfte besonders die Zeit von 1807—1811 einer Untersuchung. Wohl hat Runde auch von jenen Jahren ein wahrheitsgetreues Bild entworfen.[1]) Aber seine Schilderung ist so knapp, daß selbst die wichtigsten Begebenheiten jener ereignisreichen Zeit auf sechs Seiten (105 bis 111) fast nur angedeutet worden sind. Über die Wegnahme Varels, über den Beitritt des Herzogs zum Rheinbunde, über sein Verhalten im östreichischen Kriege und seine Stellungnahme zur Kontinentalsperre erzählt er so gut wie nichts. Es schien daher der Mühe wert, alle jene Ereignisse und besonders die Stellung, die Peter Friedrich Ludwig zu ihnen eingenommen hat, zum Gegenstande einer eingehenden Darstellung zu machen, zumal mir für sie eine bisher nicht benutzte Quelle in dem Briefwechsel des Herzogs mit seiner russischen Schwägerin, sowie mit seinem Minister und seinen Bevollmächtigten in Paris zur Verfügung stand.

Über die Einverleibung Oldenburgs selbst hat der Kabinettssekretär Mutzenbrecher, der den Herzog auf seiner Flucht begleitete, im Jahre 1811 in Rußland eine kurze, den Tatsachen entsprechende Abhandlung geschrieben.[2]) Ebenso hat der unbekannte Verfasser des um das Jahr 1840 erschienenen Vignonschen Aus-

[1]) Runde, oldenburgische Chronik. 3. Auflage. Oldenburg 1863.

[2]) Mutzenbrecher, Einverleibung des Herzogtums Oldenburg in das französische Kaiserreich im Jahre 1811 (Abhandlung in dem Magazin

zuges im Anhange bemerkenswerte Angaben über die Verhandlungen der oldenburgischen mit der französischen Regierung wegen der Wegnahme des Herzogtums gemacht.[1]) Diese Aufzeichnungen sind dann später in das Pleitnersche Werk übergegangen.[2]) An der Hand eines reichen, bislang noch nicht benutzten Aktenmaterials aus den Archiven zu Oldenburg und Osnabrück hoffe ich aber auch über diese Ereignisse, namentlich über die Rolle, die der Herzog in ihnen gespielt hat, manches Neue bringen zu können.

Die Versuche, die ich machte, aus dem Archive des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu Paris Akten zu erhalten, sind leider gescheitert. So sehr ich dies auch bedauert habe, so konnte ich doch meine Arbeit, auch ohne die Pariser Akten eingesehen zu haben, zum Abschluß bringen. Denn bei der Fülle des vortrefflichen Materials, das das Großherzoglich Oldenburgische Haus- und Zentralarchiv bot, würde auch eine Benutzung der Pariser Akten das hier gegebene Bild jener Vorgänge kaum ändern, wie man aus den Mitteilungen, die Servières[3]) aus ihnen macht, schließen darf.

Wegen der großen Bedeutung, die das Verhältnis Rußlands zu Frankreich in dieser Periode auf die Gestaltung des Geschicks Oldenburgs hat, habe ich die Beziehungen dieser Staaten zu einander kurz erwähnen und besonders die verwandtschaftlichen Verhältnisse des oldenburgischen Hofes mit dem russischen näher beleuchten zu müssen geglaubt.

---

für Staats- und Gemeindeverwaltung. Band 4. S. 282 ff.). Oldenburg 1863.

[1]) Bignon, Geschichte der Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich über die Wegnahme des Herzogtums Oldenburg. Verfasser, sowie Druckort und Druckjahr unbekannt. (Auszug aus Bignon, Histoire de France. Paris 1838.)

[2]) Pleitner, Oldenburg im 19. Jahrhundert. Band 1. Oldenburg 1899.

[3]) Servières, L'Allemagne française. Paris 1905.

Verzeichnis der benutzten und zitierten Hülfsmittel.

I. Quellen.

a) Gedruckte.

Correspondance de Napoléon I., publ. par ordre de l'empereur Napoléon III. Paris 1858—1870. (Zitiert Corresp.).

Broglie, Memoires du prince de Talleyrand 5 Bände. Paris 1891. Deutsch von Ebeling. Cöln 1891—92. (Zitiert Talleyrands Memoiren.)

b) Ungedruckte.

1. Aus dem Großherzoglich Oldenburgischen Haus- und Zentralarchiv:

Lettres du duc Pierre Fréd. Louis d'Oldenbourg à sa belle soeur Marie Féodorowna de Russie. Tome VI. Abt. A. Hausarchiv III. b. Mscr. Old. Duc. (Zitiert Lettres du duc.)

Briefwechsel des Herzogs Peter Friedrich Ludwig mit seinem Gevollmächtigten Baron v. Lützow und dem Kabinettssekretär Mutzenbrecher in Paris. Abt. B. II. 4. A. a. Gesandtschaftsarchiv II, 15. Bd. I u. II. (Zitiert Briefw. mit Lützow Bd. I od. II.)

Briefwechsel des Herzogs Peter Friedrich Ludwig mit seinem Abgesandten Baron v. Maltzahn und dem Gevollmächtigten Baron v. Lützow in Paris. Abt. B. II. 4. A. a. Gesandtschaftsarchiv II, 16. (Zitiert Briefw. mit Maltzahn.)

Briefwechsel zwischen dem Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg und dem Geheimrat v. Hammerstein. Abt. B. II. 4. A. a. Gesandtschaftsarchiv II, 14. Bd. II. (Zitiert Briefw. mit Hammerstein.)

A. Hausarchiv II, 2. A. a. Oldenburg. Duc. Abt. D Nr. 322 u. 323. (Zitiert Old. Duc. Abt. D Nr.)
Abt. H. Tit. VI. Nr. 2, 7, 8, 9, 10, 13, 17.

2. Aus dem Königl. Preußischen Staatsarchiv zu Osnabrück:

Ober-Ems-Departement. 1. A. Archiv des Präfekten v. Keverberg. (Zitiert Staatsarchiv Osnabrück O. E. D, I. A.)

II. Literatur.

v. Alten, Georg Ludwig, Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorp. Oldenburg 1867.

Aye, Aus Eutins vergangenen Tagen Bd. I. Eutin 1891.

Bignon, Histoire de France. Paris 1838.

Bignon, Geschichte der Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich über die Wegnahme des Herzogtums Oldenburg. (Auszug aus Bignon, Histoire de France.)

W. v. Bippen, Eutiner Skizzen. Zur Kultur- und Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. Weimar 1859.

H. L. Conath, Freude der Oldenburger über die Rückkehr ihres Fürsten. Oldenburg 1807.

Fisher, Herbert Albert Laurens, Studies in Napoleonic Statesmans hip: Germany. Oxfort 1903.

Goecke-Ilgen, Das Königreich Westfalen. Düsseldorf 1888.

Gruner, Justus, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung. Frankfurt a. M. 1802.

Häusser, Ludwig, Deutsche Geschichte Bde. II u. III. Berlin 1855—56.

Hollmann, Anton Georg, Predigt am Jubelfeste der 50jährigen Herzogl. Regierung (14. Dezember 1823). Oldenburg 1850.

Jansen, Peter Friedrich Ludwig, Herzog von Oldenburg. Oldenburg 1893.

Kiesselbach, Die Kontinentalsperre. Stuttgart 1850.

Kleinschmidt, Geschichte des Königreichs Westfalen. Gotha 1893.

Kobeko, Der Cäsarewitsch Paul Petrowitsch, übers. von Laurenty. Berlin 1886.

Kortzfleisch v., Des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig Zug durch Norddeutschland im Jahre 1809. Berlin 1894.

Mosle, Oldenburg vor 50 Jahren. Oldenburg 1863.

Mutzenbrecher, Einverleibung des Herzogtums Oldenburg in das franz. Kaiserreich im Jahre 1811 (Abhandlung in dem Magazin für Staats- und Gemeindeverwaltung Band 4. S. 282 ff.). Oldenburg 1863.

Pleitner, Oldenburg im 19. Jahrhundert. Oldenburg 1899.

Pölitz, Der Rheinbund, historisch und statistisch dargestellt. Leipzig 1811.

Ricklefs Germania, eine Zeitschrift für Deutschlands Gemeinwohl. Oldenburg 1814—15.

R. R. (Alexander Brückner), Kaiser Pauls I. Ende 1801. Stuttgart 1897.

Roth, J. W., Todtenopfer. Bremen 1833.

Runde, Oldenburgische Chronik, 3. Auflage. Oldenburg 1863.

Schiemann, Die Ermordung Pauls und die Thronbesteigung Nikolaus I. Berlin 1902.

Servières, L'Allemagne française. Paris 1905.

Tatistcheff, Alexandre I. et Napoléon 1801—1812. Paris 1891.

Treitschke, H. v., Deutsche Geschichte Bd. I. Leipzig 1897.

Vandal, Napoléon et Alexandre I., 3 Bde. Paris 1891—96.

Vehse, Geschichte der kleinen deutschen Höfe. 4. Teil. Hamburg 1856.

Voigt, Deutscher Regentenalmanach auf das Jahr 1828. Ilmenau 1830.

Winkopp, Die rheinische Konföderationsakte. Frankfurt a. M. 1808.

v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1806—71. Bd. I. Stuttgart 1897.

Erstes Kapitel.

Einleitung.

Mit dem Tode des Grafen Anton Günther 1667 war die Selbständigkeit des oldenburgischen Staates dahin. Er zerfiel in mehrere Teile, und der Hauptteil, die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, wurde eine Provinz des dänischen Reiches.[1])

Schon war das Stammland der oldenburgischen Grafen über hundert Jahre bei der dänischen Krone gewesen, als es 1773 wieder an das deutsche Reich zurückfiel. Dänemark hatte immer einen Austausch der entfernt gelegenen Provinz herbeigesehnt, aber es hatte sich keine Gelegenheit, diesen Wunsch zu verwirklichen, geboten. Nun war Peters des Großen jüngste Tochter, die Kaiserin Elisabeth, unvermählt, und sie setzte ihren Neffen, den Sohn ihrer Schwester Anna, Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp, der als Herzog in einem Teil der schleswig-holsteinischen Lande regierte, zu ihrem Nachfolger ein. Als er im Jahre 1762 als Peter III. den russischen Thron bestieg, wurden seine schleswig-holsteinischen Besitzungen mit Rußland vereinigt. Nach einer Regierung von wenigen Monaten fiel der energielose Peter III. einer von seiner Gemahlin Katharina von Anhalt-Zerbst angestifteten Verschwörung zum Opfer. Über die Leiche des ruchlos ermordeten Gatten bahnte sich Katharina den Weg zur Alleinherrschaft. Unter ihrer Regierung gestalteten sich die Beziehungen zum dänischen Hofe sehr freundschaftlich. Als die dänische Regierung die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst gegen den russischen Anteil an den holstein-gottorpschen Besitzungen umzutauschen wünschte, war sie bereit, hierauf einzugehen.[2]) Sie schloß als Vormünderin ihres Sohnes Paul am 21. April 1767 einen provisorischen Vertrag,

[1]) Näheres siehe Runde 51.

[2]) Über diesen Umtausch vergl. Runde 75 u. 78 u. Voigt 96.

den Paul nach erlangter Großjährigkeit in dem Definitivvertrag von 1773 bestätigte. Nur wenige Tage jedoch blieb Oldenburg russisch. Schon am 14. Dezember trat der Großfürst Paul die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst als Dotation und Fideikommiß an die jüngere Linie seines Hauses, deren Oberhaupt der Bischof Friedrich August von Lübeck war, ab. Ein kaiserliches Dekret vom 29. Dezember 1773 erhob die Grafschaften zum Herzogtum des heiligen römischen Reiches, und Friedrich August wurde der erste Herzog.[1])

Glückliche Jahre verlebten die Oldenburger unter seiner Regierung. Er liebte sein Volk und traf zu dessen Wohle manche segenswerte Einrichtungen. Und im schönsten Lichte erscheint uns seine Persönlichkeit in jenem Augenblicke, wo er sich entschloß, seinen einzigen Sohn Peter Friedrich Wilhelm,[2]) der gemütskrank war, dem Wohle seines Landes zu opfern und an dessen Stelle seinen Neffen Peter Friedrich Ludwig durch ein Testament vom 4. April 1777 zum regierenden Landesadministrator zu ernennen.

Peter hatte ein sehr bewegtes Leben geführt.[3]) Er war geboren im Jahre 1755 zu Riesenburg in Ostpreußen als Sohn des Herzogs Georg Ludwig[4]) von Schleswig Holstein-Gottorp, der damals als preußischer Generalleutnant im Heere Friedrichs des Großen stand, und seiner Gemahlin Sophie Charlotte, Prinzessin von Holstein-Beck und Witwe des Grafen Alexander Ernst von Dohna. Sein Vater, der sich in den früheren schlesischen Kriegen ruhmreich hervorgetan hatte, fühlte sich nach der Torgauer Schlacht durch einen Vorwurf Friedrichs des Großen so sehr gekränkt, daß er seinen Abschied nahm. Er lebte dann mit seiner Familie nacheinander in Leipzig, Coswig und Königsberg, von wo er mit verhaltenem Groll in tatenloser Muße die kriegerischen Ereignisse verfolgte. Als dann die Holstein-Gottorper den russischen Thron bestiegen, und Peter III. seinen Onkel, der noch schmollend in Königsberg saß,

[1]) Vergl. Runde 81 ff.

[2]) Biographie im neuen Nekrolog der Deutschen, 1. Jahrgang S. 569.

[3]) Vergl. Voigt 95 ff., Hansen 7 ff., Pleitner 5 ff.

[4]) Näheres über ihn bei v. Alten.

als russischen Generalfeldmarschall zu sich rief, kam auch der erst siebenjährige Peter mit an den russischen Hof. Der Aufenthalt in Rußland war nur von kurzer Dauer. Mit dem Sturze Peters III. war auch die Stellung Georg Ludwigs unhaltbar geworden. Katharina machte ihn zum Statthalter in den großfürstlich holsteinschen Landen. Hier starben die Eltern Peters im Jahre 1763 kurz nacheinander, und achtjährig stand der junge Prinz mit seinem nur um drei Jahre älteren Bruder Wilhelm August verwaist an der Bahre der allzufrüh Entschlafenen. Ihr Onkel, der Fürstbischof Friedrich August von Lübeck, nahm sich zunächst ihrer an. Dann verschaffte ihnen die russische Kaiserin in der Person des livländischen Edelmannes Karl Friedrich von Staal einen ausgezeichneten Erzieher, der sich nun mit seinen Zöglingen zunächst vier Jahre in Bern und dann ebenso lange in Bologna aufhielt. Nach Petersburg zurückgekehrt, sollten die beiden Prinzen eine militärische Ausbildung erhalten. Der ältere entschied sich für den Seedienst, während der jüngere mit seinem Erzieher nach dem russisch-türkischen Kriegsschauplatze entsandt wurde. Leider schlug das Schicksal dem Herzen des jungen Peter wiederum eine schwere Wunde. Die Trauernachricht ereilte ihn, daß sein einziger Bruder in den Fluten der Ostsee sein Grab gefunden hatte. Um so näher schloß er sich jetzt an seinen Erzieher, seinen einzigen Vertrauten, an. Mit ihm durchreiste er zwei Jahre lang Deutschland, Italien, Frankreich, die Niederlande und England, um sich dann als Privatmann 1777 in Hamburg niederzulassen.

Inzwischen war eingetreten, woran Peter früher auch nicht im entferntesten gedacht hatte. Durch den Tod seines Bruders und die fortschreitende geistige Umnachtung seines Vetters der nächstberechtigte Thronfolger im Herzogtum Oldenburg geworden, wurde er durch das Testament seines Oheims vom 4. April 1777 zum regierenden Landesadministrator ernannt. Um Land und Leute seines künftigen Wirkungskreises kennen zu lernen, nahm er wiederholt in den Sommermonaten in Rastede seinen Aufenthalt, und nachdem er in der sechszehnjährigen Friederike von Württemberg im Jahre 1781 eine Lebensgefährtin gefunden, siedelte er ganz dorthin über. Jetzt begann für ihn der Lenz seines Lebens. In inniger Liebe miteinander verbunden,

verlebte das junge Paar im reizenden Rastede glückliche Jahre in stiller Häuslichkeit. Mit zwei gesunden Knaben war ihre Ehe gesegnet. Kein Wölkchen trübte den Himmel ihres ehelichen Glücks.

Kaum aber hatte Peter im Jahre 1785 nach dem Tode seines Oheims die Regierung des Herzogtums angetrete, als auch schon sein nur zu kurzes Glück in Trümmer gehen sollte. Als er mit seiner Familie nach Eutin reisen wollte, herrschte Unwetter, und Deichbrüche ließen eine Überfahrt über die Elbe bedenklich erscheinen.[1]) Friederike sollte deshalb zurückbleiben, und Peter fuhr allein voraus. Allein von Sehnsucht getrieben, entschloß sich bald darauf auch die junge Herzogin zur Überfahrt. Es sollte ihr Verderben werden. Der ungewohnte Anblick der gewaltigen Wellen setzte die zarte Fürstin in Schrecken, der noch vermehrt wurde, als unter lautem Krachen der Mast des sie begleitenden Schiffes, auf dem sich ein Teil der Dienerschaft befand, zusammenbrach. Matt und bleich verließ sie das Schiff, und schon in Segeberg brach sie zusammen. Sterbenskrank brachte man sie nach Eutin. Hier wurde sie von einem toten Kind entbunden. Ihr Zustand ließ bald alle Hoffnung schwinden, und am 24. November verkündete die auf Halbmast wehende Flagge auf dem Eutiner Schlosse der Welt die Trauerbotschaft, daß die erst 20 jährige Herzogin nicht mehr unter den Lebenden weile. Namenlos war Peters Schmerz über den Verlust der heißgeliebten Gattin. Nie wieder konnte er sich entschließen, sich ein neues häusliches Glück zu begründen. Fortan richtete er sein ganzes Sinnen darauf, in emsiger Arbeit für das Wohl seines Volkes lindernden Balsam zu finden für ein schwerverwundetes Herz.

„Subditorum salus felicitas summa“, so lautet der inhaltschwere Wahlspruch der oldenburgischen Herzöge. Und Peter Friedrich Ludwig hat es wahrlich bewiesen, daß ihm dieser Spruch nicht bloß eitel Phrase war, daß er ihm nicht als prunkendes Aushängeschild diente, sondern daß er ihn mit unauslöschlichen Lettern seinem Herzen tief und fest eingeprägt hatte. Seine segensreiche Friedenstätigkeit kann hier nur in aller Kürze ge-

[1]) Vergl. Aye I. 173 u. von Bippen 16.

streift werden.[1]) Seine Gesetze und Verordnungen zeugten von echter Weisheit und herzlichem Wohlwollen. Durch Errichtung von Quarantänenanstalten schützte er sein Land vor Einschleppung todbringender Krankheiten, durch gewaltige Eindeichungen vor dem Einbrechen verheerender Flutwellen. Er beförderte Künste und Wissenschaften,[2]) Ackerbau und Handel suchte er zu beleben, den Forsten, mit denen man in dänischer Zeit arg gehaust hatte, wandte er seine Pflege zu, und seine Stadt und ihre Zugänge ließ er verschönern. Für öffentliche Ruhe und Sicherheit wurde unter seiner Regierung aufs trefflichste gesorgt, das Gerichtsverfahren wesentlich verbessert. Und was geschah nicht alles, um trauernden Witwen und hülflosen Waisen zu helfen, um tüchtige Lehrer heranzubilden und das kirchliche Leben zu heben! Aber trotz der mannigfachen Ausgaben, die all diese trefflichen Einrichtungen zur Wohlfahrt des Volkes erheischten, herrschte dennoch im Staatshaushalte eine musterhafte Ordnung. Wie Peter von allen Akten, die dem Kabinett vorgelegt wurden, persönlich Kenntnis nahm, so überwachte er eben auch alle Ausgaben aufs genaueste. Sparsam, ohne geizig zu sein, lebte er mit seinen beiden Söhnen äußerst schlicht und vermied jeden übermäßigen Aufwand und glänzende Pracht, ohne freilich je sich seiner Herrscherwürde zu begeben. Dafür liebten ihn aber auch die Seinen, und wenn er freundlich und herablassend sich im Volke zeigte, und sich glücklich pries, Armen und Bedrängten helfen zu können, so leuchteten die Augen seiner Untertanen, und wie dankbare Kinder schauten sie zu ihrem liebenden Vater empor. Kein Wunder, daß die Oldenburger unter dem Zepter eines solchen Herrschers glücklich dahinlebten, und man versteht es, wenn ein Schriftsteller jener Tage, der spätere Zivilgouverneur Westfalens, Justus Gruner, auf seiner Reise durch die deutschen Lande gerade Oldenburg vor allen andern Staaten glücklich preist und wenn er mit der ganzen Begeisterung seines jugendlichen Herzens sich zu den Worten hinreißen läßt: „Unter Westfalens Provinzen ist Oldenburg die glücklichste, und unter deutschen Staaten sind wenige, wie dieser, weil wenige Fürsten

[1]) Vergl. Voigt 104, Runde 89 ff., Pleitner I, ferner Roth und Hollmann.

[2]) Vergl. Aye I 173.

sind wie dieser. O daß sie es wären! Daß alle der Geist dieses Fürsten beseelte! Daß das Schicksal dieses glücklichen Ländchens das Los von ganz Deutschland würde: Ruhig dürften wir dann dem Toben des ausgetretenen Stromes der Zeit zusehen; er würde unsere blühenden Gefilde nie verheeren, und aufgehalten von den Dämmen der Milde und der Zufriedenheit in seine natürlichen Grenzen, unter das Gesetz, zurückkehren."[1])

Und dieses Unheil, das Justus Gruner über deutsche Lande hereinbrechen sah, es stammte aus den denkwürdigen Maitagen des Jahres 1789. Als das verheerende Gewitter der Revolution Frankreich heimsuchte, hatten ihm die Oldenburger zugeschaut wie einem fernen, schönen Wetterleuchten, ohne zu ahnen, daß seine Folgen sich auch noch bei ihnen fühlbar machen würden. Aber ehe man sichs versah, waren auch schon die deutschen Großmächte in den Krieg gegen das revolutionäre Frankreich verwickelt worden, und der klägliche Ausgang des Reichskrieges hatte die Besitzergreifung Hollands durch die Franzosen zur Folge. Hierdurch wurde auch Oldenburg aus seinem langjährigen Frieden aufgeschreckt. Scharen französischer und holländischer Flüchtlinge überfluteten seine Grenzen, und gar bald besetzten es Hannoveraner und Engländer unter dem General Wallmoden. Doch wurde die Gefahr, daß seine Fluren zum Kriegsschauplatze würden, noch einmal glücklich abgewendet, als der König von Preußen mit der französischen Republik den Separatfrieden zu Basel schloß. Durch die in diesem festgelegte Demarkationslinie schien Norddeutschland fürderhin gegen jede Kriegsgefahr gesichert zu sein. Freilich hatte die Besetzung des Landes und der Reichskrieg gegen die Franzosen der oldenburgischen Staatskasse 800000 Reichstaler gekostet, aber die Kammer konnte diese beträchtlichen Ausgaben bestreiten, ohne die alten mäßigen Landesabgaben auch nur um einen Pfennig zu erhöhen. In den nächsten Jahren blieb nun Oldenburg von den Stürmen der Zeit unberührt, bis seine Interessen auf dem Friedenskongreß zu Rastatt wieder ernstlich bedroht wurden. Bremen beschwerte sich hier wegen Schädigung seines Handels durch den Elsflether Weserzoll. Indes ging der Kongreß auseinander, ohne daß eine Ent-

[1]) Justus Gruner I. 264.

scheidung erfolgt wäre, aber bei Durchführung des Lüneviller Friedens, bei dem Reichsdeputationshauptschlusse, wurden Bremens Klagen von neuem laut. Die Hansastadt fand Unterstützung an Frankreich, das Bremen vor allem zum Stapelplatz französischer Waren zu machen gedachte, und daher aus der Aufhebung des Weserzolls Vorteil ziehen konnte. Trotz des energischen Widerspruchs des Herzogs fielen die Schranken des Weserzolles, und damit versiegte die ergiebigste Einnahmequelle des oldenburgischen Staates. Als Entschädigung bekam der Herzog die münsterschen Ämter Cloppenburg und Vechta und das hannoversche Amt Wildeshausen. Zugleich wurde das Bistum Lübeck in ein weltliches Erbfürstentum verwandelt. Was bedeuteten aber die mageren Einkünfte dieser neuen Besitzungen im Verhältnis zu den Summen, die der Zoll eingebracht hatte! Indes half alles Protestieren nichts, die Verkehrsschranke fiel, und der Herzog konnte herzlich froh sein, als ihm mit Rußlands Unterstützung die Zollerhebung schließlich doch noch wenigstens auf zehn Jahre zugestanden wurde.

Kaum war in Regensburg mit Mühe und Not eine Verständigung über den Weserzoll erreicht worden, als neue Verwickelungen das oldenburgische Land bedrohten. Der Krieg zwischen England und Frankreich war von neuem ausgebrochen. Da das Inselreich selbst für Napoleons Schwert unerreichbar war, beschloß er das mit England vereinigte Kurfürstentum Hannover zu besetzen. Wiederum rückten 12000 Mann französischer Truppen unter Mortiers Führung durch oldenburgisches Gebiet. Abermals seufzte das Land unter der Last der Einquartierungen.[1]) Doch dauerten diese Truppendurchzüge glücklicherweise nur wenige Wochen.

Auf dem Welttheater vollzogen sich inzwischen gewaltige Veränderungen. Aus dem Chaos der französischen Revolution war das glanzvolle napoleonische Kaiserreich hervorgegangen, vor dessen imponierender Größe sich bald der ganze Kontinent beugte.

[1]) Für den Durchmarsch der französischen Truppen bei dem Einmarsche in das Hannöversche wurde mit dem Marschall Mortier eine Summe von mehr als 70000 Rtlr. liquidiert, wovon nur 3000 Rtlr. zurückbezahlt worden sind. Briefw. mit Lützow, Bd. I. Instruktion vom 2. September 1808.

Seit dem unglücklichen Frieden von Preßburg schaltete der korsische Eroberer auf den Trümmern des verfallenen deutschen Reiches ganz nach Willkür. Am 12. Juli 1806 gelang es ihm endlich, den Rheinbund ins Leben zu rufen, wodurch die zu Regensburg und Preßburg schon arg zerfetzte Reichsverfassung ihren Todesstoß erhielt. Einige Wochen später sank das altehrwürdige heilige römische Reich deutscher Nation ruhmlos ins Grab.[1])

Indes sahen die Oldenburger ruhig all diesen weltbewegenden Ereignissen zu.[2]) Hatte man auch die Einquartierungen lästig empfunden, so waren diese doch immer nur von kurzer Dauer gewesen. Von kriegerischen Ereignissen war man indes glücklich verschont geblieben. Erst als nach den Unglückstagen von Jena und Auerstädt auch die gefürchtete Monarchie Friedrichs des Großen sich verblutete, als der mit Napoleon verbündete König von Holland durch seine Truppen die preußisch-westfälischen Provinzen besetzen ließ und diese Okkupation im November 1806 auch auf das nichtsahnende Oldenburg ausdehnte, schien auch hier die Katastrophe hereinzubrechen. Die Hauptstädte und größeren Ortschaften wurden besetzt, alle öffentlichen Kassen versiegelt, ein General zum Gouverneur bestellt und die alten Beamten in ihren Ämtern einstweilen bestätigt. Um weiteres Unglück zu verhüten, befahl der damals in Erfurt weilende Herzog den Verordnungen des holländischen Militärgouvernements nachzukommen. Er wandte sich dann selbst unmittelbar an den französischen Kaiser, um gegen die Besetzung seines Landes Verwahrung einzulegen. Er fand bereitwilliges Gehör. Napoleon erklärte, daß es sich lediglich um eine militärische Okkupation gehandelt habe, und hob die irrtümlich geschehene Zivilbesitznahme wieder auf. Als am 8. Januar der Herzog wieder nach Oldenburg zurückkehrte, wollte der Jubel der Bevölkerung nicht enden.[3])

Der Krieg tobte inzwischen weiter. Das Unglück verfolgte die verbündeten Preußen und Russen. Bei Eylau schien die

---

[1]) Die allgemeine Zeitgeschichte siehe bei Häusser Bd. II und III, bei Treitschke Bd. I, bei Zwiedineck-Südenhorst Bd. I.

[2]) Mosle 4.

[3]) Vergl. Conath, Freude der Oldenburger über die Rückkehr ihres Fürsten. Oldenburg 1807.

Sonne des Glücks noch einmal das trübe Gewölk durchbrechen zu wollen, aber nach Friedland war alle Hoffnung dahin.

Napoleon übersah mit klarem Blick die Lage. Sein Hauptziel war erreicht. Preußen lag zertreten am Boden. Warum jetzt den Kampf gegen Rußland fortsetzen, zumal ein glücklicher Ausgang des Ringens mit dem Riesenreiche keineswegs verbürgt war? Viel wichtiger war es doch für den Augenblick, den Kampf gegen England energisch aufzunehmen. Aber hierzu bedurfte er eines starken Verbündeten, und wer konnte ihm da erwünschter sein als die moskowitische Macht? Gelang es ihm jetzt, Rußland von Preußen zu trennen und eng mit sich zu verbinden, so stand alles gut. Dem britischen Handel war das größte Absatzgebiet entzogen. Zu gleicher Zeit hielt man die skandinavischen wie die deutschen Staaten in völliger Abhängigkeit. Die Aussichten, die Napoleon dem besiegten Gegner für das Freundschaftsbündnis bot, waren in der Tat so verlockend, daß auch wohl ein charakterfesterer Mann als der schwache, ruhmeslüsterne Alexander darob Ehre und Treue hintangesetzt hätte. Nach kurzem Zaudern waren denn auch die dem Könige Friedrich Wilhelm III. geschworenen Eide vergessen, und fortan marschierte Alexander an der Seite seines früher bestgehaßten Gegners.

Dieses neue Bündnis hatte auch für Oldenburg Folgen. War schon der russische Kaiser durch den Vertrag von 1773 Haupt des oldenburgischen Hauses und dadurch Oldenburg sein Schutzbefohlener, so hatte Herzog Peter von jeher dem russischen Hofe noch besonders nahe gestanden. Die Kaiserin Katharina hatte ihrem Vetter in seiner Jugend immer eine auffallende Aufmerksamkeit bewiesen, und es ist wohl mehr als bloße Vermutung, daß sie ihn, solange man für das Leben des schwächlichen Paul besorgt sein mußte, zu ihrem Thronfolger ausersehen hatte. Später, als Paul die Schwächlichkeit seiner Jugend überwunden hatte, und Peter durch eine sonderbare Fügung zum Herzog von Oldenburg bestimmt worden war, sollten sich am Hofe des Herzogs Friedrich Eugen von Württemberg die russisch-oldenburgischen Familienbande noch fester knüpfen. Im Jahre 1776 fand hier der Großfürst Paul in der schönen und geistreichen Sophie Dorothea Auguste, die nach ihrem Übertritt zur griechischen Kirche den Namen Marie Feodorowna führte, seine zweite

Lebensgefährtin, und Peter verlor dort sein Herz an die muntere Friederike. Als dann im Jahre 1781 beide Schwestern mit ihren Männern das elterliche Heim wieder aufsuchten, bahnte sich auf dem reizenden Landsitze Etupes zwischen Peter und seiner Schwägerin ein Freundschaftsverhältnis an, das fürs ganze Leben dauerte, und dessen Herzlichkeit, wie es uns aus ihrem Briefwechsel[1]) entgegentritt, uns über ein Jahrhundert hinweg noch heute mit Rührung erfüllt. Maria Feodorowna war in den ersten Jahren ihrer Ehe auf ihren Gemahl nicht ohne Einfluß gewesen. Es verschlechterte sich aber das Verhältnis der beiden Ehegatten, als Paul der Hofdame Nelidow seine Neigung widmete und später die Fürstin Gagarin zu seiner Maitresse erhob.[2]) In den letzten Jahren seiner Regierung hatte der Cäsarenwahnsinn bei ihm sich so ausgebildet, daß Maria beständig für ihr Leben fürchten mußte. Als dann aber die Palastrevolution vom März 1801,[3]) die in den Einzelheiten ihrer Ausführung in späterer Zeit an Gräßlichkeit vielleicht nur in dem Serbien unserer Tage wieder erreicht worden ist, ihren kaiserlichen Gemahl hinwegfegte und dem jungen Alexander die Zügel der Regierung in die Hand gab, gewann die geistreiche Kaiserin-Mutter ihren Einfluß am Hofe zurück.[4]) Durch sie wußte auch Herzog Peter dem Zaren seine Wünsche vorzutragen. In letzter Zeit waren dann durch die jetzt erwachsenen Söhne des Herzogs, die in Rußland ihre Ausbildung erhielten, und dort am Hofe sehr gerne gesehen wurden, die freundschaftlichen Beziehungen noch enger geworden.

Kein Wunder deshalb, wenn Alexander in dem Friedensabschluß mit Frankreich auch an seinen Oldenburger Verwandten dachte. Im 12. Artikel des Friedensinstruments wurde bestimmt, daß der Herzog von Oldenburg in den völligen und friedlichen Besitz seiner Staaten wieder eingesetzt werde, und nur die Häfen des Herzogtums bis zum Frieden mit England

---

[1]) Lettres du duc Pierre Fréd. Louis d'Oldenbourg à sa belle-soeur Marie Feodorowna de Russie.

[2]) R. R. (Alexander Brückner), Kaiser Pauls I. Ende S. 49 ff.

[3]) Schiemann, Die Ermordung Pauls und die Thronbesteigung Nikolaus I. Berlin 1902.

[4]) Vergl. Vandal II. 226.

von französischen Truppen besetzt bleiben sollten.[1]) Freilich wurden in einem anderen Punkte Oldenburgs Interessen geschädigt. Nach des Grafen Anton Günther Testament vom 23. April 1663 waren nämlich die Grafen von Oldenburg Nach- oder Aftererben in der Herrschaft Jever und ihrem Zubehör, falls „die fürstlich anhalt-zerbstische Linie männ- und weiblichen Geschlechts" ausstürbe. Der letzte Fürst von Jever Friedrich August war nun 1793 gestorben, und die Herrschaft infolgedessen an die russische Kaiserin Katharina gefallen. Diese hatte die Benutzung und Verwaltung der Witwe des Verstorbenen einstweilen überlassen. In Tilsit wurde aber jetzt Jever von Rußland einfach an Holland abgetreten, das der Fürstin-Administratorin eine Pension von 60000 holländischen Gulden zusicherte. So wurden die eventuellen Sukzessionsrechte, die Oldenburg hier zweifellos zustanden, außer acht gelassen, und die Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der Herrschaft Jever mit dem Herzogtum schienen für immer zerstört zu sein. Aber der kleine oldenburgische Staat konnte in jenen stürmischen Zeiten herzlich froh sein, daß ihm wenigstens sein Besitzstand von den größten Mächten des europäischen Kontinents garantiert war, und im Hinblick auf seinen hohen Verwandten, dessen Freundschaft den Herrschaftsgelüsten des französischen Kaisers für die nächste Zeit unentbehrlich schien, durfte Peter jetzt ruhiger in die Zukunft blicken, als irgend ein anderer Fürst in deutschen Landen.

Im großen ganzen darf man wohl sagen, daß für die Folgezeit Oldenburgs Geschick von dem Verhältnisse Rußlands zu Frankreich abhing. So lange das Freundschaftsbündnis mit dem Zaren dem Kaiser die Möglichkeit zu unbeschränktem Schalten und Walten in Europa gab, war auch des Herzogtums Lage verhältnismäßig günstig. Erst als diese Freundschaft zu erkalten begann, verschwand auch die schonende Rücksicht, die man auf den Schützling des Zaren im Nordwesten Deutschlands genommen hatte. Oldenburgs geographische Lage war nun einmal die denkbar ungünstigste. Es mußte Frankreich, um erfolgreich den Kampf gegen England aufzunehmen, daran liegen, die

[1]) Runde 104.

Küsten im Nordwesten Deutschlands ganz in seiner Hand zu haben. Und wohl kaum würde das Senatskonsult vom 13. Dezember 1810 so lange auf sich haben warten lassen, wenn man nicht durch die Wegnahme Oldenburgs die einstweilen unmöglich zu entbehrende Freundschaft Alexanders zu verlieren befürchtet hätte. Ohne die russische Verwandtschaft wäre es schon jetzt um Oldenburg, wenigstens um den nördlichen Teil, geschehen gewesen, und dasselbe Dekret, das Ostfriesland mit Holland vereinigte, würde auch die oldenburgischen Küsten in die Machtsphäre des französischen Kaisers gezogen haben.

Zweites Kapitel.

Oldenburgs Beitritt zum Rheinbund.

Als das Unglücksjahr 1807 seinem Ende entgegenging, sah sich auch Oldenburg in seinem alten Wohlstand arg erschüttert. Die holländische Okkupation hatte große Summen verschlungen. Dann hatte der Tilsiter Friede die Bewachung der oldenburgischen Küsten durch französische Douaniers angeordnet. Aber bevor diese erschienen, blieb ein holländisches Korps mit dem Hauptquartier des Marschalls Dumonceau im Lande. Dieses Korps, das aus 16000 Mann bestand und nach und nach auf 20000 vermehrt wurde, hat allein dem Lande 1200000 Rtlr. Unkosten verursacht.[1]) Dabei waren die häufigen Durchmärsche, die immer noch fortdauerten, mit so hohen Kosten verknüpft, daß der Staatssäckel bald versagte. Noch hatten alle die vielen Ausgaben, die die Wirren der letzten Jahre gebracht, aus der Staatskasse bestritten werden können, und der Oldenburger bezahlte immer noch die alte mäßige Abgabe, die schon seine Vorfahren in der dänischen Zeit entrichtet hatten. Daß die Finanzverwaltung sich hiermit begnügen konnte, verdankte man der glänzenden Einnahme des Weserzolls.[1]) Diese ergiebige Einnahmequelle, die dem oldenburgischen Staat in den Jahren von 1798—1803 im Durchschnitt jährlich 138792 Rtlr. eingebracht hatte, hatte man, wie wir sahen, durch den Reichsdeputationshauptschluß für immer verstopfen wollen. Oldenburg sollte für seinen Verlust durch die Ämter Vechta, Cloppenburg und Wildeshausen entschädigt werden.

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Instruktion vom 2. September 1808.

Die Einnahme der drei Ämter betrug jedoch nur 41 150 Rtlr. Gold.[1]) Davon sollten noch an jährlichen Pensionen für die entlassenen münsterschen Beamten 8865 Rtlr. bezahlt werden. Oldenburg hatte anfangs diese klägliche Entschädigung zurückgewiesen, da es aber die Aufhebung des Zolls doch nicht hindern konnte, schließlich durchgesetzt, daß man den Weserzoll noch bis zum Ende des Jahres 1812 erheben durfte. So glaubte man sich doch wenigstens für die nächste Zeit eine erhebliche Staatseinnahme gesichert zu haben. Es sollte jedoch anders kommen. Die seit 1803 wiederholt eingetretene Blockade der Weser durch bewaffnete englische Schiffe hatte die Schiffahrt auf diesem Strom mehr oder weniger gehindert, und vollends das Berliner Dekret vom 21. November 1806 den Verkehr so lahm gelegt, daß die ganze Einnahme vom Weserzoll im Jahre 1807 nur 55633 Rtlr. betrug. Der Traum Oldenburgs, für die Aufgabe des Weserzolls durch eine zehnjährige Einnahme von wenigstens jährlich 138792 Rtlr. etwas entschädigt zu werden, war in ein nichts zerronnen, und für die Zukunft bot sich die trostlose Aussicht, daß jener Zoll in den nächsten Jahren kaum noch einige tausend Rtlr. eintragen werde.

Unter diesen Umständen sah sich der Herzog gezwungen, seinen Untertanen eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen. Er erließ am 4. Januar 1808 eine Verordnung, wonach eine Vermögenssteuer von drei vom Tausend, und eine Einkommensteuer von ½ Prozent für ein Einkommen von 150 bis 300 Talern steigend bis zu 5 Prozent für ein solches von 3000 Talern und darüber gefordert wurde. Diese Steuer sollte in eine besondere Kasse fließen, und ohne Rücksicht auf generelle und spezielle Exemtionen von den gesamten Vasallen und Untertanen des Herzogtums bezahlt werden. Im Verhältnis zu der allgemeinen Finanznot der Zeit war diese Abgabe wahrlich nicht zu hoch. Willig unterwarf man sich ihr. Nur einer, der es am wenigsten nötig hatte, glaubte sich ihr entziehen zu können. Es war der Graf von Bentinck, der in diesen Jahren in der oldenburgischen Geschichte eine traurige Rolle spielt, und den der Herzog wohl nicht mit Unrecht als „homme sans caractère et comme sans

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Instruktion vom 2. September 1808.

vergogne" gebrandmarkt hat.[1]) In seiner Herrschaft Varel, die inzwischen durch den Vertrag von Fontainebleau an Holland abgetreten worden war, konnte natürlich, solange die Rückgabe nicht erfolgt war, die Steuer nicht ausgeschrieben werden. Aber der Graf weigerte sich jetzt auch wider alles Recht, für seinen im Stad- und Butjadingerland wie in der Vogtei Schwei belegenen Grundbesitz die verordnete Steuer zu entrichten. Man teilte ihm mit, daß von allen Auswärtigen, die im Lande Grundstücke besäßen, wie von der Fürstin von der Lippe, den Grafen von Münnich, dem Freiherrn von Frintz, die Grundsteuer bezahlt werde, und forderte ihn nochmals auf, seiner Verpflichtung nachzukommen. Als er sich dennoch weigerte, ließ die oldenburgische Regierung durch beeidigte Achtmänner seine Besitzungen abschätzen und den Betrag der Steuer von den Pächtern aus den ersten fällig werdenden Pachtgeldern, wenn nötig durch rechtliche Zwangsmittel, eintreiben.[2])

Diese unerquicklichen Verhältnisse bedrückten Peters landesväterliches Herz, traten indes zurück gegen ein größeres Leid, das ihn um diese Zeit traf und ihn über ein Jahr beschäftigen sollte. Hatte er noch vor kurzem unter dem Eindruck des Tilsiter Friedens sich für die Zukunft den besten Hoffnungen hingeben können, so mußte ihn der Vertrag von Fontainebleau, den Napoleon am 11. November 1807 mit seinem Bruder Louis Napoleon abschloß, plötzlich aus aller Sicherheit aufschrecken.

Dieser Vertrag betrachtete den Grafen Bentinck als souveränen Herrn von Kniphausen und Varel, und gestand dem Könige von Holland über die dem Grafen von Bentinck gehörenden Herrlichkeiten Kniphausen und Varel fortan alle Rechte der Souveränität zu, wie solche in der Rheinbundsakte über die mediatisierten Fürsten anerkannt worden waren.

In der Tat war der Graf aber wohl Souverän in Kniphausen, besaß aber die Herrschaft Varel nur als Gutsherr, während die Hoheitsrechte hierüber schon seit dem Oldenburger

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 6. Januar 1809.

[2]) Lettres du duc. Bericht über die Erhebung der außerordentlichen Steuer vom 4. Januar 1808.

Vertrage vom 30. August 1693 den Regenten von Oldenburg zustanden. Man kann wohl kaum annehmen, was die französischen Diplomaten später behaupteten, daß Napoleon von den Hoheitsrechten des oldenburgischen Herzogs bei Abschließung des Vertrages nichts gewußt habe. Hatte er sich doch schon zu sehr mit dem Plane der Einverleibung der Nordseeküste beschäftigt, als daß er nicht genau über die dortigen Besitzverhältnisse unterrichtet gewesen sein müßte. Auch spricht sein späteres Verhalten gegen die Richtigkeit einer solchen Annahme. Wäre es ein bloßer Irrtum gewesen, Napoleon hätte ihn ja durch ein Wort wieder gut machen können. Aber die oldenburgische Regierung erhielt auf alle Beschwerden wegen Varels nur ausweichende Antworten. Man geht wohl sicherer in der Annahme, daß Napoleon absichtlich die Souveränitätsrechte des Herzogs zu beeinträchtigen beabsichtigte. Seitdem er ernstlich an eine Kontinentalsperre dachte, war es sein eifriges Bestreben, die nordwestdeutschen Küsten zuverlässigen Händen anzuvertrauen. Im Tilsiter Frieden war es ihm gelungen, die Abtretung Jevers an den König von Holland zu bewirken. Gern hätte er diesem jetzt auch die oldenburgischen Küsten, die Herrschaft Varel, das Stad- und Butjadingerland überlassen, wenn er nur Rußlands Feindschaft sich dadurch nicht zugezogen hätte. Allein in Tilsit war es ihm zur Genüge klar geworden, daß Rußland nie seine Einwilligung hierzu geben würde. Er hatte sogar dem Herzoge von Oldenburg den Besitzstand seiner Staaten garantieren müssen. Es war indes nicht Napoleons Art, einen einmal gefaßten Plan so schnell wieder aufzugeben, und sein sicherer Blick hatte rasch den geeigneten Punkt gefunden, wo er erfolgreich einsetzen konnte. Er hatte gehört, daß unter der Kniphauser Flagge viel Unterschleif und Schleichhandel mit England getrieben wurde. Deshalb haßte er den Grafen und sprach sogar davon, er wolle ihn füsilieren lassen.[1]) Auf ihn hatte er keine Rücksicht zu nehmen, und was lag daher näher, als diesen unbequemen Mann unschädlich zu machen, indem er ihn unter Aufsicht seines Bruders stellte. Nun war aber Bentinck zu gleicher Zeit Gutsherr in Varel, auf dessen Küsten Napoleon

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 30. Dez. 1808.

schon lange ein lüsternes Auge geworfen hatte. Übersah er nun einfach Oldenburgs Hoheitsrechte und betrachtete den Grafen Bentinck als Souverän, so stand jetzt auch der Einverleibung Varels in Holland nichts im Wege. Er lief auf diese Weise keine Gefahr, sich mit Rußland zu verfeinden, und bekam doch, wenigstens für die nächste Zeit, die Varelschen Küsten. Machte dann Rußland Schwierigkeiten, so konnte er ja immer noch erklären, es habe ihm fern gelegen, den Herzog in seinen Rechten irgendwie kränken zu wollen. Es gab dann immer noch einen ehrenvollen Rückzug. Außerdem erfuhr er auf diese Weise, wie weit der Zar für seinen Schützling einzutreten gesonnen sei, und gewann damit einen Maßstab, nach dem er sein weiteres Verhalten in den oldenburgischen Angelegenheiten regeln konnte.

Schon lange war der oldenburgische Herzog darüber empört, daß man ihm 20000 Mann holländischer Truppen ins Land gelegt hatte. Als nun die Nachricht von dem neuen Eingriff in seine Herrscherrechte nach Oldenburg gelangte, beschloß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, für sein Land und seine Rechte einzutreten. Da ein Protest bei dem französischen Geschäftsträger von Bourrienne in Hamburg erfolglos blieb, wandte er sich unmittelbar an den französischen und holländischen Hof. Wider Erwarten schnell fand in Paris der erste Punkt der Beschwerde Berücksichtigung. Schon am 17. Februar 1808 schrieb Napoleon persönlich an seinen Bruder in Holland: „Sie müssen den Prinzen von Oldenburg gut behandeln. Haben Sie seine Lande besetzen lassen, so ziehen Sie Ihre Truppen daraus zurück. Ist die Besetzung durch die „Große Armee" erfolgt, so werde ich dem Prinzen von Ponte-Corvo denselben Befehl geben. Schreiben Sie diesem Prinzen, daß ich Ihnen anbefohlen habe, den Herzog gut zu behandeln, weil Rußland lebhaftes Interesse an ihm nimmt."[1]) Und an den Generalmajor der „Großen Armee", den Prinzen von Neuchatel, schrieb er am 22. Februar: „Benachrichtigen Sie den Prinzen von Ponte Corvo, daß er, falls die Befehle zur Besetzung Oldenburgs von ihm herrühren, dieses Land sofort

[1]) Corresp. 13573.

vollständig räumen lasse, weil Rußland sich sehr für den dort regierenden Prinzen interessiert."[1])

Man sieht, die Rücksicht auf Rußland ist die Triebfeder bei diesen Befehlen. Daß aber Napoleon den Abmarsch der Truppen mit so regem Eifer betrieb, geschah doch auch wohl mit der Nebenabsicht, die Vernachlässigung des zweiten Punktes der Beschwerde um so weniger *fühlbar zu machen*. Wo er einen solchen Beweis seiner Rücksichtnahme zeigte, konnte man doch unmöglich annehmen, daß er um dieselbe Zeit denselben Staat in der Vareler Affäre in so schändlicher Weise zu betrügen suchte. So war beides erreicht: Der Glaube an seine Redlichkeit und die Verschleppung der Vareler Angelegenheit.

Und was war der Erfolg der in Amsterdam eingereichten Beschwerde? Ein höfliches Schreiben vom Könige von Holland, worin dieser dem Herzoge erklärte, daß die Beschwerdeschrift an eine falsche Adresse gelangt sei.[2]) Man glaube in Oldenburg irrtümlich, daß die holländischen Truppen auf seinen Befehl dort stünden. Seine Truppen seien nur ein Teil der großen Armee, und diese stünde unter dem Oberbefehl des Oberhaupts dieser Armee. Er würde niemals gestattet haben, daß sie sich in Oldenburg festsetzten. Und über Varel schreibt er: „Weder habe ich eine Vergrößerung meines Landes gewünscht, noch wünsche ich sie jetzt. Indessen Sie wissen, daß ich in dem zwischen Frankreich und Holland abgeschlossenen Vertrage des Kaisers Vorschlägen habe beitreten müssen. Die Beziehungen Varels zu Ihrem Hause kenne ich nicht. Ich kann nur nochmals versichern, daß ich weit davon entfernt bin, eine Vergrößerung Hollands auf Kosten meiner Nachbarn zu wünschen."[3])

So höflich auch die Antwort des Königs war: man verstand in Oldenburg sofort, daß Holland aus freien Stücken nichts herausgeben werde. Da auf die in Paris eingereichten Beschwerden keine Antwort erfolgte, ahnte Peter nicht, daß schon bestimmte Befehle zur Räumung des Oldenburger Landes erlassen worden seien. Er hielt vielmehr die Beschwerden für fruchtlos. Was aber in seinen Kräften stand, um die Lasten seines Landes zu

---

[1]) Corresp. 13592.

[2]—[3]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Schreiben Louis Napoleons aus Utrecht vom 22. Februar 1808.

erleichtern, sollte getan werden. Er entschloß sich daher, persönlich den Kaiser aufzusuchen. Es war ein schwerer Entschluß, denn er verstand sich nicht auf Bettelei und Schmeichelkünste, und Napoleons Persönlichkeit war ihm durchaus zuwider. Indes die Pflicht, gefährdete Rechte seines Hauses zu schirmen, und der Wunsch, seinen Untertanen bessere Tage zu bereiten, ließen ihn dieses große Opfer bringen. Am 6. März langte er in Paris an.[1]) Am Hofe des größten Herrschers der Welt hatte man wichtigere Angelegenheiten zu entscheiden, als daß man von der Ankunft des oldenburgischen Herzogs sonderlich Notiz genommen hätte. Als Napoleon am 13. März zur Messe schritt, wurde Peter ihm vorgestellt. „Je suis bien aise de vous voir. Vous venez d'Oldenbourg, les troupes vont quitter votre pays, je suis bien aise de vous voir",[2]) das war die ganze Unterhaltung bei dieser Gelegenheit. Augenzeugen wollten behaupten, daß dieser Empfang ein äußerst freundlicher gewesen sei. Peter hat dies Gefühl nicht gehabt. Wenn er in der Folgezeit wieder mit dem Kaiser zusammen traf, so war dieser immer sehr höflich und liebenswürdig gegen ihn, aber Peters Persönlichkeit war durchaus nicht darnach angetan, sich von dem großen Korsen blenden zu lassen. Seinem nüchternen Blick entging es nicht, daß die Freundlichkeit des Kaisers etwas Gesuchtes zeige.[3]) Er mochte wohl das Rechte treffen, wenn er annahm, daß er diese höfliche Behandlung allein seiner russischen Verwandtschaft verdanke. Indes konnte ihm das gleichgültig bleiben, wenn er nur erreichte, daß seine Beschwerden berücksichtigt wurden. Aber um diesen Zweck der Reise ging die französische Diplomatie mit bewundernswerter Geschicklichkeit herum. Sie betonte immer wieder, daß der Befehl zum Abmarsch der Truppen bereits erteilt sei, aber über Varel glitt man mit schönen Redewendungen hinweg. Nur mit unbestimmten, nichtssagenden Versprechungen mußte der Herzog sich vertrösten lassen. Als die Pariser Tage zu Ende gingen, verhehlte er sich nicht, daß er nichts durchgesetzt habe. Nur um eine Erfahrung war er reicher geworden: er hatte persönlich gesehen, wie man mit Bitten und Schmeicheleien

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs aus Paris vom 16. März 1808.
[2]) Ebenda.
[3]) Ebenda.

von allen Seiten den Gewaltigen bestürmte, und daß ganz andere Fragen am französischen Hofe erst ihrer Erledigung harrten.

So schied er aus der Seinestadt nicht in froher Stimmung. Von Oldenburg war ihm die Nachricht zugegangen, daß Holland, obwohl es seine Rechte nicht bestreiten konnte, dennoch die Herrschaft Varel tatsächlich gegen den Protest seiner Regierung in Besitz genommen habe.[1]) Er befand sich in einer mißlichen Lage. Von Paris hoffte er nichts mehr, in Petersburg schien man wegen wichtigerer Interessen von seiner Beschützung Abstand zu nehmen. An wen sollte sich der kleine oldenburgische Staat, der, vom Reichs-, Staats- und Lehnsverbande losgelöst, ganz auf sich allein gestellt war, jetzt wenden, um zu seinem Rechte zu gelangen? Sollte Peter wirklich dem Rate folgen, den ihm Champagny während seines Aufenthaltes in Paris gegeben hatte,[2]) sollte er wirklich dem verhaßten Rheinbunde, dem er sich bisher ferngehalten hatte, beitreten müssen? Dieser Gedanke empörte ihn, als er auf seiner Rückkehr durch die deutschen Lande sah, wie sich die neuen Vasallen vor dem welschen Machthaber in tiefer Unterwürfigkeit beugten. Nichts war ihm mehr zuwider, als diese Haltung deutscher Fürsten, und es war ihm aus dem innersten Herzen gesprochen, wenn er seiner vertrauten russischen Schwägerin von Weimar aus schrieb, daß die Vorgänge in seiner Umgebung, wo jedermann im Streben nach persönlichem Vorteile sich entwürdige, ihn äußerst betrübten und bekümmerten.[3]) Und doch mußte er selbst mit der verhaßten Notwendigkeit rechnen, dem Rheinbund beizutreten. Dieser Gedanke wollte ihm geradezu das Herz brechen: „Möge Gott bald Wandel schaffen oder mich abberufen von einer Welt, die für einen Ehrenmann keinen Platz mehr hat.“ [4])

In seine Heimat zurückgekehrt, wollte er die Sommermonate in Eutin zubringen. Hier in dem oft besungenen, reizend gelegenen Städtchen, in dem altehrwürdigen Schlosse seiner Ahnen gedachte er für kurze Zeit seine schwere Sorgen zu vergessen. Die Jahreszeit war prächtig, und der stille Zauber

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs aus Weimar vom 2. Mai 1808.
[2]) Briefw. mit Lützow. Bd. I. Instruktion vom 2. September 1808.
[3]) Lettres du duc. Brief des Herzogs aus Weimar vom 2. Mai 1808.
[4]) Ebenda.

der holsteinischen Berge hielt seine Seele gefangen wie in früheren Jahren. Und doch konnte er inmitten des lachenden Sommers nicht froh werden. Er sah, wie rings um ihn herum in Holland, Hannover, Westfalen mit den alten Zuständen aufgeräumt wurde, wie überall französische Einrichtungen an ihre Stelle traten und die ihm verhaßten welschen Sitten Eingang fanden. Er konnte sich der bösen Ahnung nicht verschließen, daß auch er auf unsicherem Boden wandele, und daß ein geringfügiges Ereignis auch sein Ländchen mit in den allgemeinen Untergang hineinziehen könne. „Ich lebe zwischen Trümmern, und meine politische Existenz hängt an einem seidenen Faden", so drang sein Weheruf in den Junitagen zu den Ohren seiner Herzensfreundin im fernen Rußland.[1]) Berechtigten Anlaß zum Tadel sollte aber wenigstens sein Verhalten nicht geben. Ein beständiger Gesandter sollte von jetzt an seine Interessen in Paris vertreten. Der Baron von Maltzahn schien ihm für diesen Posten der geeignete Mann. Mit oldenburgischen Verhältnissen wohl vertraut, war er auch durch einen einjährigen Aufenthalt am russischen Hofe in die Absichten Alexanders eingeweiht. Man benutzte die Anfrage beim Zaren, ob die Wahl genehm sei, zugleich, um jenem noch einmal die Verwendung für die Rückgabe Varels dringend ans Herz zu legen. Man sei überzeugt, daß das Recht Oldenburgs sofort Anerkennung finden würde, wenn Alexander nur den Wunsch ausspreche, daß die Sache endlich einmal beendigt werde.[2])

Von der Entsendung Maltzahns wurde indes abgesehen, weil die über Erwarten früh erfolgte Rückkehr Napoleons nach Paris die sofortige Abfertigung eines Gesandten erheischte, Maltzahn aber, der noch in Rußland weilte, so schnell nicht abkommen konnte. Deshalb wandte man sich an den mecklenburgischen Gesandten in Paris, den Oberhofmeister von Lützow, der schon früher dort des Herzogs Interessen vertreten hatte, mit der Bitte, die oldenburgischen Verhandlungen wieder aufzunehmen und wegen des Beitritts Oldenburgs zum Rheinbund zu verhandeln. Denn zu diesem Schritte hatte sich Peter in-

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs aus Eutin vom 11. Juni 1808.

[2]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 12. September 1808 an Alexander und Romanzoff.

zwischen entschlossen. Sah er sich doch unter den deutschen Fürsten vollständig vereinsamt. Als der Rheinbund am 12. Juli 1806 zu Paris ins Leben trat, sahen sich sechszehn deutsche Fürsten genötigt, sich in allen Fragen der europäischen Politik zu willenlosen Werkzeugen Napoleons zu machen, um dafür für ihre eigenen Lande das Recht zu schrankenloser Gewalt entgegen zu nehmen. Bald schlossen sich andere an, schon im September 1806 der Kurfürst von Würzburg, und noch am Ende desselben Jahres der Kurfürst von Sachsen und die fünf sächsischen Herzöge des ernestinischen Hauses. Im Jahre 1807 folgten dann die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt, der Fürst von Waldeck, die drei Fürsten von Anhalt, das Haus Lippe, das Gesamthaus Reuß und das Königreich Westfalen. Seit März 1808 zählten sich auch die Herzöge von Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin zu den Rheinbundfürsten. Nur der Herzog von Oldenburg, von Preußen abgesehen, fehlte noch. Trotz der Unhaltbarkeit seiner isolierten Stellung wäre er aber auch jetzt noch gern dem verhaßten Bunde fern geblieben, aber auf den ausdrücklichen Wunsch Alexanders fügte er sich ins Unvermeidliche.

Jetzt galt es Lützow von allem genau zu unterrichten, um bei dem abzuschließenden Vertrage möglichst viel zu gewinnen. Denn eine bessere Gelegenheit, die berechtigten Klagen nachdrücklich zu vertreten, konnte sich nicht wieder bieten. Baron von Hammerstein, des Herzogs scharfsinniger Minister, arbeitete die Instruktionen aus, auf Grund derer Lützow die Verhandlungen führen sollte. Peter verfolgte dessen Arbeiten mit großer Aufmerksamkeit. Am Rande des Entwurfes findet man mannigfache Verbesserungen von des Herzogs Hand. Als Grundbedingung des Beitritts zum Rheinbund wurde die Rückgabe Varels gefordert. Etwaige Kompensationen hierfür seien von der Hand zu weisen. „Die Wünsche des Herzogs gingen allein dahin, die von der Vorsehung ihm anvertrauten Untertanen zu erhalten und soviel es die Umstände zulassen wollten, zu deren Glücke beizutragen. Seine Empfindung und sein Pflichtgefühl könne daher mit keinen Vertauschungen vereinigt werden." [1]) Ebenso

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Instruktionen vom 2. September 1808.

müsse die Idee eines Vergleichs zwischen dem Herzoge und dem Grafen Bentinck entschieden zurückgewiesen werden. Der Herzog werde sich nie mit einem Untertanen über die Landeshoheit vergleichen und überhaupt nicht mit dem Grafen Bentinck verhandeln. Sei die Restitution Varels durchgesetzt, so solle man sich um Anerkennung der Sukzessionsrechte in Jever und Kniphausen und um günstigere Bedingungen für die Aufhebung des Weserzolles bemühen. An Rang und Titel liege dem Herzog nichts. Man solle aber darauf dringen, daß das zu stellende Kontingent möglichst gering sei, höchstens 4—500 Mann, und daß es nur zum Schutze der oldenburgischen Küsten Verwendung finden solle. Wenn aber doch seine Truppen der allgemeinen Bestimmung der Rheinkonföderationsakte unterworfen sein sollten, so müsse für den Fall eines Krieges mit Rußland eine besondere Ausnahme gemacht werden. Nach traktatenmäßiger Bestimmung sei Alexander das Oberhaupt der jüngeren holstein-gottorpschen Linie. Gegen ihn dürfe Oldenburg nicht kämpfen. So wenig nun auch irgend eine Besorgnis diese Aussicht trübe, so läge doch in der Denkart und in dem Gefühl des Herzogs der Wunsch begründet, selbst in dem unglücklichen Falle einer Veränderung dieser Verhältnisse, von der einen Seite über den fortdauernden Schutz des französischen Kaisers und von der andern gegen die Möglichkeit eines Gebrauchs seiner Truppen wider den Chef seines Hauses beruhigt zu werden. Lützow solle alles mit dem russischen Gesandten, dem Grafen Tolstoi, beraten und ohne dessen Zustimmung nichts tun.

Ende des September war die oldenburgische Regierung bereit, die Verhandlungen aufzunehmen. Lützow hatte seine Instruktion empfangen, dazu in dem Kabinettssekretär Mutzenbrecher einen mit oldenburgischen Verhältnissen vertrauten Gehülfen gefunden. Auch die verwandten Höfe wollten sich für Oldenburg verwenden. Der russische Gesandte zumal hatte von seinem Hofe den Auftrag, alle Anträge des Herzogs zu unterstützen. Hinsichtlich Varels waren dem königlich dänischen Gesandten v. Dreier dieselben Aufträge geworden.[1]) Aber eben jetzt trat ein Ereignis

[1]) Dänemarks Unterstützung half freilich wenig. Napoleon drohte sogar diesem Staat: „S'il se conduisait mal, je le prendrai.“ Anmerkung bei Bignon (Auszug S. 94).

ein, das dem Gange der Geschäfte eine ganz andere Wendung geben sollte. Denn schon waren Champagny und die russischen und französischen Behörden unterwegs, um in Erfurt der großen Revue beizuwohnen, die Napoleon dort über seine Vasallen halten wollte. Lützow mochte darüber herzlich froh sein, denn er sah sich dadurch wenigstens einstweilen einer unerquicklichen Mission enthoben, die er doch wohl schwerlich zur Zufriedenheit des Herzogs ausgeführt hätte.

Zehn Monate schwebten jetzt schon die Verhandlungen wegen Varel, ohne daß man einen Schritt weiter gekommen wäre. Wirft man einen Blick zurück auf die Vorgänge, die seit den Tagen von Tilsit die Welt in Spannung hielten, so wird es klar, daß in dieser bewegten Zeit weder Rußland Zeit hatte, Oldenburgs Interessen genügend zu vertreten, noch Frankreich auf dessen Klagen zu hören. Alexander suchte im Osten die Früchte des Tilsiter Vertrages einzuheimsen. Napoleon glaubte im Westen im Handumdrehen mit dem verrotteten Spanien fertig zu werden. Aber hier wartete seiner zum ersten Male bittere Enttäuschung. In dem spanischen Volke war in dem langen Schlafe politischer Untätigkeit die Erinnerung an eine große Vergangenheit wachgeblieben, und als der korsische Eroberer übermütig spanische Eigenart anzutasten sich erkühnte, da fachte die Liebe zur Heimat die Flamme des Aufruhrs zur hellodernden Flamme an, die sich mit Blitzesschnelle über die ganze Halbinsel verbreitete.

Die Nachricht von den Ereignissen in Spanien machte in dem geknechteten Europa gewaltigen Eindruck. Was jenes Volk, von dem wir sonst nur wegwerfend gesprochen, zustande gebracht, sollten das auch wir nicht können! So tönte es überall von den Lippen der Bestgesinnten Deutschlands, und ein Hauch nationalen Empfindens durchzitterte wieder deutsche Herzen. Napoleon verhehlte sich den Ernst seiner Lage keinen Augenblick, erkannte in seiner Genialität aber auch sogleich, wie er dem drohenden Unwetter begegnen müsse. Koste es, was es wolle, die russische Freundschaft mußte auf jeden Fall befestigt werden. Nur so konnte er in Sicherheit die große Armee aus Deutschland zurückziehen, um sie gegen die aufstän-

dischen Spanier zu verwenden, nur durch ein Bündnis mit Rußland wurden Preußen und Österreich in Knechtschaft gehalten.

Noch am selben Tage, an dem die Nachricht von der Kapitulation bei Baylen zu Napoleon gelangte, hatte er den Zaren um eine Zusammenkunft gebeten, und dieser war bereitwilligst darauf eingegangen. Als Ort der Zusammenkunft wurde Erfurt gewählt. Hierhin strömten in den letzten Septembertagen aus allen deutschen Gauen die Vasallen Napoleons und aus Frankreich jeder, dessen Name einen Klang hatte, um das Verbrüderungsfest der beiden Kaiser verschönern zu helfen. In der Tat, seit den Tagen der großen deutschen Kaiser war kein Fest großartiger und prächtiger auf deutschem Boden gefeiert worden.[1]) Und all diese Pracht und Herrlichkeit bezweckte nur, dem russischen Freunde die Allmacht Napoleons in den glänzendsten Farben zu zeigen, um ihn desto sicherer ins Garn zu locken.

Als der Herzog von der bevorstehenden Zusammenkunft seines Neffen mit Napoleon hörte, machte auch er sich auf den Weg, seinen hohen Verwandten aufzusuchen. Er hatte wohl damit gerechnet, daß er unter den Augen Alexanders die günstigste Gelegenheit habe, wegen des Beitritts zum Rheinbund zu verhandeln. Deshalb nahm er seinen Minister von Hammerstein mit. Am 23. September waren sie in Weimar angelangt.[2]) Am 25. abends 9 Uhr traf auch Alexander ein, und schon am folgenden Morgen hatte Peter Audienz. Was bei dieser Gelegenheit alles verhandelt wurde, ist uns nicht überliefert. In seinen Briefen schreibt der Herzog nur, daß er freimütig gesprochen, und der Zar ihm mit Güte und Vertrauen zugehört habe.[3]) Daß er aber die Zusammenkunft verurteilte, läßt er überall durchblicken. Lieber wäre es ihm gewesen, sie hätte nicht stattgefunden. Sein nüchterner Blick hatte erkannt, daß es bei der ganzen Veranstaltung nur auf Blendung seines Neffen abgesehen war. Die Tilsiter Tage waren ihm noch zu frisch in Erinnerung, die leicht erregbare, sentimentale Natur

[1]) Ein sehr anschauliches Bild der Erfurter Veranstaltung bieten Talleyrands Memoiren Bd. I, Abt. 5.

[2]) Der Erbprinz von Sachsen-Weimar war mit der Schwester Alexanders, der Großfürstin Maria, vermählt.

[3]) Lettres du duc. Brief aus Weimar vom 26. September 1808.

Alexanders war ihm nur zu bekannt, und der Zauber von Napoleons Persönlichkeit zu offenkundig, als daß er nicht für seinen Neffen besorgt gewesen wäre.[1]) Auch war er überzeugt, daß durch die Erneuerung des Bündnisses weder die Anhänglichkeit der Russen für ihren Kaiser gestärkt, noch die öffentliche Meinung befriedigt werde. Aber nachdem die Zusammenkunft doch einmal Tatsache geworden, solle man sich von der überlegenen französischen Diplomatie nicht mit leeren Worten abfertigen lassen. Napoleon sei augenblicklich auf Rußland angewiesen, und für dieses Bündnis müsse man Gegenleistungen verlangen. Um dies durchzusetzen, schien ihm freilich Romanzoff nicht der rechte Mann zu sein.[2])

Napoleon traf am 27. September in Erfurt ein. Noch am selben Tage geleitete er den Zaren in die im schönsten Festesschmucke prangende Stadt. Er überbot sich an Schmeicheleien und Höflichkeiten und entfaltete den ganzen Reiz seiner verführerischen Persönlichkeit, um die Seele des eitlen Russen sich ganz zu unterwerfen. Kein Wunder, daß auch Peter, als er mit Empfehlungen seines hohen Beschützers Napoleon seinen Besuch machte, liebenswürdig aufgenommen wurde. Die Erfurter Tage flogen dem Herzog schnell dahin. Jeden Morgen um 9 Uhr fand er sich bei dem großen Lever in Napoleons Quartier ein. Gegen Mittag gab Alexander, bei dem der Herzog jeder Zeit vorsprechen konnte, Audienzen. Paraden, Mittagstafeln, Spaziergänge, Jagden füllten die Zeit bis zum Abend. Dieser war meistens der Tragödie gewidmet.[3])

Aber hinter den Kulissen jener festlichen Veranstaltungen pflogen die Diplomaten ernste Verhandlungen, und als am 15. Oktober der Festesjubel verrauscht war, erschien dem Herzog das Resultat besser, als er erwartet hatte. „Gottlob ist alles besser verlaufen, als ich zu hoffen gewagt!“ [4]) Napoleons Verführungskünste hatten dieses Mal doch nicht hingereicht, Alexanders Kopf zu verwirren. Er war fest geblieben. Das russisch-französische Bündnis wurde erneuert, aber Napoleon mußte

---

[1]) Lettres du duc. Brief aus Weimar vom 26. September 1808.
[2]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 7. Oktober 1808.
[3]) Lettres du duc. Brief des Herzogs aus Erfurt vom 7. Okt. 1808.
[4]) Ebenda. Brief des Herzogs aus Weimar vom 15. Okt. 1808.

sich förmlich verpflichten, keine Schwierigkeiten zu machen, wenn Rußland sich sofort anschickte, seine Flaggen auf den Zinnen von Jassy und Bukarest aufzupflanzen. Auch hatte Napoleons ganze diplomatische Kunst nicht durchgesetzt, daß Alexander vom Kaiser Franz die Abrüstung und die Anerkennung Josef Bonapartes als Königs von Spanien verlange.

Wichtiger für den Herzog war es, daß er in diesen Tagen in den Rheinbund aufgenommen worden war. In aller Stille hatte man im Beisein des russischen Staatsministers Romanzoff verhandelt, und am 14. Oktober war zwischen dem Minister Hans Detlev Baron von Hammerstein, als Vertreter des Herzogs, und dem Chef der Sektion für den Norden im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Jean Baptiste de Labesnadière, als Vertreter Frankreichs, der Beitritt zur Konföderation vollzogen worden.[1]) Champagny hatte wegen wichtigerer Geschäfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen können.

Wenn auch der Beitritt sich nicht ganz im Sinne der Lützow gemachten Instruktion vollzog, so hatte Herzog Peter wenigstens in der Hauptsache sein Ziel erreicht. Im allgemeinen wich der Vertrag nicht von denen der anderen Rheinbundfürsten ab.[2]) Verfassungsänderungen brachte der Beitritt nicht mit sich. Der Herzog erhielt seinen Sitz im fürstlichen Kollegium. Sein Rang sollte durch die Bundesversammlung bestimmt werden. Ohne Zustimmung der Konföderation durfte der Herzog keiner nicht zum Rheinbund gehörenden Macht den Durchmarsch durch seine Staaten gestatten. Den Katholiken wurden dieselben bürgerlichen und politischen Rechte wie den Lutheranern zugesichert. Der Artikel 5 des Traktats betraf Varel. Er besagte: „Sa Majesté Impériale et Royale déclare, que par l' art. 5 du traité de Fontainebleau Elle n'a entendu ceder au Roi de Hollande que les droits de Souveraineté du Comte de Bentinck, n'ayant voulu porter aucune atteinte à ceux, qui pouvaient appartenir à Son Altesse Sérénissime le Duc d'Oldenbourg.“ [3])

---

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Bericht vom 14. Oktober 1808.

[2]) Gedruckt ist der Traktat in Winkopps Rhein. Bund Heft 28, S. 150 ff.

[3]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Rheinbundakte.

Mit dieser Erklärung konnte sich Oldenburg zufrieden geben. Denn die Souveränitätsrechte des Herzogs waren unbestreitbar. Hatten doch die Vormünder des Grafen in seinem Namen dem Herzog gehuldigt, und er selbst nach erlangter Majorennität seine Untertanenpflicht oft anerkannt. Da nun in dem Vertrage deutlich erklärt wurde, daß Frankreich nur Souveränitätsrechte des Grafen Bentinck an Holland übertragen habe, so folgte daraus, daß Frankreich die Hoheitsrechte von Varel garnicht an Holland abgetreten hatte, und andererseits, daß Holland sie in Besitz zu nehmen unmöglich ein Recht haben konnte, da geständigermaßen es kein anderes Recht hatte, als was ihm von Frankreich übertragen worden war. Dazu unternahm es Frankreich, selbst bei Holland die Einleitungen zur Rückgabe zu machen. Rußland wollte diese durch seinen Gesandten unterstützen. Man durfte annehmen, daß die Restitution Varels jetzt keine Schwierigkeiten mehr finden werde. Der letzte Punkt betraf die Stellung des Kontingents, das „mit Rücksicht auf die Lage des Herzogtums am Meere und die Ausdehnung der zu bewachenden Küste“ [1]) auf 800 Mann Infanterie festgesetzt wurde. Diese Zahl war bei der Größe von 97½ Quadratmeilen und einer Einwohnerzahl von 159,550 Menschen im Verhältnis zu den Kontingenten der anderen Rheinbundstaaten gering.[2]) Bedenkt man aber, daß dagegen Oldenbnrg noch obendrein für die nicht geringe Kosten verursachende Küstenbewachung durch französische Douaniers, die es seit dem Tilsiter Frieden dulden mußte, aufzukommen hatte, so erschien sein Los wahrlich nicht besser als das seiner Bundesgenossen. Der Wunsch, daß das Kontingent lediglich zur Bewachung der Küsten dienen solle, war unberücksichtigt geblieben. Der Traktat sollte möglichst bald genehmigt, und die Ratifikation innerhalb eines Monats in Paris ausgewechselt werden.

---

[1]) Briefe mit Lützow, Bd. I. Rheinbundakte.

[2]) Anmerkung.

	Größe in Q.-M.	Einwohnerzahl	Kontingent
Lichtenstein	2⅓	5002	40
Sachsen-Weimar	35	111000	800
Sachsen-Gotha	55	187000	1100
Würzburg	97	311000	2000

Siehe Pölitz. Der Rheinbund, historisch und statistisch dargestellt. Leipzig 1811.

Es war Sitte bei der Abschließung von Verträgen, allen Beteiligten Geschenke zu überreichen. Die oldenburgischen Geschenke waren reich ausgefallen und ansehnlicher als sie von anderen Bundesfürsten gegeben worden waren. Sie kosteten 27300 Livres.[1]) Als Hammerstein sie in Erfurt abliefern wollte, erklärte Labesnadière, sie vor der Ratifikation nicht annehmen zu können. Diese erfolgte durch den Herzog am 25. Oktober. Zwei Tage später wurde Lützow zu ihrer Auswechselung bevollmächtigt. Jetzt erst kam Lützow wieder in Tätigkeit. Unvorhergesehene Ereignisse hatten es gewollt, daß Hammerstein den schwierigsten Teil der ihm gewordenen Mission erfüllte. Ihm blieb nun die leichtere Aufgabe, den Vertrag rechtskräftig zu machen.[2]) Am 10. November fuhr er zu Labesnadière in das Palais der auswärtigen Angelegenheiten, wo in dessen Arbeitszimmer die Auswechselung erfolgte. Die Annahme der Geschenke wurde wiederum verweigert und Lützow an Champagny verwiesen. Diesem machte er am 12. seine Aufwartung. Der Minister zeigte sich nicht wenig erstaunt, selbst ein Geschenk zu bekommen, da er ja nichts getan habe, es zu verdienen. Anfänglich schien er nicht annehmen zu wollen, mit der Behauptung, daß er es nicht dürfe. Doch fand man in solchen Fällen leicht einen Ausweg. Da sich das Porträt des Herzogs auf der ihm zugedachten Dose befand, erklärte er, unmöglich sie ablehnen zu können. Er wolle deshalb die Geschenke als „depôt" annehmen, um sie bis zur Entscheidung des Kaisers aufzubewahren.

Dieser war seit den Erfurter Tagen nicht müßig gewesen. Am 19. Oktober hatte Kanonendonner seine Rückkehr in Paris verkündet, am 25. eröffnete er hier die Sitzungen des Corps législatif, um dann am 29. nach Rambouillet und von dort zum spanischen Kriegsschauplatze abzugehen. Da von Spanien aus Entscheidungen nur in den wichtigsten Angelegenheiten getroffen werden konnten, war der französische Minister erst am 4. Januar 1809 imstande, Lützow zu erklären, daß er autorisiert sei, die Geschenke anzunehmen. Die Gegengeschenke, die bei dieser Gelegenheit Lützow überreicht wurden, durften sich neben

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Brief Lützows an Hammerstein vom 28. November 1808.

[2]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Gleichzeitige Berichte Lützows.

den oldenburgischen wohl sehen lassen. Wie weit aber war inzwischen die Restitution Varels gediehen? Frankreich hatte versprochen, selbst bei Holland die einleitenden Schritte zu tun. Als aber der oldenburgische Bevollmächtigte bei der Ausfertigung der Ratifikation Labesnadière fragte, ob der Kaiser in dieser Angelegenheit bei dem Könige von Holland vorstellig geworden sei, erhielt er zur Antwort, daß dieses nicht vor der Ratifikation des Vertrages habe geschehen können [1]). Freilich, hätte man auf die einleitenden Schritte Frankreichs warten wollen, wäre man wohl niemals zu Ende gekommen. Das wußten Oldenburg und Rußland wohl, und deshalb übernahmen sie Frankreichs Rolle. Der Herzog sandte von Berger und Wersebe als Unterhändler nach Amsterdam [2]) und forderte in einem Briefe an den Minister Roëll vom 28. November die Einsetzung von Kommissarien, um den alten Zustand wieder herzustellen.[3]) Romanzoff, der Tolstois Nachfolger geworden war, wie auch Lützow, betrieben in Paris durch den holländischen Gesandten Verheul energisch die Verhandlungen, und Dolgorucki machte dem holländischen Hofe im Auftrage Romanzoffs die bündigsten Erklärungen. Für Holland war die Sachlage jetzt eine höchst einfache. Nachdem Frankreich in Erfurt erklärt hatte, es habe Holland nur Souveränitätsrechte des Grafen Bentinck übertragen wollen, mußte nun Holland beweisen, daß Bentinck die Hoheitsrechte über Varel besitze. Konnte es das nicht, so mußte es Varel herausgeben. Die Verhandlungen schienen glatt ablaufen zu wollen, obgleich sich schon Mitte November das Gerücht verbreitete, der Graf Bentinck wolle Hoheitsrechte geltend machen.[4]) Indes scheint man in Holland den Ungrund der Bentinckschen Behauptungen erkannt und gefühlt zu haben, daß man gegen Oldenburgs klare Gründe nicht aufkommen könne. Nur so läßt sich das königliche Dekret erklären, das Mitte Dezember Varel von Ostfriesland

---

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Gleichzeitige Berichte Lützows.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 30. Oktober 1808.

[3]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 21. Januar 1809.

[4]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Mutzenbrechers vom 14. November 1808.

trennte. Man hatte in Holland erwartet, daß der Herzog dieses Entgegenkommen anerkennen, sich höflich bedanken und sich dann mit dem holländischen Könige über die Besitzergreifung verständigen werde.[1]) Aber man täuschte sich, denn kaum hatte Louis Napoleon in Varel seine Wappen abnehmen lassen, als auch schon das herzogliche Militär erschien, um sofort wieder von der „possessio vacua" Besitz zu ergreifen. Das holländische Militär setzte jedoch dem Erscheinen der herzoglichen Truppen energischen Widerstand entgegen.[2]) Es kam zu peinlichen Auftritten, in denen die Oldenburger sich manches bieten lassen mußten, um dann schließlich auch noch unverrichteter Sache wieder abzuziehen. Wenn auch das holländische Militär hierbei eigenmächtig handelte und Holland sich später wegen des Betragens des Generals Carteret entschuldigte,[3]) so zeigt doch das Verhalten der holländischen Regierung, daß sie das Geschehene nicht ungern sah. Hatte sie früher den nicht stichhalten Erklärungen des Grafen Bentinck keine Bedeutung beigelegt, so ergriff sie diese jetzt begierig, um dem Herzoge neue Schwierigkeiten zu machen. Sie begrüßte das Bentinckſche Promemoria, worin er zu beweisen suchte, daß er nicht Untertan des Herzogs sei, als willkommene Handhabe, die herzoglichen Rechte zu bestreiten. Ein königliches Mandat vom 26. Dezember entblödete sich nicht, die Rechte des Grafen Bentinck mit denen des Herzogs auf eine Linie zu stellen.[4])

Will man ein Urteil über das Vorgehen des Herzogs fällen, so kann man ihm sein gutes Recht dazu unmöglich absprechen. Seine Souveränitätsrechte waren sonnenklar. Dagegen hatte Bentinck auch nicht den Schein eines Rechtes vorzubringen vermocht. Holland hatte noch dazu mit der Entfernung seiner Wappen Varel aufgegeben. Was lag näher für den Herzog, als daß er sogleich wieder seine alten Rechte in Anspruch nahm.

---

[1]) So äußerte sich Verheul. Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 3. Januar 1809.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben des Herzogs vom 17. Dezember 1808.

[3]) Ebenda. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 31. Januar 1809.

[4]) Briefw. mit Lützow, I. Bd. Bericht Lützows vom 7. Januar 1809.

Sollte er etwa höflicher Weise über den Modus der Besitzergreifung neue Verhandlungen anknüpfen, obgleich Holland auf seinen Brief vom 28. Oktober, in dem er um Ernennung von Kommissarien gebeten, überhaupt zu antworten nicht für nötig gehalten hatte? Im Vollgefühl seines Rechtes und unwillig über die jetzt schon bald ein volles Jahr dauernden Verhandlungen, konnte er dieses neue Opfer zu bringen nicht über sich gewinnen. Und doch wäre er weit besser dabei gefahren. Die holländische Regierung hätte gesehen, daß man den guten Willen, den sie durch das Aufgeben Varels zweifellos bekundet hatte, in Oldenburg anerkenne. Auf dieser Grundlage wäre sicherlich innerhalb weniger Wochen eine Verständigung erfolgt. So nahe schon am Ziele, hatte im letzten Augenblicke das rasche Zugreifen Peters alles wieder verdorben, und als das Jahr 1809 begann, war das Ende des Vareler Handels noch nicht abzusehen.

Am 29. Dezember wurden diese Vorgänge in Paris bekannt. Sie riefen bei den Männern, die hier die herzoglichen Interessen vertraten, nicht geringe Bestürzung hervor. Weder Lützow, noch der Gesandte von Dreier, der die Verhandlungen lebhaft unterstützt hatte, billigten das übereilte Vorgehen, und Romanzoff konnte seinen Unmut nicht verbergen.[1]) Er ließ deutlich merken, daß ihm der Vorfall höchst unangenehm sei, und erklärte, daß man nachgeben und alles in Ruhe beilegen müsse, wenn man nicht die militärische Macht habe, seine Rechte durch Gewalt zu erzwingen. Verstimmt zog er sich einige Tage von den Verhandlungen ganz zurück, bis ein Brief des holländischen Ministers Roëll an v. Berger vom 28. Dezember, von dem ihm Dolgorucki eine Abschrift sandte, ihm klar machte, daß der König von Holland in böser Absicht die Sache zu verschleppen sich mühe.[2]) Man überlegte, ob es besser sei die Angelegenheit sogleich an den Kaiser zu bringen, oder ob man durch Verheul die Rechte des Herzogs in Amsterdam darlegen lasse, die Verhandlungen dann dort durch v. Berger und Dolgorucki führe und sie von Paris aus unterstütze. Da von

[1]) Briefwechsel mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 29. Dezember 1808.

[2]) Ebenda. Bericht Lützows vom 5. Januar 1809.

Spanien aus nicht leicht eine Antwort zu erhalten war, so entschied man sich für das Letztere.[1]) Romanzoff führte jetzt eine kräftige Sprache. Er erklärte Verheul, Rußland werde diese Angelegenheit bis aufs Äußerste treiben, der Zar werde stets die Rechte eines Fürsten seines Hauses verteidigen, vorzüglich aber in diesem Augenblicke, wo er seine Schwester dem Sohne des Herzogs zur Gemahlin gebe. Er glaube, daß man in Holland bösen Willen habe, und diesen würde man sich nicht gefallen lassen.[2]) Während Romanzoff so durch Drohungen den holländischen Hof einzuschüchtern strebte, brachte Lützow dem holländischen Gesandten in Paris einen Auszug aus dem Oldenburger Vertrage vom 30. August 1693, sowie eine Abschrift von dem von Bentincks Vormündern geleisteten Treueid, als auch den Bericht der Varelschen Autoritäten an die Oldenburger Regierung vom 10. März 1808, um auf diese Weise jeden Zweifel an des Herzogs Souveränitätsrechten unmöglich zu machen.[3]) Verheul, der vom Rechte des Herzogs längst überzeugt war und den sehnlichsten Wunsch hegte, diese ihm peinliche Angelegenheit endlich einmal beigelegt zu sehen, faßte seine Depeschen an den holländischen Hof in den dringendsten Ausdrücken ab und bemerkte ohne Umschweife, daß es unmöglich sei, über eine so klare Sache eine Konvention abzuschließen, es sei denn über den Modus der Besitznahme.[4]) Diese energischen Schritte machten den König von Holland bald nachgiebig. Er ließ durch seinen Minister erklären, daß er seine Truppen zurückziehen wolle, wenn der Herzog sich verpflichte, selbst keine hinzuschicken.[5]) Aber dieser antwortete ihm, daß er alle Hoheitsrechte in Anspruch nehme und der Zusage der beiden Kaiser vertraue, sowie der Gerechtigkeitsliebe des Königs, daher um eine unbedingte Abtretung bitten müsse.

Als dann am 23. Januar Dolgorucki eine Audienz bei ihm hatte, versprach der König bereits die Herrschaft Varel ohne

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 10. Januar 1809.

[2]) Ebenda Bericht Lützows vom 19. Januar 1809.

[3]) Ebenda. Bericht Lützows vom 21. Januar 1809.

[4]) Ebenda. Bericht vom 9. Februar 1809.

[5]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 25. Januar 1809.

Einschränkung herauszugeben.[1]) Allerdings machte er auch jetzt noch Schwierigkeiten. Und wenn der Herzog klagt: „Der König von Holland ändert mit bewundernswerter Leichtigkeit seine Meinung,“ [2]) so war das nur zu wahr. Doch war die Entscheidung der Angelegenheit nicht mehr hinauszuschieben. Ende Februar reisten die herzoglichen Kommissarien nach Holland. In ihrer Gegenwart unterschrieb der Graf von Bentinck seinen Eid.[3]) Darauf wurde die Besitznahme von Varel vollzogen, ohne daß sich der Graf im mindesten widersetzt hätte.[4]) Damit war die Vareler Angelegenheit nach fünfzehnmonatiger Verhandlung endlich für immer geregelt.

Drittes Kapitel.

Der österreichische Krieg.

Um dieselbe Zeit, als Varel endlich seinem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben wurde, erging an den Herzog Peter Friedrich Ludwig der Befehl, seine Truppen für den östreichischen Krieg marschbereit zu halten. Napoleon war sogleich nach den Erfurter Tagen über die Pyrenäen geeilt und hatte im gewohnten Siegeszuge die spanischen Heere vernichtet. Schon am 4. Dezember 1808 öffneten sich ihm die Tore von Madrid. Sein Bruder konnte wieder den Thron der spanischen Bourbonen einnehmen. Als er sieggekrönt am 22. Januar 1809 wieder in Paris erschien, fühlte er sich stark genug, um den nicht mehr zu vermeidenden Kampf gegen das östreichische Kaiserreich aufzunehmen. Es war ein tragisches Geschick, daß in Österreich gerade jetzt alles zum Kriege drängte, wo doch der Ausgang kaum zweifelhaft sein konnte. Seitdem der Weltbeherrscher in Spanien seinen Dynastenhaß gezeigt hatte, und die orientalischen Projekte zwischen Paris und Petersburg eifrig erörtert worden waren, hatten die leitenden Kreise am Wiener

---

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 3. Februar 1809.

[2]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 20. Januar 1809.

[3]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 27. Februar 1809.

[4]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Brief des Herzogs an Lützow vom 4. März 1809.

Hofe einen Zusammenstoß mit dem korsischen Eroberer nur mehr für eine Zeitfrage gehalten. Man hatte sich deshalb vorgesehen und Rüstungen im großen Maßstabe betrieben. Im Herbst 1808 lagen dann die Karten für die Habsburger verhältnismäßig günstig, wenngleich ein Spiel mit Napoleon immerhin gewagt erscheinen mochte. Damals, als unter dem Eindrucke der spanischen Ereignisse das Volk eine allgemeine Erhebung erwartete, als Stein noch in Preußen eine Rolle spielte und Napoleon den größten Teil seiner Armee in Spanien zu verwenden sich gezwungen sah, damals wäre eine Schilderhebung vielleicht nicht ganz aussichtslos gewesen. Aber am Beginn des folgenden Jahres, wo nach Niederwerfung des spanischen Aufstandes des Imperators Stern höher stand, denn je, wo man obendrein nach dem Besuche des preußischen Königspaars in Petersburg im östreichischen Kabinett ganz genau wußte, daß einstweilen weder von Preußen noch von Rußland die mindeste Unterstützung zu erwarten war, erschien ein Krieg als eine Tollkühnheit. Napoleon wartete, bis die feindlichen Truppen den Inn überschrittenhatten, denn nur für den Fall eines Angriffskrieges Österreichs konnte er auf eine freundliche Haltung Rußlands rechnen. Aber bis dahin war er nicht müßig gewesen.

In Frankreich hatte er eine neue Aushebung angeordnet, die Armeekorps im Innern zum Rheine abkommandiert. Truppen aus Spanien sollten folgen. Dazu erließ er noch am Tage seiner Ankunft in Paris ein Schreiben an den Fürst Primas Karl in Frankfurt, worin er die Rheinbundfürsten vorläufig aufforderte, ihre Kontingente in marschfertigen Stand zu setzen.[1]) Dieser hatte nach den Bestimmungen der Rheinkonföderationsakte die Pflicht, die Könige und das Haus Nassau zu benachrichtigen, und das Haus Nassau mußte weiterhin die Fürsten des Bundes von den allerhöchsten Befehlen des Protektors in Kenntnis setzen. Im folgenden Monat wies Napoleon dem Kriegsminister Clarke die Plätze an, wo er die Rheinbundkontingente verwandt wissen wollte.[2]) Während alle anderen zum Kriegsschauplatze befohlen wurden, sollten die

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Bericht Lützows vom 9. Februar 1809.
[2]) Corresp. 14794.

2000 Mann starke Truppenmacht von Mecklenburg-Schwerin, die 400 Mann zählende von Mecklenburg-Strelitz und das auf 800 Mann festgesetzte Kontingent Oldenburgs nach Schwedisch Pommern marschieren. Am 1. März bekam Herzog Peter durch den Fürst Primas die Aufforderung zur ungesäumten Stellung seiner Truppen und deren Entsendung nach Stralsund und Schwedisch Pommern.[1]) Sonst besorgte der Fürst Primas persönlich nur die Schreiben an die Rheinbundkönige, während er jetzt auch an Oldenburg und Mecklenburg unmittelbar sich wandte. Vielleicht ist in diesem Schritte, wie auch in der Verwendung der oldenburgischen und mecklenburgischen Truppen im hohen Norden eine Rücksichtnahme und Bevorzugung der beiden dem Zarenhause verwandten Häuser zu erblicken,[2]) wenngleich hierzu Napoleons Verhalten gegen Sachsen-Weimar, dessen Erbgroßherzogin Maria ebenfalls Alexanders Schwester war, nicht zu stimmen scheint. Darauf bekam der Herzog am 2. März durch Bourrienne den Befehl, daß sein Kontingent sich am 10. März in der Richtung auf Stralsund in Marsch setzen sollte.[3]) Hätte Bourrienne gewußt, wie es um das oldenburgische Heer stand, so hätte er sich diese vergebliche Mühe sparen können. Denn mit der Aufstellung des Kontingents hatte man hier erst seit vier Wochen begonnen, und als der Befehl zum Abmarsch einlief, war die 100 Mann starke oldenburgische Ehrenwache kaum merklich stärker geworden. Es war in der Tat nicht so einfach, die Oldenburger zum Militärdienste heranzuziehen. Die Lage des Landes, die ausgedehnten Meeresküsten hatten die junge Mannschaft von jeher fast ausschließlich auf das Meer gelockt und der Seemannsberuf ihr eine nicht leicht zu überwindende Abneigung gegen den Heeresdienst zu Lande eingeflößt. Deshalb war es zu keiner Zeit weder unter der dänischen noch unter der herzoglichen Regierung möglich gewesen, auch nur eine kleine Truppenzahl aus Landeskindern zusammen zu bringen.

---

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I.

[2]) Anmerkg. Alexanders Schwester Helena war als Erbprinzessin von Mecklenburg-Schwerin schon 1803 gestorben.

[3]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Brief des Herzogs an Lützow vom 4. März 1809.

Seit dem Jahre 1704 zwar hatten die Dänen nach einem Einfall schwedisch-hannoverscher Truppen in Oldenburg ein Regiment Landmiliz errichtet, aber im letzten Jahrzehnt ihrer Regierung hatten sie es wieder aufgelöst. Dann hatte man im Jahre 1767 eine Stellung von 30 Rekruten aus den Grafschaften für die dänische Armee verordnet, stieß aber hierbei auf so großen Widerwillen, daß man sich drei Jahre später entschloß, die Verordnung fallen zu lassen und statt dessen eine nach dem Kontributionsfuß erhobene Geldvergütung von 70 Reichstalern für den Mann festzusetzen. Hiermit bestritt man dann den Unterhalt einer hundert Mann starken geworbenen Infanteriekompagnie, die von nun an als eine Art Ehrenwache die einzige militärische Macht Oldenburgs bildete. Als nun der Herzog, durch den Beitritt zum Rheinbund gezwungen, am 29. Januar 1809 eine Vermehrung seiner Infanteriekompagnie durch Werbung anordnete, zeigte es sich, daß die alte Abneigung gegen den Heeresdienst immer noch nicht verschwunden war. Die verlockenden Anerbietungen hätten sonst bessere Früchte gezeitigt. Verpflichtete sich der Soldat auf zwei Jahre, so sollte er fünf Taler Handgeld und nach abgelaufener Kapitulationszeit zehn Taler Belohnung erhalten. Machte er sich sogleich für sechs Jahre verbindlich, so winkte ihm sogar ein Handgeld von zehn und nach Ablauf der Dienstzeit eine Belohnung von 50 Talern. Auch sollte für seine Zukunft gesorgt sein, falls er während seiner Dienstzeit erkrankte oder verunglückte. Trotzdem hatte man keinen Erfolg. Der Oldenburger verhielt sich nach wie vor ablehnend gegen den ungewohnten Dienst, und die Kriegsgerüchte vermehrten auch nicht den Zulauf Auswärtiger zu den Fahnen. Ende Februar wandte sich Peter daher an den Großherzog von Darmstadt mit der Bitte, ihm einige Truppen zu überlassen,[1]) erhielt aber auch hier abschlägige Antwort, da die Darmstädter Truppen teils noch in Spanien waren, teils schon für den neuen Krieg in Bereitschaft gesetzt werden mußten. Alle Mittel die man bislang zur Aufstellung des Kontingents angewandt hatte, waren vergeblich gewesen,

---

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 27. Februar 1809.

und schon nahte der 10. März als der Tag, an dem der Ausmarsch stattfinden sollte. Dieser Termin konnte so wie so schon nicht mehr innegehalten werden. Hatte aber der Herzog wirklich die ernste Absicht, seine Truppen möglichst bald ins Feld zu stellen und so seinen Bundespflichten nachzukommen, so gab es kein anderes sicheres Mittel, als das einer allgemeinen Aushebung. Hiervon wollte er aber durchaus nichts wissen, weil er sein früher blühendes Ländchen, dessen Wohlstand überdies schon durch die Beschwerden fortwährender Einquartierungen und durch die Stockung des Handels arg gelitten hatte, nicht ganz zu Grunde richten wollte, denn er verhehlte sich nicht, daß eine allgemeine Aushebung bei dem herrschenden Widerwillen gegen den Kriegsdienst seine waffenfähige Mannschaft zur Fahnenflucht treiben werde. Das ohnehin ganz unverhältnismäßig schwach und augenscheinlich für den Anbau des Bodens unzureichend bevölkerte Land werde dadurch, so glaubte er, einer Entvölkerung und seinem unvermeidlichen Ruin entgegen gehen. Das sollte um jeden Preis vermieden werden, und deshalb wies er alle auf eine Aushebung hinzielenden Ratschläge kurzer Hand zurück. Und doch mußte etwas geschehen, wollte Peter sich nicht dem Haß des Allgewaltigen schonungslos preisgeben. Seine Lage war äußerst peinlich. Als er den Rheinbundvertrag ratifizierte, hatte er als selbstverständlich angenommen, daß man ihm zur Ausrüstung des Kontingents genügende Zeit lassen werde, und deshalb hatte er sich bei Festlegung der Stellungszeit mit dem einfachen „pour le cas de guerre“ begnügt. Der Kriegsfall war jetzt eingetreten, und vertragsmäßig konnte Napoleon von ihm die sofortige Stellung der 800 Mann verlangen. Seit der Ratifikation des Vertrages waren aber kaum drei Monate verstrichen, und nach seiner Meinung war es ganz unmöglich, in so kurzer Zeit ein Bataillon zu errichten, wozu nichts vorhanden gewesen und alles neu angeschafft werden mußte. Daß man jetzt doch dieses Ansinnen an ihn stellte, empörte ihn, und der Gedanke, getäuscht worden zu sein, fraß sich tief und bitter in sein Herz. Nur einer solchen Stimmung konnte der Brief entspringen, den er am 4. März 1809 an den Herzog von Cadore zu schreiben wagte. Hierin teilte er diesem in aller Kürze mit, daß in 1½ Jahren, vom

Tage der Ratifikation an gerechnet, sein Heer in tadelloser Verfassung sein solle. Eigentlich hätte er ja in einer Klausel des Vertrages das erwähnen müssen, aber es sei doch ganz unmöglich, in einem Zeitraum von drei Monaten ein Bataillon auszuheben, zu bewaffnen und einzudrillen. Er müsse deshalb bis dahin um Frist bitten.[1]) Am 11. abends traf dieser Brief bei Lützow ein, nicht gerade zu besonderer Freude des herzoglichen Bevollmächtigten. Dieser war keinen Augenblick zweifelhaft darüber, daß eine solche anmaßende Forderung von einem anderthalbjährigen Aufschub, die ja nur zu offenkundig bezeugte, daß man an dem Kriege keinen Teil haben wolle, nicht den mindesten Erfolg haben werde. Eine bescheidene Bitte um kurze Verlängerung der gegebenen Frist wäre vielleicht am Platze gewesen, aber eine so weit gehende Forderung verdarb von vornherein jede Aussicht auf schonende Rücksichtnahme. Am liebsten hätte deshalb Lützow den Brief zurückgehalten, aber er sah sich hierzu nicht berechtigt. Er schickte ihn am 12. an den Minister des Auswärtigen, der sich damals in Rambouillet befand. Von hier scheint er dann bald an den Kaiser gelangt zu sein. Denn schon am 15. März schrieb dieser seinem Minister, daß des Herzogs Antwort ihn in Verwunderung setze. Man müsse seinem Minister eine Note schreiben, in der man ihn leise fühlen lasse, daß man eingegangene Verpflichtungen zu halten habe, und daß man dieses Betragen wenig loyal finde.[2]) Am folgenden Tage erfolgte dann durch Champagny die Antwort, die zwar in aller Höflichkeit bemerkte, daß der Kaiser die Schwierigkeiten, die sich der Aufstellung des Kontingents entgegen stellten, nicht verkenne, aber zugleich betonte, daß diese Schwierigkeiten in den andern Staaten ebenso groß gewesen, diese dazu noch oft von Kriegsleiden heimgesucht worden seien, während Oldenburg fern vom Kriegsschauplatze liege, und schließlich aufs entschiedenste verlangte, daß der Herzog ohne Verzug seine Truppen an den ihnen zugewiesenen Platz sende.

---

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Schreiben des Herzogs an Champagny vom 4. März 1809.

[2]) Correspond. 14902.

Die Sprache war deutlich genug. Wohl oder übel sah man sich jetzt am oldenburgischen Hofe in die Notwendigkeit versetzt, sich ernstlich an die Arbeit zu machen. Der Herzog war am 8. März nach Petersburg abgereist, um dort der Vermählung seines jüngsten Sohnes Georg mit der schönen und geistreichen Großfürstin Katharina beizuwohnen. Er hatte nicht ohne einige Besorgnis wegen der schwierigen Zeiten die Regierung dem Erbprinzen Friedrich August für die Dauer seiner Abwesenheit übertragen und ihm den erfahrenen Minister v. Hammerstein als Ratgeber zur Seite gestellt. Während nun der Erbprinz mit seinem Minister hin und her überlegte, wie Napoleons Forderungen zu befriedigen seien, ohne daß man dem Lande allzu große Lasten auferlege, war Lützow in Paris in schlimmer Lage. Sehnlichst erwartete er die Nachricht, daß wenigstens ein Teil des Kontingents unterwegs sei. Da man ihm deutlich zu verstehen gegeben hatte, daß man seine Einwendungen für leere Ausflüchte halte, so gab er sich alle erdenkliche Mühe, den Oldenburger Hof zu raschem Handeln zu bewegen. Er wies darauf hin, daß das Kontingent im Verhältnis zu anderen Rheinbundstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung überhaupt schon sehr gering sei, und daß die meisten deutschen Fürsten zu diesem Kriege noch mehr als ihr Kontingent stellen müßten. Wandte man ihm ein, daß diese auch zur Ausrüstung die erforderliche Zeit gehabt hätten, so konnte er dem entgegen halten, daß alle Fürsten, die während des preußischen Krieges dem Rheinbund beigetreten seien, ihre Truppen auch nach einigen Monaten hätten marschieren lassen müssen. Alle anderen Truppen des Rheinbunds seien entweder bereits unterwegs oder stünden bereit, um auf gegebenen Befehl sogleich an ihren Bestimmungsort abzugehen. Man solle deshalb doch auch in Oldenburg seinen guten Willen bekunden und wenigstens die *Hälfte der* vorgeschriebenen Mannschaft nach Stralsund marschieren lassen. Ausbilden könne man sie ja dort.

Auch Hammerstein fühlte, daß man sich ins Unvermeidliche fügen müsse, solange Deutschland unter Napoleons Herrschaft stehe. Aber was sollte er beginnen, wollte er nicht zur Konskription greifen? Die Militärkommission erklärte alle bisher angewandten Mittel zur Vervollständigung des Kontingents binnen

kurzer Zeit für unzureichend und hielt diesen Zweck auch nicht durch Erhöhung des Handgeldes und Gehalts für erreichbar.[1]) Hammerstein wußte keinen anderen Ausweg, als die Bevölkerung zu verpflichten, von je Tausend Einwohnern drei Mann zu stellen, zu gleicher Zeit aber den Untertanen hierbei bekannt zu machen, daß durch Bewilligung einer allgemein zu repartierenden billigen Vergütung für die zu stellende Mannschaft eine freiwillige Stellung bewirkt und so die Notwendigkeit einer allgemeinen Konskription vermieden werden könne.[2]) Dieser Plan war wohl durchdacht und schien nicht allzu schwer durchzuführen. Allein als der Minister ihn dem Erbprinzen unterbreitete, wurde er von diesem rundweg abgelehnt. Es war ja auch für den Erbprinzen doppelt peinlich, während der Stellvertretung Maßregeln zu treffen, die dem Volke unangenehm sein mußten, da er sein Regiment dadurch in schroffen Gegensatz zu der bekannten Milde seines Vaters gesetzt, sich auf diese Weise den Vorwurf der Härte zugezogen und sich im Volke unbeliebt gemacht hätte. Der Herzog jedoch hatte sich inzwischen nach den Antworten aus Paris zu anderen Ansichten bekehrt, und als Kuriere ihn auf seiner Reise nach dem Zarenhofe von den Entwürfen Hammersteins und der ablehnenden Haltung seines Sohnes in Kenntnis setzten, entschied er sich, so schwer es ihm fiel, zu Gunsten der Pläne seines Ministers.

Es wurde nun verordnet, daß die Bewohner des Herzogtums Oldenburg, in dem älteren Teile und dem Amte Wildeshausen nach Ämtern und Vogteien, im münsterschen Landesteile nach Kirchspielen, durch Vereinbarung unter sich auf je 400 Seelen einen Mann stellen sollten.[3]) Hierbei wurde ihnen völlig freie Hand gelassen. Sie konnten also auch Ausländer anwerben. Nur mußten sie für die gestellte Mannschaft während der Kapitulationszeit die Haftpflicht übernehmen. Um dann neben dieser allgemeinen Aushebung noch andere Rekruten in möglichst schneller Zeit zusammen zu bringen, sollte die Anwerbung eines Soldaten mit fünf Talern belohnt werden. So hoffte Hammerstein 200 Mann

---

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Bericht Hammersteins an den Herzog vom 23. März 1809.

[2]) Ebenda.

[3]) Runde 107.

sofort marschieren lassen, das zweite Viertel binnen kurzer Zeit versprechen, und dann in nicht allzu ferner Zeit auch die übrige Hälfte in Marsch setzen zu können.[1])

Aber mit der Entsendung der Truppen hatte es noch gute Weile. Denn ganz abgesehen davon, daß man bis zum Juni erst die Hälfte der vorgeschriebenen Mannschaft versammelt hatte, fehlte es überdies an Offizieren und Gewehren. Die wenigen Gewehre, die Oldenburg besessen hatte, waren bei der holländischen Expedition unbrauchbar geworden, und neue konnte man trotz des angeblich größten Eifers nicht beschaffen. Man hatte sie seit geraumer Zeit in Harzburg bestellt. Als der Herzog von Cadore wegen des Abmarsches drängte, schickte man sofort dahin, um die Absendung zu beschleunigen. Jedoch erhielt man zur Antwort, daß in der ganzen Fabrik kein einziges Gewehr aufzutreiben sei. Alles wäre bereits an Westfalen abgeliefert worden, und obendrein habe man noch Befehl erhalten, kein Gewehr ins Ausland zu versenden. Versuche, die man hierauf in Hamburg und Bremen machte, blieben ebenfalls erfolglos.[2]) So war es mittlerweile April geworden, als man sich auf den Rat eines holländischen Offiziers an Holland wandte. Hier fand man endlich Entgegenkommen. Da aber Holland schließlich die Erlaubnis zur Ausfuhr nicht erteilte,[3]) blieben die oldenburgischen Rekruten ohne Waffen. Lange wartete man vergebens, und schon hatte man zu Anfang Juni 450 Mann zusammen, und immer noch konnte man sie nicht militärisch ausrüsten.[4]) Bald nachher scheinen dann die Waffen endlich eingetroffen zu sein, aber zu dem Abmarsch nach Stralsund kam es auch dann noch nicht.

Man sieht, daß man es mit der Stellung der Truppen keineswegs ernst nahm. Vielmehr verfolgte man offenbar die Politik, durch Versprechungen und Entschuldigungen soviel Zeit zu gewinnen, bis der Krieg inzwischen zu Ende gegangen war. Hätte man wirklich die Absicht, möglichst schnell den Verpflichtungen nachzukommen, gehabt, so hätte man doch wenigstens

---

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Bericht Hammersteins an den Herzog vom 23. März 1809.

[2]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Schreiben Hammersteins an Lützow vom 1. April 1809.

[3]) Ebenda. Bericht Hammersteins vom 10. Mai 1809.

[4]) Ebenda. Bericht vom 3. Juni 1809.

100 Mann fortschicken können, für die schon Ende März die Waffen vorhanden waren. Auch brauchte man ja nur durch die französische Regierung in Holland vorstellig zu werden. Sofort wäre die Erlaubnis zur Waffenausfuhr erfolgt. Sicherlich aber hätte man nach Ankunft der Gewehre die 450 Mann sofort marschieren lassen müssen. Aber auch das geschah nicht, sondern die maßgebenden Personen in Oldenburg drangen jetzt darauf, diese zur Küstenbewachung zu verwenden. Gerüchte, die über bevorstehende Landungen der Engländer im Umlauf waren, benutzten sie als willkommenen Vorwand, um Bourrienne die Unentbehrlichkeit der oldenburgischen Truppen im eigenen Lande zu beweisen und ihm zu zeigen, daß die Sicherheit der Douanen wie der Schutz der großen Heerstraßen nach Holland und Frankreich auch im Interesse Frankreichs diese Maßregel erheische.[1]) Das hinderte sie aber keineswegs, die Douane einstweilen einfach im Stiche zu lassen, wenn diese einmal in Not geriet. Als Mitte Juli die Konfiszierung eines kleinen Fahrzeuges mit Konterbande bei Varel eine Landung der Engländer zur Folge hatte, und diese in einer Stärke von 50—60 Mann sich auf die Douaniers warfen und sogar einen von ihnen gefangen nahmen, glaubten letztere einer bewaffneten Unterstützung wohl wert zu sein und wandten sich hülfesuchend an den Herzog. Da erklärte aber dieser, daß er es für untunlich halte, eine solche Maßregel zu ergreifen, die vielleicht den Feind zu größeren Unternehmungen in einem Augenblicke reizen könne, wo ganz Norddeutschland von der Ems bis zur Elbe nur ein Bataillon ungeübter Soldaten zu seiner Verteidigung aufzuweisen habe.[2]) Dieser Vorfall scheint indes dem Douanenchef Veranlassung gegeben zu haben, mit dem Herzog wegen militärischer Unterstützung der Douane zu unterhandeln. Denn als am 30. Juli Bourriennes Antwort einlief, welche besagte, daß die Befehle wegen des Kontingents nicht geändert worden seien, verwandte man dieses bereits zur Deckung der Douane und hatte es zum großen Teil nach Elsfleth, Brake, Eckwerden und Varel verlegt. Hatte man

[1]) Briefw. mit Lützow, Bd. I. Schreiben Hammersteins an Lützow vom 3. Juni 1809.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 19. Juli 1809.

früher schon immer Entschuldigungsgründe gefunden, so glaubte man in Oldenburg jetzt erst recht, sich mit dem Vorwande des Küstenschutzes genügend verteidigen zu können. Und da überdies mit dem zu Znaim am 12. Juli abgeschlossenen Waffenstillstand der Frieden zu nahen schien, dachte man nicht mehr daran, sein junges Heer jetzt noch ins Feld rücken zu lassen.[1])

Auf Waffen warten und Rekruten eindrillen, das war die militärische Leistung Oldenburgs gewesen, während an der Donau die Kriegswürfel rollten und wie immer das kriegerische Spiel zu Gunsten des französischen Kaisers entschieden. Das Jahr 1809 ist ein berühmtes Jahr geworden in der Geschichte, und nicht ungern verweilt der Nachgeborene bei jenen denkwürdigen Ereignissen. Erinnerungen erwachen da, welche die Brust heben, Erinnerungen an die helle Begeisterung und todesmutige Opferfreudigkeit, mit der sich jung und alt, reich und arm um Habsburgs Banner scharte, Erinnerungen an die unvergeßlichen Tage von Aspern, wo der Sieg des Erzherzogs Karl den Glauben an den Unbesiegten ins Wanken brachte und das ganze unter das Joch welscher Zwingherrschaft geknechtete Europa einmal wieder erleichtert aufatmete und diese Siegesnachricht als frohe Botschaft kommender Erlösung begrüßte. Und herzerquickend ist es für jeden, der deutsch zu empfinden imstande ist, der tapferen Helden auf dem Ilsenberg zu gedenken. Er nennt und hört die Namen eines Schill und Herzogs von Braunschweig mit Stolz und rückhaltloser Bewunderung. Aber zugleich sieht er mit Unmut, wie der von so hoher Begeisterung getragene Kampf so planlos begonnen wurde und so jämmerlich enden mußte, und Wehmut beschleicht sein Herz um das vergeblich verspritzte Blut und die unnütz vergeudete Kraft.

Doch ist es hier nicht der Platz, den großen politischen Ereignissen jener Tage näher zu treten. Nur soweit sich deren Rückwirkungen in Oldenburg fühlbar machten, können sie hier

[1]) Anmerkg. Nach Häusser III. 407 und 513 hätten auch oldenburgische Truppen das Schillsche Freikorps bekämpft. Nach Kortzfleisch S. 58 standen das erste und zweite Bataillon des Infanterieregiments Oldenburg während der Einschiffung der Braunschweiger in Bederkesa und Lehe und beschossen die Flotte. Tatsächlich aber haben oldenburgische Truppen während des österreichischen Krieges den Boden des Herzogtums nicht verlassen.

Berücksichtigung finden. Und da gilt es der „Schwarzen Schar“ zu gedenken, die unter der Führung des tapferen Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Oels mitten durch überlegene feindliche Streitkräfte hindurch sich ihren verwegenen und stolzen Weg zu den Nordseeküsten bahnte.[1]) Als der Vertrag von Znaim die Waffen ruhen hieß, da war der trotzige, unbändige Welfe, der mit einer selbstgeworbenen Freischar die habsburgische Sache unterstützt hatte, keineswegs gewillt, sich dem Willen des verhaßten Siegers zu beugen, sondern er entschloß sich beherzt, seinen verzweifelten Rettungsversuch zu wagen und, unbekümmert um sächsische, westfälische und holländische Übermacht, sich einen Durchmarsch nach Norddeutschland zu erzwingen, um sich von hier auf englischen Boden zu flüchten. Der Plan war kühn und gefährlich, und deshalb erlaubte er jedem, der nicht gern das Wagnis unternehme, sein Heer zu verlassen. Dreißig Offiziere und etwa 200 Mann mochten an das tragische Schicksal der Schillschen Scharen denken, als sie ihren Austritt erklärten. Nur 1300 Mann Fußvolk, 650 Reiter und vier Geschütze mit 80 Mann Bedienung zählte das kleine, aber zuverlässige Häuflein des Unerschrockenen, das jetzt von Zwickau aus über Altenburg, Leipzig, Halle, nach blutigen Gefechten bei Halberstadt und Oelper, hart verfolgt von der holländischen Division Gratien, in einer Stärke von etwa 2000 Mann und der mindestens 5000 Mann starken westfälischen Division des Generals Rewbell, den Wesermündungen zustrebte.[2])

Am Samstag Mittag (5. August) rasteten die „Schwarzen“ im kühlen Waldesschatten bei Syke an der Bremer Straße, während die nachsetzenden Westfalen schon in Hoya weilten. Die Division Gratien war inzwischen nach Holland abkommandiert worden, weil von dort Landungen der Engländer gemeldet wurden. In dem in Syke abgehaltenen Kriegsrat drang jetzt die Ansicht durch, den Marsch ins Oldenburgische zu richten und sich über Delmenhorst nach Elsfleth zu wenden, wo wegen der Kontinentalsperre mit Sicherheit auf unbeschäftigte Schiffe

[1]) v. Kortzfleisch 56—67, Pleitner I 111—133.

[2]) Über Rewbell vergl. Kleinschmidt, Geschichte des Königreichs Westfalen 299 ff. und 303 ff.

zu rechnen sei.[1]) Um aber den Feind irre zu führen, marschierte man nicht geradeswegs dorthin, sondern verließ Syke auf der Bremer Straße und bog erst bei Barrien links ab. Der tapfere Major Korfes nahm mit einem Detachement von 60 Jägern, 60 Husaren, zwei Geschützen und einigen Infanteristen die Richtung auf Bremen, um den Feind hinter sich her zu locken und dadurch dem Hauptheere die zu einer Einschiffung nötige Zeit zu verschaffen.[2]) Dieses rückte durch die Heide nach Fahrenhorst und von hier nach Delmenhorst, wo in der Dämmerung zum großen Erstaunen der überraschten Bevölkerung die ersten einrückenden Husaren die Tore und das Amtshaus besetzten. Bald rückte das Gros des Heeres nach, und abends 11 Uhr hatte der Nachtrab Delmenhorst passiert. Man hört kein Wort des Tadels über die „Schwarzen". Es wurde ihnen im Gegenteil beste Manneszucht nachgerühmt,[3]) und die Delmenhorster vergaßen ihnen nicht, daß sie im Gegensatze zu den unter französischem Kommando stehenden Truppen alles bezahlten. Man hatte keine Zeit zu verlieren. Schon um 1½ Uhr nachts wurde zum Aufbruch geblasen, obgleich der Herzog erst zwei Stunden auf einem Stuhle sitzend geschlummert hatte, und die Mannschaft in dem feuchten Biwak kaum eingeschlafen war. Aus dem Ziel des Marsches machte der Herzog kein Hehl, er forschte nach dem nächsten Wege nach Elsfleth und den Fähren über die Hunte. Schließlich mußte ein gefangen genommener oldenburgischer Dragoner als Führer des nächtlichen Zuges dienen. In finsterer Nacht bewegte sich der Trupp auf den von andauerndem Regen völlig durchweichten Wegen, oftmals durch Unfälle verzögert, über Deichhausen, Altenesch, Berne nach Huntebrück, wo die Avantgarde morgens gegen sechs Uhr anlangte. Der Übergang über die Hunte nahm viel Zeit in Anspruch. Die Mannschaft war zu erschöpft, und nur *eine Fähre* und wenige Fahrzeuge standen zur Verfügung. So *kam es*, daß erst nachmittags um vier Uhr das ganze Korps sich am linken Hunteufer befand, obwohl man von dem Gepäck nur

[1]) v. Kortzfleisch 56.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben aus Oldenburg vom 8. August 1809.

[3]) Ebenda. Schreiben des Erbprinzen vom 9. August 1809.

das Notwendigste mitgenommen hatte. Dann wurde das Tau der Fähre durchhauen, und der Prahm am linken Ufer angelegt. Kapitän von Wachholtz übernahm mit seiner 180 Mann starken Kompanie und einem Geschütz die Verteidigung des wichtigen Punktes, während das Gros des Korps den Marsch auf Elsfleth fortsetzte. Hier war die Bestürzung nicht gering, als die Vorhut der Husaren um acht Uhr morgens in die Stadt gesprengt kam, ehe man sichs versah die oldenburgischen Soldaten an der Zollwache entwaffnete und unter fürchterlichen Drohungen verlangte, daß man für sie sofort alle anwesenden Schiffe bereithalte. Am Spätnachmittage traf auch der Herzog ein, der sofort die Ausgänge des Ortes und die ins Land führenden Wege besetzen ließ. Es wurde natürlich von der Behörde amtlich gegen den Durchmarsch und die Requisitionen protestiert, und man ließ sich hierüber von dem Herzoge sogar ein Attest ausstellen. Im übrigen tat man aber alles, um den Braunschweigern die Flucht zu erleichtern. Die beschlagnahmten Schiffe wurden in großer Eile flott gemacht, und trotz des strömenden Regens waren am Sonntag Abend gegen zwölf Schiffe soweit bereit gestellt, daß man mit dem Aufladen des Gepäcks beginnen konnte. Da man die Pferde unmöglich mitzunehmen vermochte, sah man sich gezwungen, sie zu Spottpreisen zu verschleudern. Ein Louisdor war der Durchschnittspreis für das Roß. Ja der Major von Reichmeister erhielt für seine vier Pferde samt seinem Wagen nur ganze zehn Pfund Tabak. Es war eine unruhige Nacht, die die friedlichen Elsflether vom 6. auf den 7. August verlebten, und es wird viel dazu gehört haben, bis man die vom braunschweigischen Herzoge auf oldenburgische Staatskosten geforderte vierzehntägige Verpflegung beisammen hatte. Überdies mußte Zivilkleidung für diejenigen Soldaten beschafft werden, die sich nicht zur Überfahrt nach England hatten entschließen können, und die am andern Morgen, mit oldenburgischen Pässen versehen, ihre Reise in die Heimat antraten.

In der Frühe des folgenden Morgens begann dann die Abfahrt der „Schwarzen Schar", und als um zehn Uhr die am Deiche dicht sich drängende Bevölkerung ihr kräftiges Hurrah ertönen ließ, und das Hornistenkorps das „Heil unserm Fürsten

Heil!" blies, da glitt auch das letzte Schiff die Weser stromab mit dem edlen Welfen an Bord, der herzlich froh sein mochte, der Gefahr glücklich entronnen zu sein, den diese Freude aber nicht hinwegzutrösten vermochte über das Unglück, das er zu gleicher Zeit empfand bei dem Gedanken, auf diese Weise sein geliebtes deutsches Vaterland verlassen zu müssen.

Weil es unmöglich war, die ganze Mannschaft in so kurzer Zeit in Elsfleth einzuschiffen, waren etwa 500 Husaren weiter nach Brake abkommandiert worden, denen die Kompanie des Kapitän Wachholtz folgte, nachdem sie bis Mitternacht die Stellung in Huntebrück besetzt gehalten hatte. Am Montag mittag zwischen 12 und 1 Uhr konnten auch diese eingeschifft werden, die Anker lichten und mit ihren sieben Schiffen das braunschweigische Geschwader auf 21 vervollständigen.

Wo aber war während dieser Zeit der westfälische General Rewbell geblieben, der den gehetzten Braunschweigern schon bei Hoya so hart auf den Fersen war? Er hatte sich durch das Detachement Korfes nicht täuschen lassen, sondern war richtig bei Barrien dem Hauptheere gefolgt und bereits am Sonntag gegen zwei Uhr nachmittags in Delmenhorst angelangt. Aber jetzt fehlte dem unfähigen Günstling Jeromes der Mut, den Gegner anzugreifen. Mochten immerhin seine Truppen ermattet sein, erschöpfter wie die Braunschweiger waren sie sicher nicht. Bedenkt man dazu, daß jene den Weg nach Huntebrück in finsterer Nacht zurückgelegt, und daß sie durch mannigfache Unfälle bedeutende Verzögerung erlitten hatten, so ist es augenscheinlich, daß Rewbell, der am hellen Nachmittage weit schneller vorwärtskommen mußte, mit seiner erdrückenden Übermacht diesen wichtigen Punkt noch rechtzeitig hätte erreichen und dadurch die Einschiffung in Elsfleth zur Unmöglichkeithätte machen können. Was aber tat der westfälische General? Er ließ seine Truppen auf der Bremer Straße vorrücken, angeblich, weil er in Bremen das Hauptkorps des Feindes vermutete. Hierbei stieß seine Avantgarde am Sonntag nachmittag auf das Detachement Korfes, das auf die fälschliche Nachricht, die Westfalen seien ihm auf dem Wege nach Bremen gefolgt, nunmehr seine Aufgabe für erfüllt hielt und jetzt dem Hauptheer nach Huntebrück folgen wollte. Der

Major war nicht wenig erstaunt, hier die Westfalen zu treffen. Er sah ein, daß es zwecklos sei, einen ernstlichen Kampf gegen die Übermacht zu wagen, begnügte sich mit einem leichten Scharmützel, sandte aus seiner Haubitze einige Kartätschengrüße ins gegnerische Lager, um dann in schleuniger Flucht über Brandhöven und Uhlenbrock sich zur Weser zu retten. Das Detachement war auf vier Husaren, eine Haubitze und die ganze Infanterie-Abteilung — etwa 70 Mann — zusammen geschmolzen, als es abends Wabelinghausen erreichte. Am andern Morgen wurde es in aller Frühe in einem verdeckten Schiff die Weser stromab befördert.

Unterdessen lagen die Westfalen noch immer auf der von Delmenhorst nach Bremen führenden Straße. Als das feindliche Geschütz verstummte, fiel es ihnen gar nicht ein, sich zur Verfolgung aufzumachen, ebenso wenig entschloß man sich zum Aufbruch nach Elsfleth. Rewbell blieb einen vollen Tag gänzlich untätig. Erst am Montag abend führte er sein Heer gegen Bremen, wo natürlich von den Braunschweigern nichts mehr zu sehen war. Aber auch dann hatte er es durchaus nicht eilig. Am Dienstag führte er seine Truppen zurück auf Delmenhorst, um sie jetzt über Oldenburg nach Varel aufbrechen zu lassen, das er jetzt plötzlich für den Ort der Einschiffung hielt.

Dieses Verhalten des westfälischen Generals läßt sich mit der Annahme,[1] er habe sich durch Korfes täuschen lassen und die ganze Macht der Braunschweiger in Bremen vermutet, schlecht erklären. Daß der Herzog in der Nacht vorher nach Huntebrück abgerückt war, wußte in Delmenhorst jedermann. Darüber war also bei Rewbell durchaus kein Zweifel möglich. Auch über die Stärke der Truppen, die hierhin gezogen waren, konnte er sich leicht Aufklärung verschaffen. Mithin ist es geradezu unerklärlich, daß der westfälische General das ganze Korps in Bremen vermutete. Höchstens konnte er an eine absichtliche Täuschung denken und annehmen, daß das Heer nach kurzem Marsche auf Huntebrück nach Bremen umgebogen sei. Aber ganz abgesehen davon, daß dieses bei den kleinen Entfernungen in Delmenhorst sofort bekannt geworden wäre, hätte er überdies

[1]) So Pleitner I. 115 und von Kortzfleisch 58 u. 65.

ja solches durch Ausschicken reitender Kundschaft auf dem Wege nach Huntebrück in kürzester Zeit erfahren müssen. Die andere Annahme, Rewbell habe die Abteilung des Majors für die größere Hälfte der „Schwarzen Schar" gehalten, verschlägt ebenfalls nicht. Denn sie setzt eine große Unkenntnis der feindlichen Streitkräfte voraus. Sie hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, wenn man bedenkt, daß die Westfalen schon von Braunschweig an immer denselben Weg marschierten wie die Gegner, und sich daher überall nach ihrer Stärke erkundigen konnten. Vielmehr ist wahrscheinlich, daß Rewbell absichtlich einem Kampfe ausgewichen ist, weil er das verwegene Korps nach den Erfahrungen von Halberstadt und Oelper fürchtete, und daß er die Nachricht von dem Aufenthalte des kleinen Detachements in Bremen als willkommenen Vorwand ansah, jedem Kampfe auszuweichen.

Des Herzogs Schar hatte indessen nach großen Mühsalen die Wesermündung erreicht. Manche Kähne waren auf Sandbänke geraten, andere erlitten Steuerbruch, und was das Schlimmste war, manche gerieten zu nahe an das rechte Weserufer und wurden von der Karlsbader Batterie unter Feuer genommen. Alle diese Gefahren waren glücklich überstanden, als man am Abend des 8. August bei der Salzhörne Lord George Stewart mit einem britischen Geschwader von neun Schiffen traf, das die Mannschaft von den nicht mehr seetüchtigen Schiffen übernahm. Bald darauf fand sich die ganze „Schwarze Schar", auch die mutigen Leute des Majors Korfes, auf dem Felseneiland Helgoland glücklich wieder.

So war plötzlich Oldenburg zum Schauplatz des Krieges gemacht worden. Durch die öffentlichen Blätter vollkommen beruhigt und in der Meinung bestärkt, daß dem tollkühnen Zuge des braunschweigischen Herzogs bereits in Sachsen während der allgemeinen Waffenruhe durch die vereinigten königlich sächsischen, westfälischen und holländischen Truppen ein Ziel gesetzt worden sei, dachte man garnicht mehr daran, daß die mutige Schar sogar bis zur Wesermündung vordringen könne.[1]) Deshalb

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben aus Oldenburg vom 8. August 1809.

nahm man die durch Reisende verbreiteten unverbürgten Nachrichten von einem Anmarsche der Braunschweiger und stattgehabten Gefechten bei Hoya, die am Sonnabend, den 5. August in der oldenburgischen Hauptstadt herumschwirrten, teils mit Verwunderung, teils mit Kopfschütteln auf, bis man nach der Ankunft des französischen Konsuls Lageau aus Bremen, der ebenfalls den Anmarsch der Braunschweiger auf die Hansastadt meldete, bedenklicher zu werden begann. Durfte man jetzt auch kaum mehr daran zweifeln, daß der verwegene Welfe sich tatsächlich zur Nordseeküste durchschlagen wolle, so war man doch über dessen beabsichtigte Marschroute gänzlich im unklaren.

Peters Lage war äußerst schwierig. Als Rheinbundfürst war er Verbündeter Napoleons. Vertragsmäßig mußte er jetzt seine Truppen gegen Leute ins Feld stellen, deren patriotischen Eifer er mit ganzem Herzen teilte. Tief und bitter empfand der edle Gottorper in jenen Augenblicken die Schande des deutschen Vaterlandes und die Schmach der Rheinbundfürsten. Vor die Wahl gestellt, Verräter an der deutschen Sache zu werden, oder den Vorwurf des Wortbruchs auf sich zu laden, schwankte er keinen Augenblick. Sein Entschluß stand unumstößlich fest, auf jeden Fall ein Zusammentreffen seiner Truppen mit den Braunschweigern zu verhindern. Er schickte Boten aus, um deren Marschrichtung zu erkunden, wußte aber am Sonntag früh noch nichts Bestimmtes. Da man aber vermutete, daß Emden das Ziel der kühnen Schar sei, wollte der Oberst von Arentschildt im Einverständnis mit ihm die oldenburgischen Truppen dadurch vor einem Zusammenstoße sichern, daß er sie nach Elsfleth und Hammelwarden schickte. Glücklicherweise jedoch waren seine Befehle noch nicht ausgeführt, als um 10 Uhr die gewöhnliche, diesmal etwas verspätete Bremer Post einlief und ein Schreiben des Assessors Wardenburg in Delmenhorst brachte, welches meldete, daß die Braunschweiger auf Elsfleth marschierten, aber auch Bremen von ihnen besetzt worden sei.[1])

Sofort gab er Gegenbefehl. Die Truppen, die bereits im Begriff waren, nach Elsfleth und Hammelwerden abzumar-

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben aus Oldenburg vom 8. August 1809.

schieren, wurden jetzt nach Edewecht und Zwischenahn verlegt. Auch ließ er den an den Küsten postierten Truppen schleunigst Befehle zukommen, sich ins Innere des Landes bis an das Moor zurückzuziehen. Die nächste Gefahr war derart beseitigt. Alsbald nun beeilte man sich den Kammerrat Hansen nach Elsfleth zu senden, der hier am Sonntag nachmittag mit dem Obersten von Bernewitz eintraf und im Namen der oldenburgischen Regierung pflichtgemäß gegen den Durchmarsch protestierte, wie es vor ihm in Delmenhorst und Elsfleth die zuständigen Behörden bereits getan hatten. Nachdem Hansen so den amtlichen Teil seiner Mission erledigt hatte, traf der Führer der „Schwarzen Schar" im Hause des Kanzleirats Wardenburg mit ihm zusammen und behandelte ihn wie einen vertrauten Freund. Aufs lebhafteste bedauerte der Herzog, daß er unter den obwaltenden Umständen dem oldenburgischen Hofe nicht habe aufwarten können, während der Vertreter der oldenburgischen Regierung sich um den beherzten Welfen sehr besorgt zeigte und ihn bat, er möge sich doch zunächst in Sicherheit bringen.

Man sieht, Peter hat sich alle Mühe gegeben, der „Schwarzen Schar" den Zug nach der Küste zu ermöglichen. Und doch kann man ihn allein für ihr Entkommen nicht verantwortlich machen, wenigstens muß man den größern Teil der Schuld auf Rewbell wälzen. Da dieser gänzlich versagte, und daher eine Vereinigung der oldenburgischen mit den westfälischen Truppen zwecklos war, konnten auch die schwachen und schlecht gerüsteten oldenburgischen Truppen für sich den Kampf gegen die Feinde nicht aufnehmen. Denn abgesehen davon, daß die ungeübten 5—600 Mann, die man jetzt zusammen gebracht haben mochte, auch noch überall zerstreut lagen und in der kurzen Spanne Zeit kaum zu einem gemeinsamen Vorgehen hätten vereinigt werden können, würden sie immer in dem ungleichen Kampfe gegen eine weit überlegene, kriegserfahrene, todesmutige Mannschaft einfach unterlegen sein.

Aber sobald die Braunschweiger die Anker gelichtet hatten, hätte das oldenburgische Militär von den Küsten aus dem stromabwärts gleitenden, vom Sturme auseinander geworfenen Geschwader verderblich werden können. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Braunschweiger wäre noch im Angesichte des rettenden Ozeans sicherlich verloren gewesen, hätte sich der oldenburgische

Herzog als Vasall Napoleons gezeigt. Daß die schwierige Einschiffung so glatt verlief, und daß es fast der ganzen Mannschaft gelang, unbehelligt die hohe See zu erreichen, das freilich war dem Herzog Peter allein zu verdanken. Lagen doch an den Küsten von Elsfleth bis hinauf nach Fedderwarden die oldenburgischen Kompanien v. Benoit, v. Fircks, v. Kötteritz und v. Welzien, von denen keine dem Abzuge der Feinde Hindernisse in den Weg legte. Noch während des Aufenthalts der Braunschweiger in Elsfleth stieß eine vom Strückhauser Moor kommende Husarenpatrouille und einige von Varel kommende Ulanen bei der Oldenbroker Kirche auf die dort stehende Oldenburger Kompanie, aber der oldenburgische Premierleutnant von Benoit nahm nicht im mindesten eine feindliche Haltung ein, sondern ließ die 19 Reiter ruhig weiter kundschaften. Als dann einige Schiffe des feindlichen Geschwaders zwischen Blexen und Fedderwarden nochmals anlegten, sei es weil sie Havarie erlitten oder sich nochmals verproviantieren wollten, war von den dort postierten Kompanien nichts zu sehen, und während ganze Abteilungen der „Schwarzen" den Weg von Blexen nach Fedderwarden zu Fuß zurücklegten, um sich dort bessere Fahrzeuge zu verschaffen, hatten sich von Fircks und von Kötteritz bis an das Moor zurückgezogen, und warteten dort solange, bis die Luft wieder rein war. Und als endlich der Leutnant v. Lisnewsky, dessen Flucht durch Unfälle sich verzögert hatte, gar noch am Mittwoch die Kühnheit hatte, sich in Burhave zu verproviantieren, da räumte auch noch v. Welzien vor diesem verspäteten Nachzügler willig das Feld.

Hatte Peter so der Flucht des Herzogs, dessen Gesinnungen er von Herzen teilte, Vorschub geleistet, so mochte ihn nach geschehener Tat doch die Besorgnis beschleichen, daß Napoleon ihn für seine Haltung zur Rechenschaft ziehen werde. Er sah sich deshalb nach einer Entschuldigung um und fand diese in dem Betragen Rewbells. Es fällt bei der Beurteilung des Verhaltens Peters wenig ins Gewicht, daß er bei dem schlechten Willen des westfälischen Generals doch nichts Entscheidendes gegen die Braunschweiger hätte ausrichten können. Daß dieser, nachdem er seinen Gegner solange verfolgt hatte, jetzt plötzlich zwischen Delmenhorst und Bremen

untätig liegen bleiben würde, konnte Peter unmöglich voraussehen. Hätte er dies geahnt, so würde er sicherlich möglichst schnell seine Truppen zu den westfälischen haben stoßen lassen und alle Verantwortung auf Rewbell geladen haben. Peters Absicht war aber, auf jeden Fall jedes kriegerische Zusammentreffen mit den „Schwarzen" zu vermeiden. Selbst wenn ein fähigerer und entschlossenerer Soldat, als der Führer der westfälischen Truppen es war, den Braunschweigern noch im Angesichte des heißersehnten Meeres den Untergang bereitet hätte, so würde doch der Herzog seine Truppen nicht an dem Kampfe haben teilnehmen lassen. Und daß er so absichtlich seine militärische Kraft seinen Verbündeten entzog, ist und bleibt ein Vertragsbruch, ein Vertragsbruch freilich, der aus der edelsten Gesinnung entsprang, und auf den ein deutscher Patriot jederzeit mit Stolz und Befriedigung zurückschauen wird.

Rewbell wurde für das Entweichen der Braunschweiger verantwortlich gemacht und seines Kommandos enthoben. Der Herzog benutzte nun diese günstige Gelegenheit, um auch seinerseits alle Schuld auf jenen zu schieben und bei Napoleon die Sachlage so darzustellen, daß es ihm trotz des besten Willens wegen der Unfähigkeit Rewbells nicht möglich gewesen wäre, der Flucht des Welfen Hindernisse in den Weg zu legen. Die Entschuldigung, die er sich nun zurecht legte, und die bald hernach dem damals noch in Wien weilenden französischen Kaiser übermittelt wurde, hinkte bedenklich. Zu einer andern Zeit und von einem andern eingebracht, würde sie wohl ungnädig aufgenommen worden sein. Er erklärte, er habe das gesamte oldenburgische Heer zu den Westfalen stoßen lassen wollen. Aber dieses Vorhaben sei nicht zu verwirklichen gewesen, weil diese erst erschienen seien, als die Einschiffung bereits bewerkstelligt gewesen sei. Auf wie schwachen Füßen diese Entschuldigung stand, fühlte der Herzog selbst am besten. Und erst als von Wien aus keine drohenden Vorwürfe eintrafen, sondern in allgemeinen, nichtssagenden Ausdrücken geantwortet wurde, atmete er etwas erleichtert auf. Aber noch monatelang beschäftigte ihn diese Sorge, und wenn er auch seiner russischen Schwägerin, wohl zur eigenen Beruhigung auseinandersetzte,

daß er nicht anders hätte handeln können, so klingt doch seine Selbstanklage überall durch.[1]) Als dann nach Beendigung des österreichischen Krieges Champagny wieder nach Paris zurückkehrte, und auch Lützow, der während des Krieges in seiner mecklenburgischen Heimat geweilt hatte, sich anschickte, seinen Gesandtschaftsposten in Paris wieder einzunehmen, war es Peters erste Sorge, daß Lützow vor dem französischen Minister ausführlich sein Verhalten rechtfertige. Nach einem Besuche bei Champagny konnte dann der oldenburgische Bevollmächtigte an seinen Hof berichten, daß man in Paris mit den abgegebenen Erklärungen zufrieden zu sein scheine. Erst jetzt konnte Peter alle Besorgnis fallen lassen.

In Oldenburg war freilich nach der gelungenen Flucht der Braunschweiger der Kriegslärm noch nicht verstummt. Die Feinde waren zwar fort, aber Bundesgenossen an ihre Stelle getreten, die man gern mit den feinlichen Braunschweigern vertauscht hätte. Das Bestreben der Regierurg ging nun dahin, die westfälischen Truppen baldigst zum Rückmarsche zu veranlassen. Am 8. August sandte man den Kammerassessor Toel mit einer Darstellung der Flucht des Herzogs zu Rewbell, der soeben wieder in Delmenhorst angelangt war und jetzt sein Heer über Oldenburg nach Varel schicken wollte, angeblich weil er dort die Einschiffung vermutete. Der Einwand des Assessors, daß die „Schwarzen" ja längst auf hoher See seien, und die Bitte, daß man nicht zwecklos das Gebiet eines Verbündeten belästigen

---

[1]) So schreibt er noch am 17. Oktober an Marie Feodorowna: „Le choix, que le Duc de Bronswig a fait de mon pays pour s' embarquer ne peut que m' être très desagréable puisque l'on peut vouloir m'en faire un reproche. J'ai même fait savoir comme la chose est passée et l'on m'a repondu en termes généraux; je suis de mon coté persuadé qu'à moi seul je n'ai pu agir différamment de ce que j'ai fait même militairement. Il est très probable, que, si les Westphaliciens avaient fait leur devoir, le resultat aurait été différent: mais le Duc a montré un caractère, une discipline si supérieure à celle des Westphaliciens, que leur poursuite ne l'a presque pas géné. La troupe Westphalicienne d'ailleur de tres mauvaise volonté, deux fois rudement battue, ne marchait qu'a contre coeur, point payée, cela n' augmentait pas leur bonne volonté: mes efforts militaires ne pouvaient tendre qu'à me joindre, soit aux Danois, soit aux Westphaliens, ceci s'est fait, mais ces derniers ne sont arrivés, que quand tout était parti, et jai toujours imaginé, qu'il n'en avait pas eu grande envie.“ Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 17. Oktober 1809.

solle, blieben in der Hauptsache fruchtlos. Nur das eine wurde erreicht, daß Rewbell wiederum auf seinem Marsche einhielt und seine Truppen in Delmenhorst einzuquartieren beschloß. Übrigens brauchte die oldenburgische Regierung die Verhandlungen mit dem General nicht wieder aufzunehmen. Noch am selben Tage erhielt sie die Nachricht seiner Enthebung vom Obergefehl.

Der westfälische Oberst Vorstell war am 8. August nachmittags noch zu guterletzt mit einer Abteilung von etwa 900 Mann nach Elsfleth abkommandiert worden. Hier angelangt, verlangte er nun Auslieferung der vom Feinde zurückgelassenen Pferde und Effekten. Weigere man sich, so würde jedes Haus, in dem braunschweigisches Eigentum gefunden werde, geplündert und verbrannt werden. Von den Oldenburger Behörden wurde daraufhin die Auslieferung befohlen. Da diese indes nicht schnell genug erfolgte, drohte der Nachfolger Rewbells, General Bongars, er werde mit seiner Division so lange im oldenburgischen Lande bleiben, bis alles ausgeliefert worden sei.[1]) Eine sofortige Durchführung der erteilten Befehle war aber bei der List und Verschlagenheit der Bauern, die die wohlfeil erstandenen Pferde teils versteckt, teils schon außer Landes geführt hatten, einfach unmöglich. Lange hätte man unter der Einquartierung der Westfalen seufzen können. Deshalb erhob Peter, empört über die Anmaßung der Bundesgenossen, bei Bongars am nächsten Tage ernste und energische Vorstellungen. Sie hatten zur Folge, daß sich die westfälischen Truppen nach Bremen zurückzogen. Sie hinterließen den Befehl, die aufgekauften Pferde hierhin nachzusenden. Auch versprachen sie, den Kaufpreis zu erstatten, freilich nicht in barer Münze, da die Divisionskasse in Hannover geplündert worden war,[2]) fordern vorerst mit einer zweifelhaften Schuldanweisung auf bessere Tage. Bis Ende August wurden 226 Pferde in Bremen abgeliefert mit dem Sattelzeug in einem Wert von 5313½ Talern. Das Versprechen der Zahlung haben die Westfalen freilich niemals eingelöst. Der oldenburgischen Regierung blieb nichts übrig, als die Käufer der Pferde, wie auch die Quartierwirte, Schiffer und

---

[1]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Bongars vom 8. August 1809.
[2]) Ebenda. Brief des Herzogs an Bongars vom 9. August 1809.

Lieferanten der Braunschweiger zu entschädigen, sodaß dem Staatssäckel aus dem Zuge der „Schwarzen" erhebliche Kosten erwuchsen.

Sobald die letzten Braunschweiger die offene See glücklich erreicht hatten, war dann auch das oldenburgische Militär wieder aus seinen Schlupfwinkeln hervorgekommen, um wie ehedem die Deckung der Douanen zu übernehmen. Seine Tätigkeit verlief hier äußerst friedlich. Nur in den ersten Tagen des September kam es zu einem kleinen Gefecht mit den Engländern, die einen Landungsversuch unternahmen, der sie zwei Verwundete kostete.[1]) Lange hielt man es aber an den Küsten nicht aus. Bald glaubte man, daß die Stürme der Jahreszeit den Engländern alle Landungsversuche verleiden würden. Schon am 20. September konnten die Truppen in ihre Garnisonen zurückkehren.

Am 14. Oktober hatte mit der Unterzeichnung des Wiener Friedens der östreichische Krieg seinen Abschluß gefunden. Von allen Vasallen Napoleons war der Herzog von Oldenburg der einzige gewesen, der unbekümmert um seine Vertragspflichten und die napoleonischen Befehle die geforderte und versprochene Hilfe nicht geleistet hatte. Allerhand Entschuldiguugen waren vorgebracht worden, um den bösen Willen zu decken, mit dem der Herzog die Entsendung des Kontingents hintertrieben und das Entkommen des Feindes begünstigt hatte. Man möchte glauben, daß des französischen Kaisers gerechter Unwille jetzt sofort zur Rache geschritten wäre und den unbotmäßigen Verbündeten die ganze Wucht und Härte seines Zornes hätte fühlen lassen. Daß Napoleon über den Herzog ergrimmt war, unterliegt wohl keinem Zweifel. Als über ein Jahr später Oldenburgs Bild von den Karten verschwand, wurde unter den Gründen, die diese Katastrophe herbeiführten, auch die Unbotmäßigkeit, die Peter im österreichischen Kriege bewiesen hatte, angeführt.[2]) Warum aber jetzt kein Wort des Tadels? Wie man einen unbequemen und lästigen Menschen nur deshalb

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben des Herzogs an Hammerstein.

[2]) Servières 218 Anmerkg. 2.

rücksichtsvoll behandelt, weil er als Freund und Vertrauter eines Mannes gilt, dessen Unterstützung uns unentbehrlich ist, ebenso übersah Napoleon den Vertragsbruch des der russischen Gunst sicheren Herzogs von Oldenburg gern mit Rücksicht auf Alexander, um dessen Liebe er jetzt fast noch mehr buhlte, als in den denkwürdigen Erfurter Tagen. Wohl brauchte er Alexanders Hülfe jetzt nicht, weil er etwa für seine Machtstellung besorgt sein mußte. Nach Niederwerfung des spanischen Aufstandes und Zertrümmerung der habsburgischen Kaisermacht stand sein Glücksstern höher denn je. In seiner hochmütigen Verblendung dachte er nicht daran, wie leicht seine Weltherrschaft zusammenbrechen könne. Es quälte vielmehr eine andere Sorge den Allgewaltigen. Zur dauernden Befestigung seines Riesenreiches bedurfte er eines männlichen Erben. Und da er seinen Thron mit dem Schimmer der Legitimität zu umgeben trachtete, so lag es nahe, daß der Sohn der Revolution seine künftige Lebensgefährtin aus einem der alten Herrscherhäuser zu wählen beabsichtigte. Eine Familienverbindung mit dem alten Hause der Gottorper schmeichelte ihm am meisten und entsprach der Richtung seiner Politik. Bald drehte sich Napoleons Denken, Begehren und Handeln einzig um den Plan, nach Verstoßung seiner rechtmäßigen Gemahlin Josephine, Alexanders jugendliche Schwester Anna als Gemahlin in die Tuilerien zu führen. Jetzt galt es vor allem, den Erfurter Verbündeten für diesen Heiratsplan günstig zu stimmen. Einzig diesem Bestreben des französischen Kaisers verdankte es der Herzog von Oldenburg, wenn er für sein zweideutiges Verhalten im österreichischen Kriege nicht zur Rechenschaft gezogen wurde.

Viertes Kapitel.

Napoleons russischer Heiratsplan.

Es war Napoleons sehnlichster Wunsch, einen Erben seiner Macht zu bekommen. Seine Ehe mit Josephine Beauharnais war kinderlos und ließ eine Hoffnung auf Nachkommenschaft nicht mehr zu. Schon seit 1807 hatte daher Napoleon an eine Ehescheidung gedacht und dieses Problem seitdem mit seinen Vertrauten öfters erörtert. Auch hatte er bereits seine Ge-

mahlin gebeten, die Scheidung zu beantragen, aber hierzu ihre Zustimmung noch nicht erlangen können. Gerüchte von einer beabsichtigten Trennung waren an die Öffentlichkeit gedrungen, und wie es immer zu geschehen pflegt: ehe noch Napoleons Plan gereift war, erzählte die Welt sich mit voller Bestimmtheit, der große Kaiser werde jetzt bald die Ehe mit Josephine lösen und die Großfürstin Katharina als Braut nach Paris führen. Galt es einmal als ausgemacht, daß der französische Kaiser eine neue Gemahlin suche, so lag allerdings nichts näher als diese Schlußfolgerung. Geist, Güte, Schönheit, alles vereinigte sich in diesem Liebling der Newastadt. Katharina schien geboren zu gefallen und zu herrschen.[1]) Dazu befand sie sich mit ihren 19 Jahren in der Blüte der Jugend. Und konnte es eine festere Bürgschaft des in Tilsit geschlossenen Freundschaftsbündnisses geben, als dieses zarte Familienband! Daß auch Napoleon, dessen weitschauender Blick sofort alle Möglichkeiten in Erwägung zog, schon damals an diese Verbindung gedacht und sich vielleicht gelegentlich auch zu seinen Vertrauten hierüber geäußert haben mag, ist wohl mit einiger Sicherheit anzunehmen. Aber erst aus den Erfurter Tagen liegen uns verbürgte Nachrichten vor, daß er tatsächlich eine Heirat mit der Großfürstin Katharina gewünscht hat. Als er sich eines Abends nach den rauschenden Lustbarkeiten allein mit Talleyrand in seinem Zimmer befand, war er ernst und nachdenklich geworden, hatte dann das Gespräch auf die Ehescheidung gebracht und zu seinem Vertrauten geäußert: „Mein Schicksal treibt mich dazu, und ich muß Frankreich in diesem Punkte beruhigen. Ich habe keine Nachfolger. Josef ist nichts, und er hat auch nur Töchter. Ich selbst muß eine Dynastie gründen und kann es nur, wenn ich mich durch Heirat mit einem der ersten regierenden Häuser verbinde. Sehen Sie das nicht ein, Talleyrand? Der Kaiser Alexander hat mehrere Schwestern, und eine davon ist gerade in dem passenden Alter. Hören Sie, Talleyrand, sprechen Sie einmal mit Romanzoff ganz vertraulich darüber! Sagen Sie ihm, daß er, sobald die spanischen Angelegenheiten geordnet sind, bestimmt auf mich

[1]) Vandal I, 463.

rechnen könne, wenn Rußland die europäische Türkei nehmen will. Sie können ihm auch sonst noch allerlei sagen, um ihn günstig zu stimmen." [1])

Talleyrand, der auch Alexanders Vertrauen in hohem Maße genoß, hatte es indes für ratsamer gehalten, sich unmittelbar an den Zaren zu wenden. Ohne Napoleons Auftrag zu erwähnen, hatte er zu erforschen gesucht, wie der russische Hof eine Werbung Napoleons um die Hand einer Großfürstin aufnehmen würde. „Wenn ich allein darüber zu entscheiden hätte," hatte der Zar geantwortet, „so wäre die Sache sehr einfach, denn ich würde natürlich von Herzen gern meine Einwilligung geben. Aber ich stehe hier nicht allein. Meine Mutter hat einen großen Einfluß auf ihre Töchter, den ich ihr nicht streitig machen darf. Ich kann ihr wohl meine Meinung darüber sagen und ihr allenfalls einen guten Rat geben, den sie vielleicht auch befolgen wird, aber weiter geht meine Macht nicht, so daß ich nichts Bestimmtes versprechen darf. Ich sage dies in aufrichtiger Freundschaft für den Kaiser Napoleon und ich hoffe, er wird damit vorderhand zufrieden sein. Fahren Sie schnell zu ihm und melden Sie mich bei ihm an!" [2]) Noch am selben Tage hat dann eine mehrstündige Unterredung zwischen den beiden Kaisern stattgefunden, in der wahrscheinlich das Problem einer Familienverbindung genauer erörtert wurde. Talleyrand berichtet, daß nach dieser Zusammenkunft der ganze Hof über die auffallend herzliche Vertraulichkeit der Monarchen erstaunt gewesen sei.

Aber während Napoleon in Erfurt vorsichtig anfragte, war ihm des oldenburgischen Herzogs jüngster Sohn Georg schon zuvorgekommen. Dieser ebenso liebenswürdige wie geistreiche Prinz war schon im Frühjahr des Jahres 1808 nach Rußland übergesiedelt und hatte hier eine herzliche, nicht unerwiderte Neigung zu seiner schönen Kousine gefaßt. Es ist auffallend, daß nun am 28. Oktober die Verlobung des jungeu Paares erfolgte, also sofort nach der Rückkehr Alexanders aus Erfurt. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Verlobung

[1]) Talleyrands Memoiren I, 338 und 339.
[2]) Talleyrands Memoiren I, 341.

unter Einwirkung des napoleonischen Heiratsplanes so schnell zustande kam.

Vandal sucht nun in seinem Werke „Napoléon et Alexandre I.“ die Sache so darzustellen, als wenn die Kaiserin Mutter, sobald das Gerücht von den Heiratsabsichten des ihr verhaßten Emporkömmlings zu ihrem Ohr gedrungen war, sich verzweifelte Mühe gegeben habe, ihre Tochter rasch zu vermählen.[1]) Von dem Prinzen Georg gibt er ein Zerrbild, indem er sich fast ausschließlich auf Caulaincourt stützt, der aber begreiflicherweise sehr abfällig über den oldenburgischen Prinzen sprach, weil er sich durch ihn zurückgesetzt fühlte. Dieser französische Gesandte machte seinem Kaiser von dem Prinzen die wenig schmeichelhafte Schilderung, daß er häßlich, schmächtig und mit Blattern bedeckt sei und dazu über eine sehr schlechte Aussprache verfüge.[2]) Hierzu fügt Vandal noch geschickt eine aus den Memoiren von de Maistre aufgelesene Notiz, wonach die Petersburger Damen ihn nicht sehr liebenswürdig fanden. Das aber ist auch alles, was der Franzose von dem Herzog Georg berichtet. Von irgend einer guten Eigenschaft weiß er nichts. Unmittelbar an die eben angeführten Stellen knüpft er dann noch die Bemerkung, daß trotzdem Maria Feodorowna ihre Tochter lieber an der Seite eines solchen Gemahls als an der eines Usurpators auf dem ersten Throne der Welt gesehen hätte.[2]) Auf diese Weise gelingt es ihm, bei dem Leser den Glauben zu erwecken, daß der oldenburgische Prinz ein wenig begehrenswerter Mensch gewesen, zu dem die hübsche Katharina unmöglich Zuneigung habe empfinden können, und daß die Kaiserin Mutter, so wenig verlockend ihr selbst diese Heirat auch erscheinen mochte, dennoch ihre Tochter hierzu bestimmt habe, um vor Napoleons Werbung geschützt zu sein.

Diese Darstellung entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Freilich mag der Herzog Georg nicht durch Schönheit aus-

[1]) Vandal I, 460—473.

[2]) Bei Vandal I, 470 lauten die betreffenden Stellen wörtlich so: „Le prince est laid, chétif, couvert de boutons, il articule avec peine,“ ferner „les demoiselles de Pétersbourg ne le trouvaient pas assez aimable,“ endlich „Mais l'impératrice préferait pour sa fille un tel mari au premier trône de l'univers, partagé avec un usurpateur.“

zeichnet gewesen sein, und gewiß ist, daß der ernste und bedächtige Prinz kein glänzender Kavalier war. Aber Katharina stieß sich hieran nicht. Sie war schon lange genug Mittelpunkt der höfischen Gesellschaft gewesen. Sie kannte zur Genüge jene eleganten Herren des Hofes, deren nichtssagende Reden Verstand und Herz unbefriedigt lassen. Kein Wunder, daß die geistreiche Prinzessin die Gesellschaft ihres hochbegabten Vetters bald jedem andern Verkehr vorzog, daß sie in dem täglichen Zusammensein immer tiefer in sein edles Herz und sein reiches Gemüt hineinschaute und ihn immer mehr schätzen und lieben lernte. Und diese wachsende Neigung wurde nun eifrig genährt durch die Kaiserin Mutter, nicht, weil sie ihre Tochter aus Furcht vor einem Antrage Napoleons schleunigst vermählen zu müssen glaubte, sondern weil auch ihr der oldenburgische Prinz so recht nach dem Herzen war, und weil sie, der in ihrer Zurückgezogenheit in Gatschina das Glück ihrer Kinder die einzige und heiligste Lebensaufgabe war, an der Seite dieses treuen, in sich gefestigten Menschen das Lebensglück ihres Lieblingskindes erblickte. Auch Maria Feodorowna war einstens glücklich verheiratet gewesen,[1]) aber sie hatte später auch die herbe Bitterkeit einer unglücklichen Ehe infolge des Wankelmuts ihres wetterwendischen Gemahls durchkostet. Deshalb suchte sie für ihre Töchter charakterfeste Männer. Nun kannte sie Georgs Vater, zu dem sie jetzt schon dreißig Jahre hindurch die herzlichsten Beziehungen unterhalten hatte. Sie wußte, ein wie treues Andenken Peter, dem nie der Gedanke an eine neue Heirat gekommen war, ihrer so früh verstorbenen Schwester bewahrt hatte. Sie hielt Georg für des Vaters würdigen Sohn, dessen Grundsätze und Ehrenhaftigkeit ihr die Beständigkeit seiner herzlichen Zuneigung für ihre Tochter verbürgten.[2]) Was lag daher näher, als daß sie seine Werbung aufs nachdrücklichste unterstützte! So erwuchs denn die Neigung, die die Großfürstin mit dem Herzog verband, zu heißer Liebe und führte am 28. Oktober zum Verlöbnis, dem dann

[1]) Interessante Nachrichten über Pauls Verhältnis zu Maria Feodorowna bis zu seinem Regierungsantritte gibt Kobeko, der Cäsarewitsch Paul Petrowitsch, übers. von Laurenty. Berlin 1886.

[2]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 1. Februar 1809.

eine Ehe folgte, wie sie glücklicher wohl selten geschlossen worden ist. Man höre nur, was die Witwe Schillers schreibt, als sie die Nachricht von dem allzu frühen Hinscheiden des Prinzen traf, der in Twer schon im Dezember 1812 als Opfer seiner Menschenfreundlichkeit die Augen für immer schloß. „Er war ein Mensch von großem Verstand, vielen Kenntnissen und so brav und gut. Es ist, als sollte das Gute aus der Welt verschwinden! Seine Gemahlin liebte ihn unaussprechlich. Er hat viel zu ihrer Bildung beigetragen; sie hat mit ihm sich unterrichtet, und beide haben so recht das Leben miteinander geteilt.“[1])

Man sieht, die Verlobung des jungen Paares hatte denn doch eine bessere Grundlage, als wie Vandal uns glauben machen will. Ganz unabhängig von der napoleonischen Werbung hatten sich diese Herzen gefunden. Auch ohne Napoleons Anfrage in Erfurt wäre diese Verbindung sicherlich erfolgt. Aber daß die Verlobung so schnell zustande kam, ist vermutlich doch mit den Erfurter Ereignissen in Verbindung zu bringen. Die Großfürstin, die von Napoleon gar nichts wissen wollte, und der der Ausspruch zugeschrieben wird: „J'aimerais mieux être la femme d'un pope que souveraine d'un pays sous l'influence de la France“[2]), ging allen Unannehmlichkeiten, die eine Zurückweisung des französischen Antrages bereitet hätte, durch ihren Entschluß, dem geliebten Vetter rasch die Hand zur Ehe zu reichen, von vornherein aus dem Wege.

Für den Herzog Peter war die Nachricht von der Verlobung seines Sohnes mit der russischen Prinzessin, die ein Kurier ihm am 28. November überbrachte, ein sonniger Lichtstrahl in trüber, trostloser Zeit. Je unerwarteter ihm diese Botschaft kam, um so freudiger war seine Überraschung, wie sie aus einem Briefe an seinen Minister, den er schon am folgenden Tage von dem frohen Ereignis in Kenntnis setzte, hervorleuchtet. „Der Kaiser nennt Georg als ihm gefallend,“ heißt es hier in der dem Herzog eigenen schlichten Weise, „Georgs Reise traf sich von ungefähr. Das übrige erfolgte

[1]) Pleitner I, 173.
[2]) Vandal II, 229.

ohne mein Zutun, daß ich über die Güte und das Zutraun des Kaisers erschrocken bin. Wohl wenige Menschen würden so über sich hinwegsehen, wie er getan." [1])

Der immer schon rege Briefwechsel zwischen den beiden Höfen wurde nun noch häufiger. Ein herzliches Einvernehmen der für das Glück ihrer Kinder besorgten Eltern atmet wohltuend aus jeder Zeile. Bald weiß Marie Feodorowna dem vertrauten Freunde gegenüber ihr Lieblingskind in einer Weise zu rühmen, die selbst das Lob des überglücklichen Bräutigams in Schatten stellt.[2]) Dann wieder dringt der Ton der besorgten Mutterliebe an unser Ohr, wenn sie des Himmels Segen auf die Liebenden herabfleht.[3]) Sie beklagt die baldige Trennung von ihrem Kinde, während der Herzog sie inständig um ihre Verwendung bittet, damit man das junge Paar nicht zu tief ins Innere des großen Reiches sende. Er möchte ja auch seine Kinder einmal wiedersehen.[4])

Georg verlebte nun in der Newastadt schöne Tage ungetrübten Glücks. Er bildete den Mittelpunkt der höfischen Gesellschaft. Überall wurde er bevorzugt. Neidisch schauten die Zurückgesetzten auf den fremden Eindringling. Besonders der französische Gesandte Caulaincourt, der seit dem Tilsiter Frieden immer der erste zu sein gewohnt war, wollte sich seinen Rang durch den oldenburgischen Prinzen nicht streitig machen lassen. Bei Gelegenheit einer Hoffestlichkeit wollte er bei der Polonaise dem Prinzen nicht weichen. Da aber Alexander darauf bestand, ließ er sich krank melden und berichtete den Fall nach Paris. Doch fand sein Betragen keineswegs die Billigung seines Herrn. Und wenn auch dieser mit verhal-

---

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs vom 29. November 1808.

[2]) Maria Feodorowna schreibt an den Herzog: „Oui certe, chèr frère, vous aimerez Cati, c'est une bonne et charmante jeune personne; c'est un petit composé de raison, de droiture, de bon sens, de fermeté de douceur, de vivacité, d'esprit, d'élévation, d'âme, d'instruction qui fait un emsemble bien, bien chèr à mon coeur." Lettres du duc. Brief der Kaiserin Mutter vom 1. Februar 1808.

[3]) „J'espère que Dieu exaucera nos voeux communs pour leur bonheur futur; car l'un et l'autre s'aiment sincèrement. Que Dieu me la conserve et que George apprécie toujours ce petit Être." Ebenda.

[4]) Ebenda. Brief des Herzogs vom 30. Januar 1809.

tenem Groll auf den oldenburgischen Rivalen geschaut haben mag, so war er doch zu klug, als daß er seinen Ärger über den gescheiterten Eheplan verraten hätte. Vielmehr erklärte er dem russischen Gesandten Romanzoff, daß es ganz von dem Belieben des Zaren abhänge, ob er den Mitgliedern seiner Familie den Platz vor dem französischen Gesandten einräume oder nicht, und daß sich Caulaincourt mit Unrecht krank gemeldet habe.[1])

Im Januar hatten die Verlobungsfeierlichkeiten in Gegenwart des preußischen Königspaares, des Hofes und des diplomatischen Korps mit großer Pracht stattgefunden. Es hatte sich hierbei so recht gezeigt, daß Alexander seiner Mutter in Familienangelegenheiten vollständig freie Hand ließ. Während er selbst als Zuschauer in der Kapelle des Winterpalastes den feierlichen Zeremonien beiwohnte, war Marie Feodorowna auf die mit Purpur bekleidete Estrade gestiegen, hatte die Hände des jungen Paares vereinigt und den Treueid empfangen.[2])

Inzwischen traf Peter in Oldenburg die nötigen Vorkehrungen, um mit gutem Gewissen den Vermählungsfeierlichkeiten beiwohnen zu können. Er war keineswegs beruhigt über das Schicksal seines Landes und hätte gern in einer friedlicheren Zeit seinem Sohne die Regierung anvertraut.[3]) War auch die Varelsche Angelegenheit glücklich erledigt worden, so war doch gerade in den Tagen seiner Abreise der Befehl eingetroffen, sein Kontingent dem Protektor des Rheinbundes zur Verfügung zu stellen. Trotzdem wollte er auf jeden Fall den Feierlichkeiten beiwohnen, und so trat er am 8. März die weite, beschwerliche Reise zum Zarenhofe an. Wertvolle Hochzeitsgeschenke, die Lützow für ihn in Paris besorgt hatte, waren von dort auf geradem Wege nach Petersburg gesandt worden.[4]) Leider schwanden die schönen Tage im Kreise des russischen Kaiserhauses, die mit der Vermählung Georgs am 29. April ihren Höhepunkt erreichten, nur zu schnell dahin, und als die Abschiedsstunde schlug, die ihn von seinen liebgewonnenen Ver-

[1]) Briefw. mit Lützow. Bericht Lützows vom 9. Februar 1809.
[2]) Vandal II, 180.
[3]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 26. Februar 1809.
[4]) Briefw. mit Lützow. Bericht Lützows vom 6. März 1809.

trauten wieder in sein unglückliches Deutschland zurückrief, schied er mit schwerem Herzen.[1])

Georg, der zur „Kaiserlichen Hoheit" befördert worden war, erhielt das Generalgouvernement Nowgerod und Twer. Er nahm fortan mit seiner jungen Gemahlin seinen Wohnsitz in Twer, einem Orte, kaum dem damaligen Delmenhorst vergleichbar, aber Hauptstadt über drei Gouvernements mit mehr als zwei Millionen Einwohnern.[2])

Napoleon hatte den Gedanken an eine Vermählung fallen lassen müssen, da die erhoffte Braut sich für einen andern entschied. Auch drängten die spanischen Wirren eine Zeit lang seine Heiratsgedanken in den Hintergrund. Erst nach dem österreichischen Kriege, als die neuen Erfolge den Wunsch nach einem Nachfolger um so lauter bei ihm wachriefen, fand er Zeit, seinen längst gehegten Plan zu verwirklichen.

Noch einmal dachte er an eine russische Prinzessin. Am Petersburger Hofe war gerade damals ein anderer Stern in der Person der Großfürstin Anna aufgegangen, die sich zwar an Geist und Schönheit mit ihrer älteren Schwester nicht messen konnte, die aber dem französischen Kaiser trotzdem als begehrenswert erschien, weil sie nicht nur einem alten Dynastengeschlechte entstammte, sondern auch weil seine Politik mit der des Zarenhauses noch am besten sich vertrug. In den Erfurter Tagen war Anna wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht in Betracht gekommen. Seitdem waren aber 13 Monate vergangen und die Großfürstin wurde am 7. Januar sechszehn Jahre alt. Da das Alter der frühreifen Prinzessin ein Ehehindernis nicht mehr bot, beschloß Napoleon um ihre Hand anzuhalten. Die Episoden der nun folgenden verschmähten Werbung werden von Vandal ausführlich behandelt[3]) und sollen hier nur in aller Kürze erzählt werden, aber sie sind für unsere Darstellung von großer Bedeutung. Denn das Scheitern des Eheprojektes hatte die entscheidende Wendung in dem Verhältnis der beiden Kaiser zu einander zur Folge und führte zugleich die Katastrophe Oldenburgs vom Jahre 1811 herbei.

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 25. Mai 1809.
[2]) Ebenda. Brief des Herzogs vom 25. Mai 1809.
[3]) Vandal II, 167—290, ebenfalls kurz bei Tatistcheff S. 520—528.

Mit jener bewundernswerten Energie, mit der Napoleon stets ein einmal gefaßtes Ziel zu erreichen suchte, ging er auch jetzt zu Werke. Während Caulaincourt sich nach den Eigenschaften der Prinzessin zu erkundigen hatte, bereitete er die Scheidung vor. Am 30. November folgte jene für alle Zeiten berühmt gewordene Szene in dem Schlosse der Tuilerien. Napoleon setzte seine Gemahlin von seinem Entschlusse in Kenntnis. Nicht viel später, und Josephine erklärte sich bereit, das Opfer der Trennung für das Wohl der Dynastie und des Landes zu bringen. Am 15. Dezember verkündete bereits ein Senatskonsult die Ehescheidung.

Jetzt galt es den Zaren günstig zu stimmen und ihm gefällig zu sein, wo immer man konnte.[1]) Alexander hatte schon seit langem gewünscht, daß französische Ingenieure ihm Schiffe nach einem vollendeten Typ bauten. Seine Bitte wurde jetzt sofort gewährt. Kurakin[2]) wurde mehr geehrt, als je zuvor. Er bekam im Theater eine besondere Loge und durfte bei keiner Festlichkeit fehlen. Und selbst bis zu Diensten in Geldsachen verstieg man sich. Man gestattete in Frankreich die Ausschreibung einer russischen Anleihe und zögerte nicht im Regierungsorgan zur Unterzeichnung aufzufordern. Und als in den Tagen vom 3. bis 5. Dezember die Augen der ganzen Welt zur Seinestadt sich richteten, weil man dort den Jahrestag der Krönung, den Frieden mit Österreich und die Rückkehr des Kaisers in seine Hauptstadt feierte, da unterließ Napoleon es nicht, dem Verbündeten seine Gunst vor aller Welt zu bezeugen, indem er in seiner Rede den Zaren seines besonderen Wohlwollens versicherte.[3])

Aber hiermit begnügte man sich nicht. Es war in der französischen Diplomatie kein Geheimnis, daß Alexanders wachsendes Mißtrauen seinen Hauptgrund in der Befürchtung einer Wiederherstellung des polnischen Reiches habe. Dieses Mißtrauen mußte fallen. Caulaincourt bekam die Vollmacht, betreffs Polens eine Konvention abzuschließen, die geeignet sei, jegliche Befürchtung für eine Wiederherstellung vollständig zu

[1]) Vandal II, 178 u. 188.
[2]) Nachfolger Romanzoffs auf dem Pariser Botschafterposten.
[3]) Vandal II, 190.

verbannen. So war in den letzten Monaten des Jahres 1809 Rußland in Paris die ausschlaggebende Macht. Nie zuvor war des Zarenreich mehr umbuhlt, nie zuvor rücksichtsvoller behandelt worden.

Als man durch diese mannigfachen Liebesbezeugungen den russischen Hof günstig gestimmt zu haben die Überzeugung hatte, und dazu die von Caulaincourt über die Prinzessin Anna eingezogenen Erkundigungen Napoleons Wünschen entsprachen, glaubte der französische Botschafter seine Mission beginnen zu dürfen. Nach einer Abendgesellschaft am 28. Dezember wurde Caulaincourt von Alexander zu einer Unterredung in sein Kabinett geführt. Bei dieser Gelegenheit bat er den Zaren, ihm ganz im Vertrauen zu sagen, ob er in der Lage sei, falls aus den Tuilerien eine Werbung um Anna eintreffe, seine Schwester zur Annahme des Antrages zu bestimmen. Die Antwort Alexanders lautete ähnlich wie in Erfurt. Der Gedanke an eine Familienverbindung mit Napoleon sei ihm sehr schmeichelhaft, aber leider habe in Angelegenheiten der Familie seine Mutter allein zu entscheiden. Für eine endgülige Antwort müsse man ihm wenigstens zehn Tage Frist geben.[1]) Doch aus diesen zehn Tagen wurden beinahe viermal zehn Tage, und je mehr Caulaincourt drängte, um so mehr neue Ausflüchte mußte er hören. Endlich, am 4. Februar, war Alexander auf immer erneutes Drängen gezwungen, eine endgültige Antwort zu geben. Am folgenden Tage berichtete Caulaincourt an Champagny, daß nach den Aussagen des Zaren auch die Kaiserin Mutter von Napoleons Heiratsplan entzückt sei, daß sie aber, nach den unglücklichen Erfahrungen an ihren beiden früh verstorbenen älteren Töchtern,[2]) wegen des jugendlichen Alters der Großfürstin Anna hierzu vor Ablauf zweier Jahre leider ihre Zustimmung nicht geben könne. Man hatte in kluger Weise eine abschlägige Antwort vermieden. Da man wußte, daß es Napoleon auf eine möglichst schnelle Heirat ankam, war man sicher, auf diese Weise den lästigen Bewerber los zu werden.

[1]) Vandal II, 226.

[2]) Helene und Alexandra starben an den Folgen des Wochenbetts. Helene 1803 als Erbprinzessin von Mecklenburg-Schwerin, Alexandra 1801 als Gemahlin des Erzherzogs Josef, Palatinus von Ungarn.

Der tatsächliche Grund der abgewiesenen Werbung war aber nicht so sehr in dem jugendlichen Alter der Großfürstin zu suchen. Hatte man es doch Caulaincourt gegenüber mit allen möglichen andern Einwendungen versucht. Der wirkliche Grund lag in der Abneigung Marie Feodorownas gegen den gekrönten Emporkömmling. Aber auch der Zar scheint die Verbindung nicht gewünscht zu haben, vielmehr muß man mit Vandal annehmen, daß er mit seiner Mutter übereinstimmte und nur hinter deren schweren Bedenken Deckung suchte, um so besser den Schein der Freundschaft gegen Napoleon wahren zu können.

Dieser hatte die abschlägige Antwort des Petersburger Hofes nicht erst abgewartet. Hatte er sich auch mit großer Zuversicht zu diesem Schritte entschlossen, so hatte er doch sofort aus dem Zögern verstanden, daß man ihn hinzuhalten suche, um einer peinlichen Antwort aus dem Wege zu gehen. Das ertrug der Stolz eines Napoleon nicht. Rasch erkundigte er sich deshalb am habsburgischen Hofe, ob er die Hand der Erzherzogin Maria Louise haben könne. Hier zeigte man größeres Entgegenkommen als am Zarenhofe, und als am 5. Februar aus Rußland abermals ausweichende Antworten einliefen, war sein Entschluß gefaßt. In der Nacht vom 6. auf den 7. Februar hielt er einen Familienrat ab, in dem seine Vermählung mit der Erzherzogin beschlossen wurde. Es war die höchste Zeit. Die Briefe Caulaincourts, in denen dieser die Ablehnung des Antrages mitteilte, waren noch nicht in Paris eingetroffen. Sie kreuzten sich mit dem Kurier, der dem erstaunten Zarenhofe die Nachricht von der Verlobung des Imperators mit der österreichischen Erzherzogin meldete.

Waren auch beiderseitige Briefe in den höflichsten Formen abgefaßt, wurde auch darin ausdrücklich betont, daß das alte Freundschaftsbündnis fortbestehen solle, so änderte dies nichts an der Tatsache, daß von diesem Augenblicke an das gute Einvernehmen der Erfurter Verbündeten ein Ende genommen hatte. Beide Monarchen waren verstimmt. Napoleon, weil man die Großfürstin Katharina so schnell verheiratet und ihm, dem Kaiser, einen oldenburgischen Prinzen vorgezogen, und weil

man ihn bei der Bewerbung um Anna so lange hingehalten hatte. Alexander aber war empört über die Schnelligkeit, mit der Napoleon das russische Eheprojekt zu Gunsten eines österreichischen noch während der darüber gepflogenen Verhandlungen hatte fallen lassen. Entsprach auch eine Vermählung des französischen Kaisers mit seiner Schwester nicht seinen Wünschen, so erbitterte es ihn doch, daß Napoleon an zwei Stellen zugleich verhandelt hatte. Er sah hierin eine schwere Beleidigung.

Auch in den Kreisen der Pariser Politiker herrschte damals die Empfindung, daß die österreichische Heirat unvermeidlich einen Zwist der Erfurter Verbündeten zur Folge haben müsse. Es war hier bekannt, daß wegen der russischen Prinzessin Verhandlungen gepflogen worden waren. Man wußte auch, daß Rußland wegen der Jugend Annas wenigstens einen Aufschub der Vermählung verlangt habe. Und wie richtig man in diesen Kreisen die Sachlage beurteilte, erhellt aus einem Briefe Lützows, in dem es heißt: „Es gibt wenige, die nicht nach der Vermählung binnen Jahr und Tag einen Krieg mit Rußland erwarten".[1])

In der Tat spitzte sich das Verhältnis der beiden Höfe jetzt immer schärfer zu. Zunächst weigerte sich Napoleon, die Konvention über Polen zu ratifizieren, obgleich er doch kurz vorher seinem Gesandten zu deren Abschließung die weitgehendsten Vollmachten eingeräumt hatte. Der weitere Bruch vollzog sich dann ganz allmählich, aber unaufhaltsam. Auf beiden Seiten gewöhnte man sich nach und nach an den Gedanken einer kriegerischen Auseinandersetzung. Der Briefwechsel wurde immer kühler. Unbekümmert um den früheren Verbündeten, verfolgte man bald sowohl in Petersburg wie in Paris immer offener und rücksichtsloser den Weg seiner Sonderinteressen.

In Oldenburg sollte sich dieser Umschwung schmerzlich fühlbar machen. Bislang war es durch den schützenden Damm der russischen Verwandtschaft im Verhältnis zu anderen deutschen Staaten von der allgemeinen Not der Zeit noch ziemlich ver-

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. II. Schreiben Lützows an den Herzog vom 22. Februar 1810.

schont geblieben, aber zum Schrecken gewahrte man seit 1810 immer deutlicher, daß dieser Damm seine Widerstandskraft eingebüßt habe. Bald flutete der verheerende Unglücksstrom auch über Oldenburgs Gefilde, und so blieb es auch den Bewohnern dieses Landes nicht erspart, die ganze Bitterkeit des von der fremden Zwingherrschaft kredenzten Schmerzenskelches bis zur Neige zu kosten.

Fünftes Kapitel.

Vorboten der Katastrophe.

Frankreichs Flotte war seit Trafalgar dahin, mit ihr die verwegene Hoffnung auf einen Seesieg über das verhaßte England. Schnell hatte Napoleons hochfliegender Sinn einen neuen Plan erdacht. Durch vollständige Isolierung sollte der Staatsbankerott Englands herbeigeführt werden. Als Beherrscher des Festlandes, zwang er bald alle europäischen Staaten dem Kontinentalsystem beizutreten. Italien, Spanien, die Schweiz, Holland und der Rheinbund gehorchten willenlos, Preußen und Rußland schlossen sich in Tilsit an, Dänemark und Österreich bald darauf. Nur Schweden zögerte noch bis zum Januar 1810. An und für sich war es ein großer Gedanke, daß der ganze Kontinent sich vereinigen sollte, um derart dem Wohlstand Großbritanniens, das seine Vorherrschaft zur See tausendfach mißbraucht hatte und das Reich der freien Amphytrite für sich allein begehrte, die Lebensadern zu unterbinden. Und so unmöglich war die Durchführung einer solchen Sperre nicht, sobald nur jede einzelne Macht aus freiem Antrieb ohne kleinliche Sonderinteressen hierzu sich entschloß. Aber zu einem solchen Unternehmen war die Zeit schlecht gewählt. Jeder fühlte damals mehr das Joch französischer Zwingherrschaft als die überlegene Konkurrenz britischen Handels. Und was nützten alle Phrasen vom englischen Egoismus, die von der Seinestadt Tag für Tag in Umlauf gesetzt wurden, gegenüber der Tatsache, daß Frankreich die verbündeten Kontinentalmächte mit seinen Erzeugnissen überschwemmte, hingegen seine Grenzen den Fabrikaten dieser Staaten verschloß. So fügte sich eben jeder nur gezwungen der französischen Macht, und eine Folge davon

war, daß bald in Europa der Schleichhandel so üppig emporwucherte, daß seine Organisation fast die der Handelssperre in Schatten stellte. Anfänglich waren Altona und Tönning für die Nordsee die Hauptniederlagen der verbotenen Produkte, von wo sie dann durch trefflich organisierte Schmugglerbanden nach Hamburg gebracht wurden und hier als amerikanische Waren auf den Markt gelangten. Als aber England im September des Jahres 1807 in der Furcht, durch die dänische Flotte von der Ostsee ausgeschlossen zu werden, ein Bombardement auf Kopenhagen eröffnete und die dänische Flotte zur Übergabe zwang, warf sich Dänemark erbittert Frankreich in die Arme und wurde ein eifriger Anhänger des Kontinentalsystems, so daß der Schleichhandel an der Nordsee sich bald einen andern Weg suchen mußte.[1]) Sofort wurde die kleine Fischerinsel Helgoland von den Engländern besetzt und zur Hauptniederlage der englischen Waren eingerichtet. Von dieser Zwischenstation wurden die englischen Manufakturen und Kolonialwaren nach den nahen deutschen Küsten gebracht, um durch ein ganzes Heer von Paschern gegen hohen Lohn ins Innere des Landes eingeschmuggelt zu werden.

Alles das entging dem Adlerauge Napoleons nicht. Er war keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß der Besitz der Nordseeküste für die Durchführung der Handelssperre notwendig sei, und ließ deshalb von Anfang an den Gedanken an deren Erwerbung nicht aus den Augen. Die Einsetzung seines Bruders zum Könige von Holland, die Vereinigung Jevers und Ostfrieslands mit diesem Lande, das Verhalten Napoleons in der Vareler Affäre, alles das waren wohl überlegte Maßregeln zur Erreichung dieses Ziels. Alexanders energisches Eintreten für Oldenburg und seine Abneigung gegen eine Vergrößerung Frankreichs in jenen Gegenden zwangen jedoch Napoleon während der Zeit des russisch-französischen Bündnisses seinen Gelüsten Schranken zu setzen. Im Tilsiter Frieden hatte er sich damit begnügen müssen, daß die Häfen Oldenburgs von holländischen Truppen besetzt blieben. Bald darauf hatte die Douane das Militär abgelöst und in Elsfleth, Brake, Blexen und

[1]) Vgl. Kiesselbach, Die Kontinentalsperre. Stuttgart 1850.

Eckwarden ihre Posten errichtet. Diese sollte dann von der aus 50 Dragonern bestehenden oldenburgischen militärischen Polizei unterstützt werden.[1]) Zudem lag vor der Wesermündung und vor dem Jadebusen je ein Zollkutter, um die ein- und ausfahrenden Schiffe zu untersuchen und die Küsten zu überwachen. Für den Herzog brachte die Einrichtung der französischen Douane den Vorteil, daß man ihn jetzt nicht mehr für den Schleichhandel verantwortlich machen konnte. Deshalb ersuchte er auch bei Wiedererlangung der Herrschaft Varel sogleich den Chef der Zollwächter auch dort eine Douanelinie zu errichten. In der Tat wurde auch ein Kapitän mit 25 Douaniers dorthin entsandt.[2]) Man kann indes nicht behaupten, daß der Herzog dem Gedanken der Kontinentalsperre geneigt gewesen wäre und sich ernstlich bemüht hätte die Douane zu unterstützen. Wohl begnügte er sich, diese seiner Unterstützung zu versichern. Wenn es aber auf die Tat ankam, wie im Juli 1809, bei der Landung der Engländer, lehnte er jede Hülfe unter leeren Ausflüchten ab. Erst nach diesem Vorfalle veranlaßten ihn die Auseinandersetzungen mit Eudel und die günstige Gelegenheit, derart sein Kontingent dem österreichischen Kriege zu entziehen, sein Militär, soweit er es zusammen hatte, zur Unterstützung der Douane auf die verschiedenen Posten zu verteilen.

Der Schleichhandel wurde aber durch diese Vorkehrungen keineswegs unterdrückt. Und diese Tatsache konnte der französischen Regierung um so weniger unbekannt bleiben, als die Zeitungen offen die oldenburgische Regierung bezichtigten, dem Schmuggel Vorschub zu leisten.[3]) Sicherlich hätte Napoleon schon gern hier entschieden eingegriffen, aber er hielt es doch für ratsamer, den russischen Schutzbefohlenen seinen Unmut noch nicht fühlen zu lassen. Denn als Oldenburg, das damals wegen Nichtstellung seines Kontingents so wie so den Zorn des mächtigen Kaisers fürchtete, beim französischen Minister den Ungrund jener Zeitungsnachrichten nachzuweisen suchte, antwortete Champagny in einem höflichen Schreiben, daß der Kaiser solchen

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Brief Hammersteins an Lützow vom 11. April 1809.
[2]) Ebenda. Brief Hammersteins an Lützow vom 11. April 1809.
[3]) Ebenda. Brief Hammersteins an Lützow vom 11. April 1809.

Nachrichten keinen Wert beilege und überzeugt sei, daß der Herzog gern seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkomme.[1]) Um aber der eingeschmuggelten Waren doch habhaft zu werden, verordnete Napoleon am 18. Juli die Errichtung einer neuen, inneren Douanelinie, die Oldenburg nicht berührte, und sich von Rees bis Bremen quer durch das Herzogtum Cleve und weiter über Münster und Osnabrück erstrecken sollte.[2])

Und auch bei anderer Gelegenheit zeigte es sich, daß die französische Regierung noch um die Wende des Jahres 1809 bemüht war den oldenburgischen Staat rücksichtsvoll zu behandeln. England wollte die benachbarten deutschen Küstenstaaten für seine Handelszwecke gewinnen und hatte deshalb eine Kabinettsordre zu Gunsten der Oldenburger, Mecklenburger und Papenburger Schiffe erlassen. Es war also für Frankreich aller Grund vorhanden gegen die oldenburgische Flagge mißtrauisch zu sein. In dieser richtigen Erkenntnis hatte auch der Finanzminister verschiedene oldenburgische Schiffe beschlagnahmen lassen.[3]) Doch der Herzog von Cadore zeigte sich mit solcher Maßregel durchaus nicht einverstanden. Als Lützow sich über diese Gewaltigkeiten bei ihm beschwerte, schrieb er eine scharfe Note an den Finanzminister des Inhalts, daß der oldenburgische Gesandte eine Beschwerde eingereicht habe, woraus erhelle, daß die oldenburgische Flagge in den von französischen Douaniers besetzten Häfen als feindlich behandelt werde. Es scheine, als wisse man im Departement der Finanzen nicht, daß der Herzog seit zwei Jahren zum Rheinbund gehöre. Es sei daher nötig, diese Tatsache durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dem Finanzminister in Erinnerung zu bringen.[4]) Freilich blieb es bei dieser Note, denn der Finanzminister hatte auf dem Gebiete des Douanenwesens die weitgehendsten Befugnisse. Zieht man aber in Betracht, daß man sich damals um hunderte von

---

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. I. Weitere Nachricht Lützows bezüglich des Schleichhandels.

[2]) Briefw. mit Maltzahn. Decrèt Impérial daté du Camp. de Schoenbrunn le 18. juillet 1809.

[3]) Briefw. mit Lützow Bd. II. Schiffsreklamation im Dezember 1809.

[4]) Ebenda. Brief Lützows an den Herzog vom 2. Januar 1810.

Schiffsreklamationen, namentlich Spaniens, überhaupt nicht kümmerte, so beweist die Note des Ministers doch deutlich, daß man dem oldenburgischen Staat in Paris noch eine besondere Bedeutung beimaß. Peter durfte deshalb noch vertrauensvoll der Zukunft ins Auge sehen.

Kaum aber waren die Hoffnungen Napoleons auf eine russische Heirat zerstört worden, als dieses Ereignis seinen dunklen Schatten auch auf Oldenburg warf. Nachdem die Nachricht sich verbreitet hatte, daß Napoleon um eine Tochter aus dem Hause Habsburg werbe, mußte man sich hier auf das Schlimmste gefaßt machen. Der Herzog verfolgte mit steigender Unruhe das Gewitter, das sich immer drohender über seinem Haupte zusammenzog. Schon vor der Entscheidung in der Heiratsfrage hatten Zeitungsnachrichten, so unbegründet sie auch sein mochten, die Gemüter beunruhigt. Es war allgemein bekannt, daß das Verhältnis Napoleons zu seinem Bruder in Holland sehr kühl geworden war, und daß Louis Napoleon der Kontinentalsperre ziemlich offen entgegenarbeitete, um nicht alle Popularität bei seinem Volke einzubüßen, das durch die Kontinentalsperre an den Bettelstab gebracht wurde. Schon sprachen die Zeitungen Vermutungen über die Zukunft Hollands aus, und der Moniteur gebrauchte am 31. Januar 1810 nach einer Betrachtung der holländischen und der deutschen Küstenverhältnisse an der Nordsee die Worte: „le résultat sera d'étendre les côtes jusqu'à l'Elbe.“ [1]) Noch gab sich Lützow der Hoffnung hin, daß die Worte des Moniteur nur auf die Herstellung einer besseren Bewachung dieser Küsten unter französischer Leitung hinzielten. Als aber das „Journal de l'Empire“ vom 2. Februar über die Aufteilung des Fürstentums Bayreuth sich verbreitete und zum Schluß den Satz brachte: „le reste de cette principauté sera donné au Duc d'Oldenbourg“, wurde der herzogliche Gesandte bedenklich. Freilich besagte der letzte Artikel noch nicht, daß Peter seines Landes beraubt werden sollte. Da aber nicht der mindeste Anlaß vorlag, den Herzog zu beschenken, erregte dieser Satz zusammen mit dem Artikel im Moniteur bei dem oldenburgi-

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. II.

schen Gesandten berechtigte Furcht. Aber was sollte er beginnen? War es ratsam, seine Besorgnis über eine solche Sache dem französischen Minister zu äußern? Er besprach sich mit Kurakin und dem westfälischen Gesandten, dem Grafen v. Wintzingerode, der seit der Inkorporation Hannovers an dieser Frage gleich interessiert war. Beide fühlten wohl, daß Oldenburg in Zukunft bei Bestimmungen über Holland leicht seiner Lage wegen Napoleons Plänen hinderlich sein könne, meinten aber, daß bei den guten Beziehungen zwischen dem Pariser und Petersburger Hof einstweilen nichts zu befürchten sei. Besonders Wintzingerode wollte nicht glauben, daß sein König die soeben erhaltenen Küsten Hannovers sogleich wieder abgeben solle. Er war überzeugt, daß die Worte des Moniteur nichts anders besagen sollten, als die Absicht der Einführung einer strengeren Überwachung der Küsten unter französischer Leitung. Beide rieten Lützow, keine Furcht zu äußern und keine Anfrage um Aufklärung an das französische Ministerium zu richten, da man hierdurch oft Ideen wecke, die sonst vielleicht unterblieben.[1]) Während dieser nun ihrem Rate folgte und dadurch seiner Sache am meisten zu nützen glaubte, wollten inzwischen die einmal aufgetauchten Gerüchte nicht mehr verstummen. Schon erzählte einige Tage später das Journal de Mannheim: „On apprend de Cassel, que le duché d'Oldenbourg sera réuni au royaume de Westphalie“,[2]) und diese Nachricht wurde dann von fast allen Zeitungen mit Ausnahme des Moniteur wiedergegeben. Auch diese Zeitungsnachricht hatte wohl keine andere reale Grundlage, als den Wunsch Jeromes, zu seinen ausgesogenen westfälischen Gebieten reichere Länder zu gewinnen, um seiner Finanznot abhelfen zu können. Es ist bekannt, daß er sich von den Gebietsveränderungen, die dem österreichischen Kriege folgten, großen Gewinn versprach, und daß er selbst nach dem Vertrage vom 14. Januar 1810, wodurch Hannover außer Lauenburg ihm zugewiesen wurde, die Hoffnung auf die Wesermündung und

---

[1]) Briefwechsel mit Lützow Bd. II. Lützows Berichte aus dem Februar 1810.

[2]) Ebenda.

das Herzogtum Oldenburg noch nicht aufgab.[1]) Nachdem dann am 1. März die Besitzergreifung Hannovers endgültig vollzogen worden war, hieß es bald, Napoleon beabsichtige Veränderungen im Rheinbunde, wobei Jerome Mecklenburg, Oldenburg, Waldeck und Lippe erhalten sollte.[2])

Alle diese an sich unbegründeten Nachrichten waren doch für die allgemeine Unsicherheit der Zeit bezeichnend. Sie machen uns begreiflich, daß der Herzog sich in dieser stickigen Atmosphäre nicht wohl fühlen konnte. Gerüchte von einer geplanten Truppenzusammenziehung in Norddeutschland — man sprach von 20000 Mann[3]) — verschlimmerten noch seine trübe Stimmung. Die allgemeine Meinung brachte die Truppenanhäufung mit bevorstehenden Gebietsveränderungen in Beziehung, wobei das französische Militär dann für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen sollte. Ein Hamburger Blatt wußte am 10. Februar zu berichten: „Es ist allgemein das Gerücht verbreitet, daß die militärische Besetzung der Nordstaaten, welche ihre Herrschaft verändern, im laufenden Monat statthaben wird, und daß die französischen Truppen auch ins Herzogtum Oldenburg einrücken werden.“[4])

Es blieb indes kein bloßes Gerede. Denn bald setzten sich gewaltige Truppenmassen nach Norddeutschland in Bewegung. Überall herrschte große Erregung. „Wahrscheinlich ist mehr dahinter, als bloße Besetzung der Küsten“, schrieb Lützow am 2. März an den Herzog. „Einige glauben, Preußen drohe ein neues Ungewitter, da es die rückständigen Kontributionen nicht abführen kann. Andere glauben, man sei mit Dänemark unzufrieden, da es mit den amerikanischen Schiffen anders verfährt, als mit Frankreich.“[5]) Besonders der dänische Gesandte war sehr besorgt und suchte daher bei Champagny den wahren Grund der Truppenanhäufung zu erfahren. Es ward ihm zur Antwort, daß die preußischen Kontributions-

[1]) Kleinschmidt 363.
[2]) Ebenda 373.
[3]) Ebenda 362.
[4]) Briefw mit Lützow Bd. II. Bericht Lützows aus dem Februar 1810.
[5]) Ebenda. Brief Lützows vom 2. März 1810.

angelegenheiten noch nicht erledigt seien, und daß man daher durch eine militärische Bewegung einen Druck auf Preußen auszuüben gedenke. Als er sich bei dieser Gelegenheit auch erkundigte, ob den Zeitungsnachrichten über Oldenburg eine Tatsache zu Grunde liege, entgegnete man ihm, daß auch nicht der entfernteste Gedanke an eine Vertauschung Oldenburgs vorhanden gewesen sei.[1])

Aber wer hätte in jener Zeit solchen Versicherungen Glauben schenken mögen? Redete nicht die Vereinigung Hannovers mit Westfalen, die eben jetzt sich vollzog, eine deutliche Sprache? Daher vermochten diese schön klingenden Erklärungen Peter nicht über den Ernst seiner Lage hinwegzutäuschen. Düster erschien ihm die Zukunft und resigniert schrieb er an Maria Feodorowna: „Man lebt in einer unsichern Zeit und man tut gut daran, sich an nichts auf der Welt zu halten.“[2])

Diese pessimistische Stimmung konnte durch die Truppendurchzüge, die im April begannen, als der Gouverneur der Hansastädte nach Ostfriesland abkommandiert wurde, nur Nahrung finden. Die Durchmärsche dauerten bis Ende Juli fort und verursachten dem Lande ungeheure Kosten.[3]) Weiß der Herzog die Manneszucht der Soldaten nur zu rühmen, so will ihm doch die Form der Truppenverpflegung, das „nouveau système militaire“, wonach die Truppen keinen Heller bezahlten, nicht gefallen. Die Offiziere mit ihren Damen ließen sich aufs feinste bewirten, forderten Wagen für sich und ließen auf Kosten der Bewohner Oldenburgs an ihrer Habe Reparaturen vornehmen. Aber wer für seine Bemühungen klingende Münze erwartete, sah sich bitter enttäuscht. Nur die Hoffnung, daß bald auch der letzte französische Soldat das Land verlassen und daß man dann die Segnungen des Friedens um so freudiger empfinden werde, gewährte den Bedrückten noch einigen Trost. Aber bald wich auch diese Hoffnung einer stummen Verzweiflung.

Denn in Paris hatte man sich entschlossen, dem Schmuggel-

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. II. Bericht Lützows vom 4. März 1810.
[2]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 31. März 1810.
[3]) Ebenda. Briefe des Herzogs vom 11. und 18. April und 8. und 26. Juli 1810.

wesen an den Nordseeküsten rücksichtslos zu Leibe zu gehen. Napoleon, dem kein Gedanke zu kühn war, hatte die Absicht gehabt, den Engländern Helgoland zu nehmen, das als der Mittelpunkt des Schleichhandels bekannt war.[1]) Aber er hatte sich von seinen Generälen überzeugen lassen, daß eine Eroberung dieser Felseninsel unmöglich sei. Er kehrte deshalb zu ihren Vorschlägen zurück, wonach zur erfolgreichen Bekämpfung des Schmuggels die Küsten besser bewacht werden mußten.[2]) Zu diesem Zwecke erließ er nun neue Befehle, die bald auch in Oldenburg zur Ausführung gelangten. Damals stand hier die Küstenbewachung unter dem Oberkommando des Direktors der kaiserlichen Douane in Hamburg. Vor den Küsten kreuzten zwei Zollschiffe, die Douaneposten waren auf Elsfleth, Brake, Blexen, Eckwarden und Varel verteilt und zusammen 85 Mann stark. Hinter dieser Douanelinie war das 800 Mann starke oldenburgische Militär, das im Frühjahr 1810 bis auf eine in Oldenburg zurückgebliebene Kompagnie zur Küstenbewachung ausgerückt war, derart aufgestellt, daß es auf Wunsch des Douanechefs jederzeit den Zollwächtern zu Hülfe eilen konnte.[3]) Standen die Posten auch ziemlich weit — je vier Stunden — auseinander, so gingen doch unaufhörlich zwischen ihnen Patrouillen auf und ab.[4]) Bei den sehr schwierigen Landungsverhältnissen konnte daher der Küstenschutz seinen Zweck wohl erfüllen. Doch der französischen Regierung genügte diese dreifache Schutzlinie jetzt nicht mehr. Anfang Juni befahl der Kriegsminister dem Divisionsgeneral Molitor an den oldenburgischen Küsten dieselben Vorsichtsmaßregeln zur Verhinderung der Konterbande und jeglicher Beziehung mit dem Feinde anzuwenden wie in Ostfriesland, sich aber vorher mit Eudel auseinander zu setzen. Bei diesem stieß Molitor aber auf energischen Widerstand, da dieser als Douanedirektor von einer Ein-

[1]) Briefw. mit Lützow Bd. II. Bericht Mutzenbechers vom 23. April 1810. Über die Organisation des Schleichhandels auf Helgoland und den großen Umfang desselben vgl. M. Fisher S. 339—340.

[2]) Näheres bei Servières S. 143—146.

[3]) Briefw. mit Hammerstein. Brief v. der Decken an Hammerstein vom 29. April 1810.

[4]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Eudels vom 15. Juni 1810 an den Generaldirektor.

mischung des französischen Militärs sich nichts Gutes versprach. Eudel hielt den Schutz der oldenburgischen Küsten für ausreichend und die Strenge der in Holland gehandhabten Maßregeln hier für unnötig. Unumwunden stellte er der herzoglichen Regierung und den Truppen das beste Zeugnis aus. Sie seien vom besten Geiste, den man sich für die Küstenbewachung wünschen könne, beseelt und hätten hiervon verschiedentlich die schönsten Proben abgelegt. Und als Molitor ihm einwandte, daß die weiten Abstände der Douaneposten den Schmuggel begünstigten, bekam er zur Antwort, daß die Patrouillen bei der Schwierigkeit einer Landung völlig hinreichten, den Schmuggel zu unterdrücken. Wenn man statt der Patrouillen französische Soldaten in die Zolllinie stelle, so sei bei ihrer Bestechlichkeit geradezu zu befürchten, daß der Schmuggel noch anwachsen werde.[1]) Aber alle die Vorstellungen verfehlten bei Molitor ihre Wirkung. Schon am 12. Juni teilte er Eudel mit, daß er der Garnison in Bremen befohlen habe, ein Detachement Infanterie unter dem Befehle des Bataillonchefs Jacquement zu bilden, das die Häfen und zugänglichen Punkte der Küsten des Herzogtums Oldenburg besetzen solle.[2]) Auch über dieses französische Militär behielt jedoch Eudel die Oberleitung. Er gab ihm nur geringe Befugnisse. Keine Prise, die die Soldaten genommen, durfte von ihnen geöffnet oder an einen andern Platz gebracht werden, sondern sie mußte solange an der erbeuteten Stelle lagern, bis die inzwischen benachrichtigten Douaneposten herbeikamen.

So stand an der Seite der Douane und des oldenburgischen Militärs jetzt auch noch der französische Soldat. Mit Schrecken mochte Eudel an die Unzuträglichkeiten und besonders an die Denunziationen denken, die sich aus der Zusammensetzung des Küstenschutzes aus sehr verschiedenen Elementen ergeben mußte. Er beschwerte sich beim Generaldirektor über die Einmischung des Militärs in einem Schreiben, das voll des Lobes über die Haltung des Herzogs war. Nachdem er

---

[1]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Eudels an Collin de Sussy vom 15. Juni 1810.
[2]) Ebenda. Schreiben Molitors an Eudel vom 12. Juni 1810.

hier das Zwecklose des Unternehmens auseinander gesetzt hat, fährt er fort: „So soll Oldenburg militärisch besetzt werden, und dieses Land, wo mein Dienst unterstützt worden ist, wo ich an den Küsten wie im Innern infolge der Protektion des Herzogs alle dort versuchten betrügerischen Unternehmungen unterdrückt, dieses Land endlich, von dem ich stets nur vorteilhaft berichtet habe, wird ebenso streng behandelt wie Holland, dessen Küsten an England verraten waren. Ich erlaube mir zu behaupten, daß der Herzog ausgezeichnet zu werden verdiente und nicht solche Maßregeln erwarten durfte.“[1]) Schließlich wälzt er die Verantwortung für diese Schritte von sich ab. Auch als Molitor sich noch einmal bei ihm erkundigte, in wie weit die oldenburgischen Truppen die Douane unterstützt hätten, bestätigt er ihm, daß sie stets den Wünschen des Douanechefs nachgekommen seien. Er versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß jede in Oldenburg eingeführte englische Ware ihnen in die Hände gefallen sei.[2]) Doch alle seine Bemühungen blieben erfolglos. Die erteilten Befehle wurden nicht rückgängig gemacht. Freilich darf man Eudel hier nicht unbedingten Glauben schenken, sondern muß stets im Auge behalten, daß die Douanebeamten und das französische Militär auf höchst gespanntem Fuße mit einander standen, und daß Eudel deshalb von der Hülfe des oldenburgischen Militärs ein möglichst vorteilhaftes Bild entwerfen mußte, um so wenigstens von französischen Soldaten verschont zu bleiben. Wer möchte dem Hamburger Douanedirektor glauben, wenn er sagt, daß an der oldenburgischen Küste keine Waren gelandet worden seien, die seine Beamten nicht genommen hätten, während doch alle die Jahre hindurch die Klagen über den Schmuggel kein Ende nehmen wollten.

Aber ebenso wenig gerechtfertigt waren die von Paris aus gemachten Vorwürfe, daß der Herzog den Schleichhandel begünstige. Denn abgesehen davon, daß wir von der Douanedirektion kein Wort des Tadels gegen den Herzog hören, wissen wir auch ganz bestimmt, daß er wenigstens vom Jahre 1810 an höchst energisch gegen den verbotenen Handel vorgegangen

[1]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Eudels an Collin de Sussy vom 15. Juni 1810.
[2]) Ebenda. Brief Eudels vom 12. Juni 1810.

ist. Denn er haßte dieses Unwesen, seit dem er wußte, welche moralische Schäden es erzeugte, wie viele früher kaum bekannte Verbrechen jetzt vor den Gerichten verhandelt wurden. Dazu hatte ihn das Schicksal Hannovers aus nächster Nähe an den Ernst seiner Lage gemahnt, und die Zeitungsnachrichten, die eine Annexion Oldenburgs in sichere Aussicht stellten, ließen ihn erst recht an eine peinliche Erfüllung seiner Verpflichtungen denken. So erließ er zur Überwachung des Handels eine Verordnung, die den Fuhrleuten genau die Wege vorschrieb, die sie befahren durften. Wurde auf einem anderen Wege ein Wagen oder Karren angetroffen, so wurde er ohne weiteres von dem beauftragten Militär- oder Polizeibedienten mit dem Fuhrmann nach dem nächsten Amte gebracht. Der Überbringer erhielt von dem Beamten zehn Taler in Gold zur Belohnung, während der Fuhrmann drei Tage, den ersten und letzten bei Wasser und Brot, ins Gefängnis gesetzt wurde. Dann wurde die Ladung nebst den Zertifikaten von dem Beamten untersucht. Stellte es sich heraus, daß die Zertifikate richtig waren, und enthielt die Ladung keine verbotenen Waren, so wurde sie nach Bezahlung der entstandenen Amts- und sonstigen Kosten freigegeben, und der Fuhrmann nach dem nächsten den Kaufmannsgütern angewiesenen Weg gebracht: andernfalls wurde sie konfisziert.[1]) Auch hatte der Herzog gegen Holland eine genaue Kontrolle eingerichtet, so daß nichts ohne einen Paß der ersten Behörde der Provinz Ostfriesland auf oldenburgisches Gebiet gelangen konnte.[2]) Schließlich entschloß er sich sogar durch ein Dekret alle fremden Kaufleute aus seinem Lande zu entfernen.[3])

Des Herzogs Haltung war jetzt durchaus einwandsfrei. Er hatte getan, was in seiner Macht lag. Mit gerechtem Unwillen empfand er deshalb die Ankunft des französischen Militärs. Noch hoffte er durch Vorstellungen in Paris dessen Zurückziehung erwirken zu können. Als er aber am 29. Juli eine Note einreichte, sollte er fühlen, daß jetzt am französischen

---

[1]) Staatsarchiv Osnabrück. O. E. D., I A. Kammererlaß vom 21. Januar 1811.

[2]) Briefw. mit Lützow Bd. II. Instruktion für Lützow.

[3]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben v. der Deckens an Hammerstein vom 29. April 1810.

Hofe ein anderer Wind wehte, als im Jahre 1808, wo Napoleon eigenhändig den Befehl zum sofortigen Rückzug der Truppen niederschrieb. Mit tiefem Kummer erlebte er es, daß man sein höfliches Schreiben einer Antwort überhaupt nicht mehr würdigte.

Man versteht es, daß unter diesen Umständen Peter das Schicksal des benachbarten Hollands ängstlich verfolgte. Louis Napoleon wollte seinem Bruder nicht länger die entwürdigenden Handlangerdienste leisten, die den Wohlstand seines Landes gänzlich zerstören mußten. Er raffte sich auf und dankte am 1. Juli ab. Sofort ließ der Kaiser sein Heer in Holland einrücken. Oldenburg war damit plötzlich unmittelbarer Nachbar Frankreichs geworden. „Ich gestehe, daß ich diese Nachbarschaft ein wenig fürchte", schrieb Peter seiner russischen Schwägerin.[1]) Wie die Folgezeit zeigt, war diese Furcht nur zu begründet.

Der Seekrieg zwischen Frankreich und England ging inzwischen weiter, ohne eine Entscheidung zu bringen. Napoleon wurde immer erfinderischer in neuen Kampfesweisen. Der Kontinent sollte sich jetzt selbst Ersatz für die Kolonialwaren verschaffen. Zucker wurde aus Rosinen in allen Mittelmeerländern in großer Menge gewonnen, Baumwolle, die noch besser sein sollte wie die amerikanische, bei Neapel mit Verschwendung gesäet, und Pastellfarben sollten das Indigo ersetzen.[2]) Aber was nützten alle diese gewaltigen Unternehmungen, wenn trotzdem die Kolonialwaren auf dem Festlande billiger käuflich waren, als die heimischen Erzeugnisse? Die Dekrete von Berlin und Mailand reichten nicht mehr aus zur Vernichtung des englischen Handels. Verboten sie auch die Einfuhr, so kamen doch nicht allein durch den wunderbar organisierten Schmuggel, sondern auch auf durchaus legale Weise, von andern Küsten und durch die Konfiskationen, soviel Kolonialwaren auf den Markt, daß hierdurch die einheimische Produktion erheblich beeinträchtigt wurde. Man glaubte durch den Küstenschutz sich einstweilen gegen den Schleich-

[1]) Lettres du duc. Brief des Herzogs vom 26. Juli 1810.
[2]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 2. Brief Bachers an Hammerstein vom 11. September 18 0.

handel gesichert. Jetzt sollten auch die auf gesetzmäßige Art und Weise eingeführten Kolonialwaren unschädlich gemacht werden. Die Konfiskationen hatten sich verdoppelt, seitdem man in Erfahrung gebracht hatte, daß die Engländer mit Hülfe von falschen Zertifikaten ihren Handel unter amerikanischer, spanischer und türkischer Flagge trieben. Deshalb erließ Napoleon am 5. August das Dekret vom Trianon, das kurzer Hand erklärte, daß alle Kolonialwaren englischen Ursprungs seien, und sie mit einem hohen Zolle von etwa 50 Prozent des Wertes belegte. Zugleich verfügte er die Durchführung eines einheitlichen Zolltarifs.[1]) Am 11. September schickte der französische Bevollmächtigte beim Rheinbund, Baron von Bacher, den vorgeschriebenen Tarif an den oldenburgischen Minister und machte zugleich darauf aufmerksam, daß neben dem neuen auch die Dekrete von Berlin und Mailand in ganzer Strenge bestehen blieben. Da Hammerstein verreist war, erlitt die Ausführung in Oldenburg einige Verzögerung. Doch konnte der Minister immerhin schon am 16. Oktober dem französischen Bevollmächtigten am Rheinbund ein Exemplar der am 13. Oktober erlassenen Verordnung, die genau dem von ihm eingesandten Tarife nachgebildet war, einschicken.[2]) Schweren Herzens entschloß sich Peter zu dieser Maßnahme, deren Folge war, daß das Volk die Kolonialwaren, die ihm zum gewöhnten Bedürfnis des Lebens geworden waren, mit ungeheuren Preisen zu bezahlen hatte.[3]) Aber er teilte hier doch eben nur das allgemeine Los seiner Zeit, und ein Eingriff in seine Rechte lag nicht vor. Die erhobenen Steuern flossen in seine Kassen und konnten so ja wieder zum Besten des Landes verwendet werden. Aber leider kam die Verordnung nicht zur Durchführung. Denn während man sich in Oldenburg noch mit den Ausarbeitungen der am 13. Oktober erlassenen Bekanntmachung beschäftigte, war inzwischen am 2. Oktober in Paris bereits ein neues Dekret erlassen worden, daß in allen hinter der von

[1]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 2. Schreiben Bachers an Hammerstein vom 11. September 1810.

[2]) Ebenda. Schreiben Hammersteins an Bacher vom 16. Oktober 1810.

[3]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an seinen Minister vom 8. Oktober 1810.

Rees bis zur Ostsee gezogenen Douanelinie gelegenen Ländern die Steuerhebung für die kaiserlichen Kassen verordnete und die Douane mit der Ausführung dieser Bestimmung beauftragte. Da unter den dem Herzog als Rheinbundfürsten zugesicherten Souveränitätsrechten das Recht der Besteuerung ausdrücklich genannt war, so bedeutete dieses Dekret gegenüber dem Herzog eine grobe Rechtsverletzung. Sonst besagte es ziemlich dasselbe, wie die in Oldenburg erlassene Verordnung. Nur war die Form eine schärfere, da Haussuchungen verlangt und den Denunzianten wie den Douaniers, die versteckte Ware aufstöberten, Belohnungen zugesichert wurden. Auch wurde den Militärautoritäten befohlen den Douanevorstehern auf Requisition des Chefs jedes Detachements bewaffneten Beistand zu leisten.[1]) Also keine Spur mehr von der bevorzugten Stellung, die Oldenburg in früheren Jahren gehabt hatte. Zum mindesten hätte man sonst doch das Dekret vom 13. Oktober abwarten können, und falls es nicht strenge genug erschien, dann ja noch die Anordnung von Haussuchungen von der herzoglichen Regierung verlangen können. Aber warum jetzt noch Rücksicht nehmen? Der Douanedirektor Eudel hatte am 5. September an den Finanzminister berichtet, daß die Douane, fünf Stunden von Hamburg entfernt, 31 Wagen mit einer Ladung im Werte von 200000 Franken abgefangen habe. Dieser Nachricht hatte er die Bemerkung angeknüpft, daß man bei besserer Übereinstimmung der Militär- und Douaneautoritäten dem französischen Staate wohl 50 Millionen gerettet haben würde.[2]) Das war Beweis genug, wie lässig in jenen Gegenden die Kontinentalsperre betrieben wurde, und Grund genug, für alle hinter der von Rees bis zur Ostsee gezogenen Zolllinie liegenden Gebiete die Gesetzgebung selbst in die Hand zu nehmen.

Rücksichtslos schritt man nun zur Durchführung des Dekrets. Weder die oldenburgische Regierung noch der Baron von Bacher wurden amtlich davon in Kenntnis gesetzt. Noch bis in den November hinein glaubte Bacher, daß nach seinen Aufträgen die oldenburgische Regierung die Steuer-

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Kaiserl. Dekret gegeben im Palast zu Fontainebleu den 2. Oktober 1810.

[2]) Servières 147.

erhebung vornehmen sollte. Der Generaldirektor der Douane Collin de Sussy war mit der Ausführung des Dekrets betraut worden.[1]) Er gab die ihm gewordenen Befehle weiter an die Direktoren in Cleve und Hamburg, die sich dann auch sogleich ans Werk machten. Man war in Oldenburg nicht wenig erstaunt, als am 17. Oktober plötzlich der Clever Douanedirektor Türc sich der Regierung vorstellte, und ohne die geringste Legitimation vorzuzeigen, die Durchführung des Dekrets vom 2. Oktober verlangte. Es lag nicht der mindeste Grund für den Herzog vor, auf Forderung eines unbekannten, mit keiner Beglaubigung versehenen Mannes eine mit Bacher verabredete Maßregel aufzugeben, zumal da die Türcsche Forderung mit den dem Herzoge als Rheinbundfürsten garantierten Rechten in schroffstem Widerspruch stand. Er zeigte ihm deshalb die auf Bachers Veranlassung am 13. Oktober erlassene Verordnung und erklärte ihm, daß er es mit der jenem Bevollmächtigten schuldigen Achtung nicht zu vereinbaren vermöge, von Maßregeln abzugehen, die jener vorgeschlagen, und daß man daher um ihn sich nicht kümmern könne, bevor er sich mit Bacher auseinandergesetzt oder in Paris eine Entscheidung nachgesucht habe.[2]) Türc entschloß sich mit der Ausführung des Dekrets einstweilen zu warten, bis von Paris eine Entscheidung erfolgt sei. Zu allem Überfluß wollte nun auch noch Eudel die neuen Zölle erheben. Wie Oldenburg einerseits zum Rheinbunde gehörte, andererseits in dem Türc untergebenen Gebiet lag, so hatte auch Eudel an den oldenburgischen Küsten seine Douaneposten. Auch er glaubte sich jetzt verpflichtet, in den Orten, wo die Douaniers seiner Brigade lagen, die durch das kaiserliche Dekret vorgeschriebenen Zölle erheben zu müssen. Als er aber die oldenburgische Kammerverordnung vom 13. Oktober las, gab er sich zufrieden. Er überließ diese Angelegenheit der oldenburgischen Regierung, die bis zur erfolgten kaiserlichen Entscheidung fortfuhr, einstweilen den Vorrat der zu besteuernden Waren genau festzustellen.

---

[1]) Nach Artikel 7 des Kais. Dekrets vom 2. Oktober 1810.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Schreiben des Herzogs an Hammerstein vom 21. Oktober 1810.

Sofort nach Türcs Ankunft hatte der Herzog den Baron von Maltzahn nach Paris entsandt. Da Napoleon in jenen Tagen Mecklenburg der Begünstigung des englischen Handels beschuldigte, hielt Peter es für angebracht, einen besonderen Bevollmächtigten zu entsenden, damit seine Vorstellungen nicht etwa mit denen verwechselt würden, die der mecklenburgische Hof zu machen sich veranlaßt finden möchte.[1]) Infolge der äußerst schlechten Witterung war Maltzahn erst am 27. in Paris angelangt, hatte dann am 30. Oktober eine Einladung von Cadore erhalten, und machte sich nun am folgenden Tage auf den Weg nach Fontainebleau. Aber der französische Minister ging auf den Inhalt der herzoglichen Briefe garnicht ein, sondern gab dem enttäuschten oldenburgischen Bevollmächtigten die Antwort, daß er dem Kaiser darüber berichten wolle. Dann unterhielt er sich mit ihm über gleichgültige Angelegenheiten.[2]) Maltzahn hielt schon jetzt seine Sendung für verfehlt und schrieb dem Herzog, man tue gut daran, sich auf alles gefaßt zu machen, auch darauf, daß gar keine Antwort erfolge.[3]) Dann bemühte sich der Gesandte den Generaldirektor der Douane anzutreffen. Aber obgleich er vorgab, Briefe vom Herzog und von Türc zu überbringen, wurde er doch erst am 7. November vorgelassen. Collin de Sussy war schon durch Türc von allem in Kenntnis gesetzt worden, und hatte sofort dem Kaiser über die Schwierigkeiten berichtet, denen die Veröffentlichung des Dekrets vom 2. Oktober in Oldenburg begegnet war. Als er nun den oldenburgischen Bevollmächtigten empfing, konnte er ihm auf seine Beschwerden antworten, daß der Kaiser diese Zollerhebung für den im Dekret angedeuteten Teil Deutschlands als eine „mesure générale nécessaire" ansehe und inzwischen bereits den Prinzen von Eckmühl beauftragt habe, die Durchführung des Gesetzes mit Hülfe des Militärs zu erzwingen. Weiteren Vorstellungen Maltzahns ging er mit der Bemerkung aus dem Wege, daß nach der kaiserlichen Verfügung die Douane sich mit dieser Angelegenheit

---

[1]) Mutzenbecher 293.

[2] [3]) Briefw. mit Maltzahn. Maltzahns Berichte vom 29. Oktober und 2. und 4. November 1810.

nicht mehr zu befassen habe.[1]) Trotzdem instruierte er Türc dahin, daß er sich mit den militärischen Behörden zur gemeinschaftlichen Vornehmung der Zollerhebung in Verbindung setzen sollte.[2])

Während nun der Clever Douanedirektor in Oldenburg mit steigender Ungeduld näheren Befehlen entgegensah, handelte die oldenburgische Regierung weiter nach Bachers Aufträgen. Am 3. November schrieb Bacher, der auch damals noch nicht von dem am 2. Oktober erlassenen Dekret in Kenntnis gesetzt worden war, an den Oberlanddrosten von der Decken, daß die am 13. Oktober erlassene Verordnung nicht weit genug gehe, und daß er deshalb militärische Haussuchungen nach englischen Fabrikaten und deren Beschlagnehmung anordnen müsse.[3]) In dem Augenblicke, wo man mit der Ausführung dieses letzten Bacherschen Befehls den Anfang machte, gelangte die Antwort aus Paris in Türcs Hände. Schnell verständigte sich dieser mit den militärischen Autoritäten, die ihm nun das Geschäft der Steuererhebung überließen, während sie selbst die Haussuchungen vornehmen lassen wollten. Im Vollgefühl seiner Gewalt verlangte nun Türc, daß die oldenburgische Kammer das Dekret vom 2. Oktober publiziere. Dabei weigerte er sich noch immer seine Vollmacht vorzuzeigen. Erst als die Regierung fest blieb, und ihm bedeutete, es bleibe nichts übrig, als ein Promemoria über sein Tun aufzunehmen, fügte er sich. Er zeigte die letzte Instruktion des Generaldirektors vor und forderte dann nochmals die Veröffentlichung des Dekrets. Peter sah keinen Ausweg. Schweren Herzens erließ er noch am selben Tage, am 16. November, die Publikation, für die er jede Verantwortung ablehnte. Türc hatte wegen der verlorenen Zeit darauf bestanden, daß alle Besitzer von Kolonialwaren schon in 48 Stunden ihre Warenbestände angeben sollten, da nach Ablauf dieses Termins mit den Haussuchungen begonnen würde.[4])

---

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Maltzahns Bericht an den Herzog vom 8. November 1810.

[2]) Ebenda. Schreiben Collins de Sussy an Türc vom 3. November 1810.

[3]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 2. Schreiben Bachers vom 3. November 1810.

[4]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an seinen Bevollmächtigten aus dem November 1810.

In den letzten Tagen des Novembers fand nun in Oldenburg eine Jagd nach Kolonialwaren statt. Die Douaniers trieben unbarmherzig die Zölle ein, und das Militär durchstöberte jedes Haus bis in die verborgensten Winkel. Um das Unglück voll zu machen, wurde auch noch das am 19. Oktober zu Fontainebleau erlassene Dekret in Oldenburg bekannt gemacht, wonach im Bereich der von französischen Truppen besetzten Orte die aus englischen Fabriken stammenden Waren verbrannt werden sollten.[1]) Anfang Dezember waren die Vorräte aus den Douane-Magazinen und das Wenige, was man bei den Kaufleuten gefunden, sei es weil nicht mehr da war, oder weil man es noch zeitig auf die Seite gebracht hatte, in Rauch aufgegangen.

In den Orten, wo die Eudel untergebenen Douaniers standen, stieß Türc abermals auf Schwierigkeiten. Als er am 18. November in Varel seines Amtes walten wollte, erklärte der dort stationierte Douanechef Jansas, daß er den bestimmten Befehl habe, keine fremden Douaniers in seinem Gebiete zuzulassen. Bentinck machte deshalb die schon erlassene Erlaubnis zur Verteilung und Anschlagung der Publikation rückgängig und verweigerte den Türcschen Douaniers einen Platz für ihr Bureau.[2]) Nach einer Verständigung mit dem Hamburger Douanedirektor ging aber auch hier die Zollerhebung ruhig von statten.

Noch drückender als die Handelsgesetze lastete auf Oldenburg die französische Besatzung, die, stetig vermehrt, die Kräfte der Bevölkerung bis ins innerste Mark verzehrte.[3]) Am 21. Oktober rückte das 85. Regiment ein. Der Brigadegeneral de Sailly und der Stab nahmen in der Residenz Quartier, während die Truppen auf das Land verteilt wurden.[4]) Bald folgte ein halbes Regiment Infanterie und eine Kompagnie

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an Maltzahn vom 24. November 1810.

[2]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Mosles Bericht aus Varel an die Herzogliche Kammer vom 18. November 1810.

[3]) Über die drückenden Militärlasten Norddeutschlands vergl. Goecke-Ilgen, 243 ff.

[4]) Briefw. mit Maltzahn. Briefe des Herzogs an Maltzahn vom 21. und 25. Oktober, 7. und 11. November und 1. Dezember 1810.

Artillerie.[1]) Anfang November wurde dann die Ankunft von Sappeurs verkündet, die in Eckwarden und Blexen Batterien errichten sollten.[1]) Das Militär allein, 2700 Mann und 400 Pferde, verursachte dem Lande eine tägliche Ausgabe von 10000 Franken.[1]) Hierzu kamen dann noch die Kosten für die Anlegung von Batterien und für die Unterhaltung der französischen Flottille, die seit Anfang November in einer Stärke von 22 Schiffen im Jadebusen lag.[2]) Diese Ausgaben überstiegen die Kräfte des Landes. Sie waren größer als alle Einkünfte zusammen genommen, und man mußte zu Anleihen und Ausschreibungen seine Zuflucht nehmen.[3])

Wenn nun wenigstens die rücksichtslos beigetriebenen Steuern im eigenen Lande geblieben wären, und man von ihren Erträgnissen die großen Ausgaben für die französischen Truppen hätte bestreiten dürfen. Aber die geringen Hoffnungen, die man noch auf die Erfüllung dieses Wunsches zu setzen wagte, wurden ebenfalls vereitelt. Maltzahn hatte am 28. November dem französischen Minister mit beredten Worten die traurige Lage Oldenburgs geschildert. Champagny selbst war erschrocken, als er vernahm, daß die Ausgaben für das Militär dem kleinen Lande täglich 10000 Franken verursachten. Er hatte sich die Summe noch einmal wiederholen lassen. Aber dann hatte er mit der gewöhnlichen Bemerkung, daß er die Sache zur Kenntnis des Kaisers bringen werde, die Unterredung über diesen Gegenstand abgebrochen.[4])

Maltzahn versprach sich von Verhandlungen nichts mehr. Er sah ein, daß sein Aufenthalt in Paris überhaupt überflüssig geworden sei, zumal da er auch bei Collin de Sussy nichts mehr ausrichten konnte, seitdem durch ein Dekret vom 19. Oktober die Errichtung eines conseil spécial in Hamburg verordnet war, der für die Ausführung der britenfeindlichen Ge-

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Briefe des Herzogs an Maltzahn vom 21. und 25. Oktober, 7. und 11. November und 1. Dezember 1810.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs von Hammerstein vom 26. November 1810.

[3]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an Maltzahn vom 21. und 25. Oktober, 7. und 11. November und 1. Dezember 1810.

[4]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht Maltzahns an den Herzog vom 28. November 1810.

setze in Norddeutschland sorgen sollte. Am 10. November hatte sich diese Behörde konstituiert, und der Divisionsgeneral Compans hatte den Vorsitz übernommen. Bald machte der oldenburgische Staat auch mit dieser neuen Behörde unliebsame Bekanntschaft.

So bot am Ende des Jahres 1810 das Herzogtum Oldenburg ein trauriges Bild. Mit unerhörter Schnelligkeit waren hier die Dekrete des Kaisers sich gefolgt und hatten die Behörden gewechselt, so daß selbst die Vollzieher der kaiserlichen Befehle unter sich in Uneinigkeit gerieten. Und unter der Ausführung dieser Befehle verblutete das einst so glückliche Oldenburger Ländchen. Der Wohlstand war tief erschüttert, Handel und Verkehr gelähmt, die Lebensmittel unerschwinglich verteuert, dazu starrte im Lande alles von französischen Zollwächtern und Soldaten, und an der Küste lag eine französische Flottille! In dumpfer Resignation lebte die Bevölkerung dahin, während man an der Seine über Entwürfen brütete, die dem oldenburgischen Staate den tödlichen Streich versetzen sollten.

Sechstes Kapitel.

Die Katastrophe.

Seitdem sich nach Napoleons Heirat mit einer Habsburgerin die engen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich gelockert hatten, wagte sich auch der Allgewaltige mit seinen Gelüsten nach den Nordseeküsten wieder auf den Plan. Das Verhalten seines Bruders gab ihm Gelegenheit zum Eingreifen. Holland war zu Frankreich geschlagen worden. Aber damit begnügte sich Napoleon nicht. Neue zahlreichere Truppen ließ er in die Küstengegenden verlegen, um die endgültige Besitzergreifung rasch vollziehen zu können. Noch scheint er Bedenken wegen Oldenburg gehabt zu haben, aber sie hielten ihn nicht lange zurück. Denn die Antwort auf die Erkundigungen, die im Monat November der französische Gesandte Caulaincourt im Auftrage seiner Regierung wegen des Verhaltens Rußlands zu einer Besitznahme Oldenburgs in Petersburg einholen sollte, wartete man nicht einmal mehr ab.[1]) Schon hatte

[1]) Bignon IX, 360 (im Auszuge S. 10).

der Herzog von Cadore einen Bericht ausgearbeitet, der dem Senate die Notwendigkeit der neu geplanten Reunionen schildern sollte.[1]) Dieser ward am 8. Dezember dem Kaiser vorgelegt, am folgenden Tage von ihm genehmigt und kam bereits am 10. Dezember im Senate zur Sprache. Sogleich zu Anfang der Sitzung verlas der Erzkanzler in Napoleons Namen folgenden amtlichen Bericht: „Die in den Jahren 1806 und 1807 von England erlassenen Gesetze haben das öffentliche Recht Europas zerstört. Eine neue Ordnung der Dinge regiert die Welt. Neue Garantien werden für mich notwendig. Die ersten und wichtigsten scheinen mir zu sein, die Schelde, Maas, Rhein, Ems, Weser und Elbmündungen mit dem Reiche zu vereinigen."[2]) Dann verlas Cadore seinen Bericht. Hierin heißt es, daß die Vereinigung der Hansestädte, Lauenburgs und aller Küstenstriche von der Elbe bis zur Ems durch die Umstände geboten erscheine. Die ungeheuren Magazine Helgolands drohten den Kontinent so lange mit Waren zu überschwemmen, als ein einziger Punkt an den Küsten dem englischen Handel geöffnet bliebe und die Mündungen der Jade, der Weser und der Elbe diesem nicht für immer verschlossen seien. Auch wurde eine Vergrößerung des Kanals von Hamburg nach Lübeck und der Neubau einer die Elbe mit der Weser und diese mit der Ems verbindenden Wasserstraße in Vorschlag gebracht.[3])

Dieser Entwurf eines Senatsbeschlusses wurde einer Spezialkommission zur näheren Beratung übergeben, die sich ihrer Aufgabe schnell entledigte. Der Vorsitzende der Kommission Sémonville begründete am 13. Dezember noch einmal in längerer Rede die Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen, worauf noch in derselben Sitzung die Einverleibung der Nordseeküste reichsgesetzlich festgelegt wurde.[4]) Der erste Artikel des Senatskonsults besagte: „Holland, die Hansastädte, das Lauenburgische und die zwischen der Nordsee und einer von der Vereinigung der Lippe mit dem Rhein bis Haltern, von Haltern

[1]) Corresp. 17197.
[2]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht des Moniteur Universel vom 15. Dezember 1810.
[3]) Corresp. 17197.
[4]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht aus den letzten Tagen des Dezember 1810.

bis zur Ems oberhalb Telgte, von der Ems bis wo sich die Werre in die Weser ergießt, und von Stolzenau an der Weser bis zur Elbe oberhalb der Mündung der Steckenitz gezogenen Linie gelegenen Lande, sollen einen integrierenden Teil des französischen Reiches bilden." [1])

Durch diesen Artikel wurde auch Oldenburg dem französischen Kaiserreich einverleibt. Freilich erwecken die Verhandlungen, die man zunächst wegen Oldenburgs anknüpfte, den Anschein, als wenn dieser Staat durch das Senatskonsult nicht getroffen werden sollte. Schon bevor Cadores Einverleibungsentwürfe Gesetzeskraft erlangt hatten, lud er am 11. Dezember den Baron von Lützow zur Audienz ein. In dieser eröffnete er ihm, daß ihm die Vereinigung Hollands mit Frankreich bekannt sein müsse, und daß die Inkorporation der Hansestädte, welche ja mehr oder weniger von Holland abhängig seien, eine natürliche Folge dieses Ereignisses bilde. Da nun überdies ein Abkommen mit dem Könige von Westfalen dem Kaiser einen Teil des früheren Hannover, Osnabrück mit einbegriffen, überlasse, so würde Oldenburg in Zukunft ganz von Frankreich eingeschlossen sein. Dadurch würde der Herzog in der Ausübung seiner Hoheitsrechte oft gestört und beschränkt werden. Der Kaiser wünsche aber nur das zu tun, was dem Herzog angenehm sei und so stelle er es völlig in die freie Wahl des Herzogs, ob er unter den veränderten Verhältnissen als voller Souverän sein Land behalten wolle, woraus dann allerdings Schwierigkeiten für ihn entstehen könnten, oder ob er es vorziehe, dafür ein anderes dem Kaiser zur Verfügung stehendes deutsches Land zu erhalten. Nachdem Lützow diese Ausführung angehört hatte, machte er Champagny darauf aufmerksam, daß augenblicklich der Baron von Maltzahn mit besonderen Aufträgen des Herzogs in Paris weile, und daß er ihn verpflichten würde, wenn er in dessen Gegenwart das Gesagte noch einmal wiederhole. Mit großer Bereitwilligkeit ging Cadore hierauf ein. Lützow holte Maltzahn, und bald vernahmen beide zusammen aus demselben Munde die un-

[1]) Aus der Bekanntmachung Reverbergs vom 28. Februar 1811. Staatsarchiv Osnabrück. O. E. D., I. A.

erwünschte Neuigkeit. Die bei dieser Gelegenheit gemachten Erläuterungen bezweckten offenbar die Vorzüge einer Vertauschung Oldenburgs gegenüber der durch die Umgebung Frankreichs bedingten beschränkten Souveränität möglichst hervortreten zu lassen, denn Cadore verglich die künftige Stellung des Herzogs mit der der Großherzogin von Toskana, die nur Statthalterin und also Untertanin des Kaisers war. Dagegen wiederholte er zu verschiedenen Malen, daß man den Herzog, falls er einen Tausch vorzöge, reichlich entschädigen werde, ohne freilich ein Tauschobjekt zu nennen. Während der ganzen Unterredung beobachteten die beiden Gesandten völliges Stillschweigen. Sie unterließen es selbst nach den in Aussicht genommenen Entschädigungen zu fragen, weil sie dem Herzoge die Entscheidung völlig überlassen wollten.[1])

In den nächsten Tagen ließ Cadore dieselben Eröffnungen durch den französischen Botschafter in Petersburg dem russischen Hofe machen, während er selbst mit Kurakin, den er zu sich beschied, in Verhandlungen trat.[2]) Kurakin erkundigte sich bei dieser Gelegenheit, wie weit die Hoheitsrechte des Herzogs eine Beschränkung erleiden müßten. Champagny verwies ihn auf die Douane, die militärische Besatzung und die beständigen Truppendurchmärsche, worauf er zur Antwort erhielt, daß der Herzog diese Beschränkung seiner Rechte ja schon lange erleide. Zum Schlusse fragt er noch, womit man denn den Herzog zu entschädigen gedenke, falls dieser auf sein Erbe Verzicht leisten wolle, was freilich bei der innigen Zuneigung Peters zu seinen Untertanen wohl ausgeschlossen sei.[3]) Es wurde angedeutet, daß man dem Herzog Erfurt überlassen könne. Erschiene die Entschädigung zu gering, so lasse sich ein Ausgleich darin finden, daß man dem Herzoge die oldenburgischen Domänen beließe oder ihm Renten auf den französischen Staatsschatz anweise.

Es war am 23. Dezember, als Mutzenbecher die Un-

---

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht Lützows vom 12. und Maltzahns vom 13. Dezember 1810 an den Herzog.

[2]) Bignon, IX, 362.

[3]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 7. Bericht Lützows an den Herzog vom 16. Dezember 1810.

glücksbotschaft der neuen Reunionen in Oldenburg verkündete. So wenig vertrauenerweckend auch die Lage sein mochte, in die der Herzog durch die völlige Einschließung seines Gebiets durch französisches Territorium geriet, so zögerte er trotz der ungünstigsten Aussichten doch keinen Augenblick, bei seinem Volke auszuharren. Schon am folgenden Tage entsandte er einen Kurier an Lützow mit einer Botschaft, in der es wörtlich heißt: „Geben Sie dem Minister zu erkennen, daß kein persönlicher Vorteil mich jemals würde reizen können, eine fremde, unbekannte Besitzung meinem Heimatland vorzuziehen. Ich habe diesem Lande meine Fürsorge aus Pflichtgefühl gewidmet, und ich wünsche sie ihm aus Liebe zu erhalten.[1])

Am 24. Dezember traf nun auch Bacher am herzoglichen Hofe ein, um in eine Verhandlung wegen einer Vertauschung des Landes einzutreten. Er versicherte den Herzog des kaiserlichen Wohlwollens, teilte ihm aber dann amtlich die schon durch Lützow bekannt gewordenen Wünsche Napoleons mit. Der Herzog erwiderte darauf zum großen Erstaunen des enttäuschten Abgesandten, er könne niemals auf eine Entschädigung eingehen. Die Nachbarschaft Frankreichs sei für ihn nur eine Quelle der Beruhigung, da Napoleon die Gnade gehabt habe, ihn in den Rheinbund aufzunehmen. Im Vertrauen auf den Kaiser wünsche er nichts anderes, als daß das bisherige Verhältnis seines Herzogtums zu Frankreich erhalten bleibe.[2]) Durch diese Antwort war Bacher entwaffnet worden. Seine Mission erwies sich als verfehlt, und er verabschiedete sich. Man wunderte sich, daß der Rheinbundbevollmächtigte den Herzog in keiner Weise zu bereden gesucht hatte, sich den kaiserlichen Wünschen zu unterwerfen, wie es unzweifelhaft seine Auftraggeber beabsichtigten. Napoleon zeigte sich später höchst unzufrieden mit Bacher, weil er dem Herzoge ein Kompliment überbracht habe, anstatt ihn zu bestimmen, auf einen Austausch des Landes einzugehen.[3]) Wahrscheinlich wird die im-

---

[1]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 7. Brief des Herzogs an Lützow vom 24. Dezember 1810.

[2]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an Maltzahn vom 27. Dezember 1810.

[3]) So Cadore an Kurakin. Anmerkung bei Bignon (Auszug) S. 88.

ponierende Persönlichkeit Peters, der mit großer Festigkeit jegliches Tauschanerbieten von vornherein abwies, Bacher von der Aussichtslosigkeit etwaiger Überredungsversuche sofort überzeugt haben. Wie dem aber auch sei: jedenfalls hat er den Herzog nicht für eine Vertauschung seines Landes zu gewinnen sich bemüht, und Peter schloß daraus, daß Napoleon nicht ohne seine ausdrückliche Zustimmung ihm ein anderes Land zu überweisen gedenke.[1]) Er ahnte nicht und konnte auch gar nicht ahnen, daß auch über ihn bereits das Urteil gesprochen sei. Vielmehr erblickte er in der Sendung Bachers eine persönliche Bevorzugung und bat sogar den Zaren, er möge in Paris die Zufriedenheit mit der ihm bewiesenen Rücksicht aussprechen.[2])

Wenn er damals von den gleichzeitigen Vorgängen in Paris Kunde gehabt hätte, würde er wohl anders gehandelt haben. Denn man trieb mit ihm ein unerhört falsches Spiel. Während Bacher noch am 24. Dezember mit schönklingenden Worten dem Herzoge ankündigte, daß man ihm vollständig freie Wahl lassen wolle, hatte man hinter seinem Rücken schon am 21. Dezember sein Land unter die neuen Departements zu verteilen beschlossen. Am 26. Dezember, noch ehe Peters Antwort in Paris eintreffen konnte, wurde endgültig durch ein Dekret das Herzogtum Oldenburg zum Departement der Wesermündungen und die Ämter Vechta, Cloppenburg und Wildeshausen zum Ober-Ems-Departement geschlagen.[3]) Aber diese Vorgänge waren an der Hunte noch nicht bekannt. Es fiel dem Herzoge erst die Binde von den Augen, als am 30. Dezember plötzlich sämtliche öffentliche Kassen des Landes durch die Franzosen beschlagnahmt wurden. Die Befehle hierzu wurden vom General Compans erteilt. Sie wurden äußerst geschickt und mit so großem Erfolge vollführt, daß nichts gerettet werden konnte und 250000 Taler den Franzosen in die Hände fielen.[4]) Der Brigadegeneral de Sailly war genau instruiert.

[1]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs an Hammerstein vom 27. Dezember 1810.

[2]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an Maltzahn vom 10. Januar 1811.

[3]) Mutzenbecher 296.

[4]) Mutzenbecher 295.

Er erteilte seinen Offizieren Befehl, daß sie am Nachmittag des 30. zu gleicher Zeit sämtliche öffentliche Kassen sowohl in Oldenburg selbst wie auf dem Lande in Beschlag legen sollten. Erst in dem Augenblick, wo die Offiziere bereits ihres Amtes walteten, überbrachte de Sailly dem Oberlanddrosten von der Decken ein Schreiben des Generals Compans, in dem jener bekannt machte, daß die Kassen für den Kaiser mit Arrest belegt würden, und daß er bei Ausführung dieser Maßregeln die Unterstützung der oldenburgischen Behörden erwarte.[1]) Zugleich verlangte Compans von der herzoglichen Regierung, daß man bis zum 4. Januar Beamte, die sich durch Verstand und Kenntnis in allen Zweigen der Verwaltung auszeichneten, nach Hamburg entsende, damit sie der Gouvernementskommission über die neuen französischen Gebiete Bericht erstatteten.[2]) So faßte dieser Präsident die dem Herzoge gelassene „freie Wahl" auf. Und als Maltzahn am 9. Januar 1811 sich bei Champagny über die Beschlagnahmung der Kassen beschwerte, erklärte der Minister ganz einfach, die Maßregel sei für alle innerhalb der im Senatskonsult näher bezeichneten Linie gelegenen Länder gegeben worden und man habe mit Oldenburg keine Ausnahme gemacht, weil man vorausgesetzt habe, daß man sich mit der Zeit mit dem Herzog würde verständigen können.[3])

Es unterliegt nach alledem wohl keinem Zweifel, daß auch die Einverleibung Oldenburgs von vornherein in Aussicht genommen worden war. Andernfalls würde das mit großer Sorgfalt abgefaßte Senatskonsult seine Ausnahmestellung wohl erwähnt haben. Aber was bezweckten denn die Lützow gemachten Erklärungen, was die Bachersche Mission? Daß man trotz der Absicht der Einverleibung Oldenburgs dennoch mit dem Herzog in Verhandlungen trat, war ein Schachzug der französischen Diplomatie, ein Schachzug, den man fein durchdacht nennen möchte, wenn man nicht am französischen Hofe bessere Kenntnis von dem Charakter des Herzogs hätte er-

[1]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Compans an den oldenburgischen Minister vom 27. Dezember 1810.

[2]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Compans an den oldenburgischen Minister vom 27. Dezember 1810.

[3]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht Maltzahns vom 9. Januar 1811.

warten dürfen. Aber Peters gerader Sinn und seine Unfähigkeit zu selbstischer Berechnung ist den durchtriebenen napoleonischen Abenteurern immer ein unbegreifliches Rätsel geblieben. Daran scheiterte auch ihre Diplomatie, die in tausend anderen Fällen sicherlich von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Denn die Übertragung der Souveränität auf ein anderes deutsches Land und eine volle Entschädigung seiner Einkünfte war doch verlockender, als Herzog zu sein in einem Lande, wo seine Hoheitsrechte so wie so schon zum bloßen Schatten herabgesunken waren, und wo die völlige Umzingelung von einem übermächtigen Reiche ihn für jeden Augenblick das Schlimmste befürchten ließ. Man glaubte also mit ziemlicher Sicherheit annehmen zu können, Peter werde auf einen Austausch eingehen. Warum aber mit Gewalt durchsetzen, was vielleicht von dem freien Willen des Herzogs zu erwarten war? Willigte er ein, hatte man eben Rußland nicht unnötiger Weise gereizt, wenn nicht, so konnte man zu einem Gewaltakt ja immer noch schreiten.

Am 2. Januar 1811 traf des Herzogs Antwort in Paris ein. Lützow und Maltzahn überreichten sie am folgenden Tage dem Minister, wobei Lützow bemerkte, daß Pflichtgefühl, Anhänglichkeit an seine getreuen Untertanen und wohlgegründetes Vertrauen in den Schutz und die Gewogenheit des Kaisers den Herzog zu diesem Entschlusse bestimmt hätten.[1]) Die Antwort kam dem Minister augenscheinlich unerwartet. Kein Wort der Befriedigung über diesen Ausgang kam über seine Lippen. Er fragte nur, ob der Herzog auch genau alle Unannehmlichkeiten seiner isolierten und dadurch beschränkten Lage erwogen habe.[2]) Der Herzog von Cadore benachrichtigte den Kaiser von der unerwünschten Antwort des oldenburgischen Hofes. Dieser fand rasch eine andere Sprache. „Was diesen Herzog betrifft," schrieb er seinem Minister, „so will ich ihm sein Privatvermögen bis zu einer Vereinbarung lassen. Aber die Souveränität muß ihm auf der Stelle entzogen werden. Sie werden dem Gesandten des Herzogs sagen, daß dieser Fürst nicht nur seine Souveränität nicht behalten, sondern daß ihm auch der

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht Maltzahns aus dem Januar.
[2]) Ebenda.

Genuß seiner Patrimonialgüter nur auf eine bestimmte Zeit verbleiben kann; daß das Land nach französischen Gesetzen regiert werden und vor Ablauf von sechs Monaten eine andere Gestalt haben wird. Sagen Sie dem Herzog, daß ich ihm Erfurt gebe."[1])

Noch am Abend desselben Tages lud Champagny die oldenburgischen Bevollmächtigten zu sich ein. Am Morgen des 18. Januar empfing er sie. Er eröffnete ihnen im Namen des Kaisers, daß aus denselben Gründen, die die Einverleibung der übrigen Lande notwendig gemacht hätten, auch die sämtlichen oldenburgischen Lande gleichfalls zu Frankreich geschlagen werden müßten. Maßnahmen gegen den englischen Handel und gegen mögliche englische Landungen forderten, daß alle Küstenländer nach französischen Grundsätzen regiert würden. Bestände Oldenburg inmitten Frankreichs fernerhin, so würde des Herzogs Souveränität so beschränkt, daß auch nicht ein Schatten davon übrig bliebe. Der Herzog würde dann seiner Würde entgegen den Autoritäten der Douane und des Militärs gewissermaßen untergeordnet sein, und das Land würde unter diesen Umständen unglaublich viel leiden. Deshalb sei die Inkorporation Oldenburgs beschlossen worden. Der Herzog solle aber aufs vollkommenste entschädigt werden. Seine Souveränitätsrechte werde man auf ein anderes deutsches Land übertragen. Auch wolle man ihn bis zur erfolgten vollständigen Entschädigung im Besitze seiner Domänen belassen.

Die Gesandten bemerkten hiergegen, daß dieser Schlag den Herzog um so unerwarteter und schmerzhafter treffen würde, da er kurz vorher ganz entgegengesetzte Vorschläge erhalten habe, und sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß Peter beim Kaiser in Ungnade gefallen sei. Der Minister versicherte aber, daß nichts als die Lage Oldenburgs diesen Beschluß notwendig gemacht habe, und daß der Kaiser seine persönliche Zuneigung zum Herzoge schon dadurch hinlänglich an den Tag lege, daß er beschlossen habe ihn auf das vollkommenste zu entschädigen. Endlich forderte er die Gesandten auf, über Größe, Einwohnerzahl und Einkünfte Oldenburgs

[1]) Bignon X, 4 (im Auszug S. 21).

möglichst bald Aufschluß zu geben, damit eine vollständige Entschädigung stattfinden könne.[1])

So hatte man denn in Paris die Maske fallen lassen. Jäh zerstörte der Anblick der grausen Wirklichkeit die letzten Hoffnungen oldenburgischer Optimisten. Sie hatten ja immer noch zu hoffen gewagt. Ließen auch die Maßnahmen der Kassenversiegelung und die Verteilung Oldenburgs unter die neuen Departements die Katastrophe ahnen, so hatten sie doch immerhin noch mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Wegnahme der Kassen irrtümlich geschehen und die Aufteilung nur provisorisch für den Fall festgesetzt worden sei, daß der Herzog sein Land zu vertauschen wünsche. Diese Illusionen waren jetzt wie Seifenblasen verflogen, und zum Entsetzen gewahrte man, daß selbst die hohe russische Verwandtschaft nicht mehr vor napoleonischen Gewalttaten schütze.

Keine der großen Überraschungen jener an vieles gewöhnten Zeit traf Peter unerwarteter, wie dieser zermalmende Schlag. „Ich wußte, daß ich wenig günstige Aussichten hatte," schrieb er an Maltzahn, „indessen bekenne ich freimütig, daß ich nicht vermutete, daß man einen Weg einschlagen würde, der genau die von Cadore gemachten Äußerungen aufhebt."[2]) Er hatte nicht mehr zu wählen. In kurzer Zeit sollte Frankreichs Flagge in seinen Lauden wehen. Daran war nicht mehr zu zweifeln. Napoleon hatte ihn beurteilt wie die meisten Fürsten jener Tage, die mit ihren Ländern Schacher trieben und bei jeder Länderverteilung gierig ihre Hand nach neuen Besitzungen ausstreckten. Wohl keiner dieser Vasallen von Napoleons Gnaden würde sich dem kaiserlichen Machtspruch zu widersetzen erkühnt haben. Anders Peter. Sein Volk zu verhandeln, galt ihm als ein nichtswürdiges Verbrechen, auch dann, wenn er für sich hätte Vorteile bei dem Handel herausschlagen können. Lieber wollte er mit Ehren untergehen. Konnte er es aber verantworten, wenn er jegliche Verhandlung einfach ablehnte? Stand er denn ganz allein in der Welt, daß er rücksichtslos dem Zuge seines eigenen Herzens folgen konnte? Hatte er

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht vom 9. Januar 1811.
[2]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs vom 18. Januar 1811.

nicht einen hoffnungsvollen Sohn, der eben jetzt nach voller Ausbildung ins Vaterhaus zurückkehrte? Mußte er nicht diesem zu Liebe eine Entschädigung annehmen, um ihn nicht zu glanzloser Zukunft zu verurteilen? Und was sollte aus seinen zahlreichen treuen Dienern werden? Solch bange Sorgen um das Wohl der Seinigen zerschnitten ihm das Herz in jenen Prüfungstagen. Sie allein waren es, die Peter auf Augenblicke an einen Ländertausch zu Gunsten seines Sohnes denken ließen, den er für seine Person jederzeit mit Entrüstung von sich gewiesen hat. „Wir müssen unserm Schicksal entschlossen entgegen gehen," schrieb er an Maltzahn. „Ich für meinen Teil würde mich für mich selbst bald beruhigen, indes als Vater ist dies nicht gleich leicht und unmöglich, wenn man eine zahlreiche und verdiente Dienerschaft hat und das Schicksal seiner Untertanen beherzigt. Ich für meine Person verstehe mit meinen Landsleuten keinen Tausch oder Handel zu treiben."[1]) Leicht wird dem Herzog der Entschluß nicht geworden sein, als er seine Bevollmächtigten instruierte, in die seinen Neigungen zuwiderlaufende und seine Empfindungen verletzende Unterhandlungen einzutreten. Indes zunächst glaubte er sich hierzu verpflichtet, und deshalb schickte er das zur Abschätzung einer Entschädigung erforderliche statistische Material nach Paris. Dabei bemerkte er Lützow, daß man sich auf Erfurt nicht einlassen solle, weil dieses abgelegene und ausgesogene Land als ausreichendes Tauschobjekt nicht angesehen werden könne.[2]) Aber schon nach kurzer Zeit dachte Peter nicht mehr daran, eine Entschädigung anzunehmen. Denn als Ende Jannar sein Sohn, der ein volles Jahr in Italien und der Schweiz geweilt hatte, zu ihm zurückkehrte und die gleiche Gesinnung gegen den unwürdigen Ländertausch bekundete, stand sein Entschluß fest, nur der Gewalt zu weichen und sich in Verhandlungen nicht mehr einzulassen. Und von diesem Augenblicke an war er fest wie Stahl, unerschütterlich, unerbittlich. Lützow hatte am 6. Februar mit dem französischen Minister oberflächlich über Erfurt verhandelt und berichtete darüber an den oldenburgischen

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs an Maltzahn vom 18. Januar 1811.

[2]) Ebenda.

Hof. Er erhielt aber vom Herzoge die Antwort, daß er sich in Verhandlungen über eine Frage eingelassen habe, die dem Herzoge doch ewig fremd bleiben würde.[1])

Dumpfe Betäubung beherrschte damals die Gemüter der Oldenburger. Zu all den drückenden Lasten, die die letzte Zeit gebracht, hatte das Dekret vom 13. Dezember auch noch verordnet, daß die Einkünfte der Länder, die zur Einverleibung in das französische Kaisertum bestimmt waren, vom 1. Januar 1811 für Frankreich erhoben werden sollten. Jedoch begnügten sich die französischen Beamten hiermit nicht. Sie raubten auch die Einkünfte des Jahres 1810. Alle Bemühungen, die Entsiegelung der Kassen zu bewirken, blieben erfolglos. Der General Compans verwies die Beschwerdeführer regelmäßig nach Paris. Hier aber ward geantwortet: „Il faut s'adresser pour cela aux autorités qui ont mis le sequestre, qui peuvent aussi y mettre des adoucissements, d'ailleur le nouveau gouvernement ne laissera pas manquer du nécessaire.“[2]) Die Verlegenheit war groß. Die Besoldungen der Beamten konnten nicht ausgezahlt werden. Viele Einwohner der Stadt lebten aber nur von der zahlreichen herzoglichen Dienerschaft, und diese wiederum größtenteils nur von ihrem Gehalte.[3]) Dabei trieben die neuen Verwalter der Kassen die Rückstände zum Teil von mehr als zwanzig Jahren, ohne alle billige Rücksicht auf die Zahlungspflichtigen, mit großer Härte ein, während die Zahlungen, die die öffentlichen Kassen noch für das Jahr 1810 zu leisten hatten, verweigert wurden.[4])

Und bei all dieser Not keine Hoffnung mehr auf bessere Zeiten! Nur die Mutigsten erwarteten noch Rettung von Rußland. Daß Alexander sich für Oldenburg verwenden würde, galt bei den nahen verwandtschaftlichen Beziehungen als ausgemacht. Aber durfte man sich von dieser Einmischung viel versprechen? Hatte denn Napoleon jetzt irgendwie Ursache, sich Rußland gefällig zu erweisen? Leider war es nicht so. Seit der österreichischen Heirat war das Verhältnis der Bundes-

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Brief des Herzogs vom 16. Februar 1811.
[2]) Ebenda. Bericht Lützows an den Herzog vom 18. Januar 1811.
[3]) Ebenda. Bericht Mutzenbechers vom 26. Januar 1811.
[4]) Ricklefs Bd. I, Heft 3, S. 75.

genossen kalt, ja eisig kalt geworden. „Man spricht nicht mehr mit mir, das Vertrauen, welches man mir früher erwies, ist verbraucht," klagt der französische Botschafter in Petersburg in einem Briefe vom 12. Dezember 1810.[1]) Man rechnete schon auf beiden Seiten ernstlich mit kriegerischen Verwickelungen. Rußland tat nichts, diese Beziehungen zu verbessern. Vielmehr suchte es gerade jetzt mit voller Überlegung Frankreichs Interessen an einer empfindlichen Stelle zu schädigen. Denn am 31. Dezember erließ es ein Handelsgesetz, das die Einfuhr von Kolonialwaren unter neutraler Flagge gestattete, dagegen die Einfuhr von Seidenstoffen, Spitzen, Porzellan und anderen französischen Fabrikaten ganz untersagte.[2]) Nur in der äußersten Not pflegte Napoleon solche Maßregeln ruhig hinzunehmen. Jetzt aber war er auf ein gutes Einvernehmen mit Rußland nicht mehr angewiesen. Preußen war niedergeworfen, Österreich tief gedemütigt. Er fühlte sich stark genug, nötigenfalls den Kampf gegen die moskowitische Macht zu wagen, und war deshalb nicht gewillt, sich in seinen Eroberungsgelüsten durch Rußland hindern zu lassen.

Die oldenburgische Hiobspost, die durch den Herzog und Kurakin nach Petersburg gelangte, empörte den Zaren aufs tiefste. Er erklärte dem französischen Botschafter, daß er in der Wegnahme Oldenburgs eine Verletzung des Tilsiter Friedens und eine bewußte Absicht, dem russischen Hause eine Beleidigung zuzufügen, erblicke. Doch damit begnügte er sich nicht. Kurakin ward bevollmächtigt, „die dringendsten Vorstellungen zu machen, und wenn diese erfolglos bleiben sollten, einen nachdrücklichen Protest einzureichen, in dem die Gerechtsame des Kaisers, des Herzogs und des ganzen holsteinischen Hauses auf das feierlichste und bündigste verwahrt würden." [3])

In einer Konferenz vom 8. Februar fand Kurakin Gelegenheit, des Kaisers Auftrag zu erfüllen. Er erklärte dem französischen Minister, „daß der Herzog als bloßer Administrator nicht befugt sei, über die Abtretung eines Landes zu unter-

[1]) Bignon (Auszug S. 27).
[2]) Häusser III, 627.
[3]) Mutzenbecher S. 300.

handeln, das eigentlich Rußland gehöre, daß also eine jede Verhandlung hierüber nur dem Kaiser von Rußland vorbehalten sei und der Zar mithin alles, was Seiner herzoglichen Durchlaucht widerfahre, so ansehen müsse, als ob es ihm selbst widerfahren sei. Der Tilsiter Friede versichere Seiner herzoglichen Durchlaucht den Besitz des Herzogtums Oldenburg, und der Kaiser müsse daher die Inkorporation dieses Landes als einen offenbaren Bruch jenes Friedens ansehen."[1]) Als Cadore dem russischen Gesandten klar zu machen suchte, daß seine Erklärungen wohl kaum Erfolg haben würden, weil Napoleon durch das Senatskonsult gebunden sei, schloß Kurakin die lange Unterhaltung mit den Worten: „Wenn der Kaiser Napoleon den gefaßten Beschluß nicht abändern könne, so würde Alexander auf das feierlichste gegen die Inkorporation des Herzogtums protestieren und die Gerechtsame des Herzogs sowie die Seinigen wahren."[2]) Am 15. Februar 1811 erfolgte die Antwort. Napoleon bedauere, in diesem Punkte den Wunsch Rußlands nicht erfüllen zu können, da es ihm unmöglich sei, vermöge der Konstitution des Reiches, von einem angenommenen Senatskonsult abzugehen. Er wollte aber aus Rücksicht gegen Alexander und aus wahrer persönlicher Achtung für den Herzog die volle Souveränität ihm erhalten und diese auf Erfurt übertragen. Nach dieser ablehnenden Antwort reichte Kurakin pflichtgemäß seine Protestnote ein.[3])

So war eine Hoffnung nach der anderen verflogen. Rußlands Verwendung war erfolglos geblieben, Peters flehentliches Schreiben an den Kaiser nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Als Lützow es am 25. Januar überbrachte, bemerkte Cadore, daß diese Note jetzt gegenstandslos geworden sei, weil der Kaiser bereits entschieden habe. Auch für die Ablehnung der Entschädigungsvorschläge hatte Napoleon nur ein verächtliches Achselzucken. Mit einem „S'il n'en veut pas, tant pis pour lui" ging er darüber hinweg.[4])

---

[1]) Mutzenbecher S. 301.
[2]) Mutzenbecher S. 302.
[3]) Mutzenbecher S. 302.
[4]) Corresp. 17326.

Napoleons Entschluß stand fest. Um jeglichen Zweifel seiner Absicht an der Einverleibung Oldenburgs zu heben, erschien am 22. Januar 1811 ein neues Dekret. „Es soll unverzüglich von der Herrschaft Varel, den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Wildeshausen, den Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst, von dem Lande Wührden, wie auch von dem Elsflethischen Zoll und von dem zwischen der Trave und den holsteinischen Grenzen gelegenen Teile des Fürstentums Lübeck in Unserem Namen Besitz genommen werden," lautete der erste Artikel. Die weiteren Bestimmungen dieses Dekrets ordneten die Erhebung der oldenburgischen Einkünfte von Beginn des Jahres 1811 ab für Frankreich an, übertrugen des Herzogs Souveränität auf Erfurt und das zu jenem gehörige Land, sicherten Peter bis zur vollständigen Entschädigung den Besitz seiner Schlösser, Gärten und Domänen zu, beauftragten Bacher mit den Entschädigungsverhandlungen und ernannte den Prinzen von Eckmühl zum Kommissar bei der Besitzergreifung.[1]) Champagny sandte dieses Dekret mit genauen Verhaltungsmaßregeln an den Prinzen von Eckmühl.[2]) Da dieser aber wegen überhäufter Geschäfte sich unmöglich von Hamburg entfernen konnte, ernannte er den Präfekten des Ober-Ems-Departements v. Keverberg zu seinem Stellvertreter.[3])

Am 18. Februar 1811 traf dieser in Oldenburg ein. Da er durch den Oberlanddrosten von der Decken[4]) den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, den Herzog möglichst bald zu sprechen, so wurde der Vormittag des 19. zu dieser Unterredung bestimmt. Hier erklärte nun Keverberg, daß er von dem Fürsten von Eckmühl zur Besitznahme des Herzogtums bevollmächtigt sei. Da sich seine Vollmacht lediglich auf die in dem Senatskonsult vom 13. Dezember 1810 bestimmte Inkorporationslinie bezog, bemerkte ihm der Herzog, daß, wenn keine neuen Gründe für die Besitzergreifung geltend gemacht werden könnten, oder diese nur aus dem Senatskonsult hergeleitet würden, die Lützow

[1]) Staatsarchiv Osnabrück O. E.. D., I. A. Dekret vom 22. Januar 1811.

[2]) Ebenda.

[3]) Old. Duc. Abt. D. Nr. 323. Schreiben Eckmühls an Keverberg.

[4]) Hammerstein hatte wegen vollständiger Zerrüttung seiner Finanzen den Ministerposten niederlegen müssen.

mündlich gegebene Versicherung des Herzogs v. Cadore, sowie die ihm durch Bacher wiederholte Zusicherung, daß der Kaiser ihm freie Wahl lasse, entweder sein Land zu behalten oder es zu vertauschen, eine zu seinen Gunsten gemachte Ausnahme von dem Dekret begründe, mithin dieses Dekret auf ihn nicht angewandt werden könne. Zugleich machte er ihn auf die mittlerweile eingetretene Verwendung Rußlands aufmerksam, die die Entscheidung der Angelegenheit gewissermaßen aufhebe.[1]) Hierbei las er ihm die wichtigsten Stellen der erhaltenen Depeschen vor und übergab ihm sogar Abschriften. Keverberg geriet in große Verlegenheit. Schriftstücke, mit denen er den Herzog hätte widerlegen können, hatte er nicht zur Verfügung. Peter bestand auf seinem Verlangen, daß Keverberg schriftlich seine Absicht erkläre, im Notfalle Gewalt anwenden zu wollen, und wiederholte, daß kein anderes Mittel ihn veranlassen werde zu weichen.[2])

Der kaiserliche Kommissar fand keinen anderen Ausweg, als sich von Hamburg aus neue Verhaltungsmaßregeln zu erbitten. Er erklärte dem Herzog, daß er, wenngleich er von der Fruchtlosigkeit seiner Anfrage in Hamburg überzeugt sei, dennoch selbst auf die Gefahr hin, sich bei seinen Vorgesetzten lächerlich zu machen, Nachrichten von dem Fürsten von Eckmühl einholen wolle, hiernach aber unverzüglich die kaiserlichen Befehle zur Ausführurg bringen werde. Indes brauchte er eine Antwort von Hamburg nicht erst abzuwarten. Denn schon am 20. Februar zwischen 8 und 9 Uhr abends traf ein Kurier in Oldenburg ein, dessen Depeschen keinen Zweifel ließen, daß die Besitznahme des Herzogtums in Paris endgültig beschlossen sei. Zugleich berichteten sie die baldige Ankunft Bachers, der nach Übertragung der Souveränität des Herzogs auf Erfurt und dessen Umgebung wegen etwa noch erforderlicher Entschädigungen unterhandeln sollte. Keverberg wandte sich sofort mit den dringendsten Bitten um Gewährung einer Audienz an den Herzog. Am andern Morgen benachrichtigte ihn v. der Decken,

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht des Herzogs an Lützow vom 21. Februar 1811.
[2]) Staatsarchiv Osnabrück O. E. D., I. A. Brief Keverbergs an Chaban vom 19. Februar 1811.

daß der Herzog eine sehr unruhige Nacht verbracht habe und ihn bitten lasse, seinen Besuch auf 11 Uhr vormittags zu verschieben.[1]) Um diese Zeit ward Keverberg vorgelassen. Er zeigte die bei ihm eingelaufenen Depeschen, unter denen sich auch eine Abschrift des Dekrets vom 22. Januar befand. Mit der äußersten Überraschung vernahm nun der Herzog, daß auch ein Teil des Fürstentums Lübeck ihm abgesprochen werde. Er erklärte, daß er nicht die mindeste Kenntnis hiervon gehabt habe, daß er sich gerade dorthin habe zurückziehen wollen, falls ihm Oldenburg genommen werde, und daß er mit ebenso großer Verlegenheit als Betrübnis sehen müsse, daß auch dieser letzte Zufluchtsort ihm genommen worden sei.[2]) „Vergebens," heißt es in einem Berichte Keverbergs an Cadore, „suchte ich Seine Hoheit mit der Versicherung zu beruhigen, daß Seine Majestät in seiner Gerechtigkeit und seinem besondern Wohlwollen gegen ihn, nicht die Absicht habe, ihm seinen Rang zu nehmen, daß die Souveränität von Erfurt und die Mission Bachers deutliche Beweise der gerechten Gesinnung und Hochherzigkeit des Kaisers seien, und daß Eutin wohl Eigentum des Herzogs bleiben werde. Seine Hoheit wollten mich nicht verstehen."[3]) Peter erklärte schlechthin, daß im Falle der Besitzergreifung ihm nichts übrig bleibe, als Oldenburg zu verlassen. Darauf fragte ihn der Präfekt, ob er Kommissarien ernennen wolle, um das Land zu übergeben. Der Herzog lehnte diese Aufforderung mit der Begründung ab, daß er sich dazu nicht befugt erachte. Als er dann weiter befragt wurde, ob er Kommissarien ernennen werde, um mit dem Baron Bacher zu verhandeln, antwortete Peter, daß solche bereits ernannt worden seien, daß aber deren Vollmacht in dem Augenblicke erlöschen werde, wo er Oldenburg verlasse. Schließlich entgegnete er auf die Anfrage, ob er seine Gerechtsame nicht abtreten wolle, daß er nichts abzutreten habe, da er nur als Administrator und Vormund das Land besitze, das seiner Familie gehöre.[4]) [5])

[1]) Staatsarchiv Osnabrück O. E. D., I. A. Bericht Keverbergs an Cadore vom 21. Februar 1811.

[2]) Ebenda. Bericht Keverbergs an Cadore vom 21. Februar 1811.

[3]) Ebenda. Bericht Keverbergs an Cadore vom 21. Februar 1811.

[4]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht des Herzogs an Lützow vom 21. Februar 1810.

[5]) Im Artikel VI der Cessionsakte heißt es: „Seine des Herrn

Würdevoll und erhaben war Peters Verhalten bei diesen Unterredungen, in denen er wahrer Fürstengröße nichts vergab und nach dem Zeugnisse des kaiserlichen Kommissars „bald in einer Bewegung, die ihn kaum die Tränen zurückhalten ließ, bald mit großer Lebhaftigkeit, selbst mit Heftigkeit, aber ohne sich jemals einen Mangel an Rücksicht zu Schulden kommen zu lassen,“[1]) unerschrocken sein gutes Recht gegen despotische Willkür vertrat. Taub gegen jede Lockung beharrte er unerschütterlich bei seinem Entschlusse, so daß Keverberg gewaltsam den ihm gewordenen Auftrag durchsetzen mußte.[2]) Schon hatte er den 25. Februar zur feierlichen Besitzergreifung ausersehen. Da er nun aber die Auskunft Bachers, dessen Vorschläge der Herzog aus Achtung gegen den Kaiser noch anzuhören ihm versprochen hatte, erst abwarten wollte, zugleich aber, um Peter die nötige Zeit zur Abreise zu lassen, entschloß er sich, den schon festgesetzten Termin auf den 28. Februar zu verschieben.

Er traf nun die letzten Vorbereitungen. Am 24. war von Hamburg das kaiserliche Dekret vom 22. Januar endlich angelangt, so daß der Herzog doch noch kurz vor seiner Flucht amtlich davon in Kenntnis gesetzt werden konnte. Dann war es Keverbergs Sorge, daß die bevorstehende Feier mit möglichstem Pomp begangen würde. Doch wurde auch der Brigadegeneral de Sailly beauftragt, seine Mannschaft bereit zu halten, um bei etwa vorkommenden Unruhen sofort zur Stelle zu sein.[3]) Endlich am 26. benachrichtigte der Präfekt den Oberlanddrosten, daß

Bischofs Durchlaucht als primus acquirens sollen so wenig als dero Deszendenten jemals befugt sein, ohne den ausdrücklichen Konsens Ihrer kaiserlichen Hoheit und dero Deszendenten, und ohne Miteinstimmung aller übrigen Kollateral Agnaten obenerwähnte Grafschaften zu verpfänden, oder mit hypothekarischen Schulden zu bebürden, oder sonst auf irgend eine Weise zu zergliedern oder zu schmälern. Abt. H. Tit. VI. Nr. 13.

[1]) Staatsarchiv Osnabrück O. E. D., I. A. Brief Keverbergs an Chaban vom 19. Februar 1811.

[2]) Keverberg gibt in seinen Berichten von dem würdigen Verhalten des Herzogs ein äußerst packendes Bild. Einige interessante Stellen dieser Berichte hat der unbekannte Verfasser des Bignonschen Auszuges (S. 98—103) wiedergegeben, und diese sind dann in das Pleitnersche Werk (I., 141—144) übergegangen. Weitere charakteristische Stellen dieser Berichte siehe im Anhang.

[3]) Staatsarchiv Osnabrück O. E. D., I. A. Brief Keverbergs an Cadore vom 1. März 1811.

die Notwendigkeit, des Kaisers Willen zu erfüllen, ihn verpflichte, nochmals daran zu erinnern, daß der 28. Februar für die Besitzergreifung festgesetzt worden sei, und daß am Nachmittage des 27. das jene verfügende Patent zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden müsse.

Inzwischen hatte der Herzog sichere Nachricht erhalten, daß Bacher bis zum 28. nicht in Oldenburg eintreffen werde. Er rüstete deshalb zur Flucht. Schon am 20. hatte er eine Kommission eingesetzt, die zunächst Bachers Anträge entgegennehmen, dann aber, falls die Übergabe des Landes nicht abzuwenden sei, für die herzogliche Dienerschaft sorgen und sein Privateigentum retten sollte. Um niemanden in Verlegenheit zu bringen, beauftragte er jetzt die Mitglieder dieser Kommission, den Kammerrat Mentz und den Kanzleirat Runde, nach seiner Abreise in seinem Namen Volk und Dienerschaft jeder Dienstpflicht zu entlassen. Am 26. teilte er dem Präfekten mit, daß er sein Gefolge über Bremen reisen lassen wolle, Keverberg möge Sorge tragen, daß es nicht von der Douane belästigt würde. Gern erfüllte dieser seinen Wunsch, und Peter bedankte sich bei ihm für die ihm persönlich bewiesene Rücksichtnahme. Noch in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar entfernte er sich dann, um nicht Zeuge der Huldigung zu sein, mit deren Feierlichkeiten am Nachmittage des 27. begonnen werden sollte.

Das Schicksal ihres Landesherrn ging seinen Untertanen sehr zu Herzen. „Mit der bewundernswürdigsten Seelengröße und Fassung," schrieb damals einer der ersten Beamten des Herzogs, „hat er bis auf den letzten Augenblick seine Pflichten erfüllt, und hat den Dank und die Liebe in aller Herzen zurückgelassen. Nie ist ein Fürst so geliebt worden; aber welcher verdiente es auch so?" [1])

Sofort nach der Abreise des Regenten erbaten und erhielten die Kommissionsmitglieder Mentz und Runde ihre Entlassnng aus dem Landesdienst, um nicht mit in der Liste der Beamten aufgeführt zu werden, die am nächsten Morgen dem französischen

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Brief Zehenders an Maltzahn vom 27. Februar 1811.

Kaiser den Treueid schwören sollten. Sie ließen am 28. Februar morgens um $8^1/_2$ Uhr die Dienerschaft beim Rathaus zusammen kommen und entbanden dort im Namen des Herzogs alle seine Untertanen vom Eide der Treue. Zugleich ermahnten sie in seinem Auftrage alle Bewohner des Herzogtums zur Ruhe und zum Gehorsam gegen die ihnen künftig vorgesetzten Obrigkeiten und ermunterten die Beamten, ihre erprobte Treue und ihren Diensteifer auch ferner in dem Wirkungskreise, der ihnen anvertraut werden möchte, zum Wohle des Landes unermüdlich zu beweisen.[1])

Einige Stunden später wurde von dem kaiserlichen Kommissar v. Keverberg in der Lambertikirche die Besitznahme feierlich verkündet. „Die Huldigung ward geleistet, nach dem Moniteur im Gefühle der Freude, nach der Wahrheit aber im Gefühle des bittersten Schmerzes, in banger Ahnung einer unglücklichen Zukunft.“ [2]) [3])

Eine Vertretung Oldenburgs am französischen Hofe war fortan überflüssig. Deshalb erhielt Maltzahn vom Herzoge den Befehl, sich baldigst zu beurlauben. Als er sich von Champagny verabschiedete, fragte dieser, wie man denn in Zukunft die Entschädigungsfrage verhandeln wolle. Maltzahn entgegnete, daß die Entscheidung von dem Chef des Hauses abhinge. „Ach,“ sagte der Minister, „das sind Familienangelegenheiten, davon können wir keine Notiz nehmen. Wir traktieren nur mit dem Besitzer.“[4]) Am 16. März reiste Maltzahn ab. Auch Lützow, der als gleichzeitiger mecklenburgischer Geschäftsträger noch in Paris blieb, wurde beauftragt, bei Gelegenheit zu erklären, daß der oldenburgische Herzog keinen Bevollmächtigten mehr in Paris habe.

In Oldenburg hatten die von Peter bestellten Kommissare die unangenehme Aufgabe, die dem Herzoge nach dem kaiserlichen Dekrete vom 22. Januar zustehenden Rechte geltend zu

[1]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 13. Urkunde vom 26. Februar, verlesen am 28. Februar 1811.

[2]) Mutzenbecher S. 306.

[3]) Über die Zeremonien bei den Feierlichkeiten siehe Pleitner (I, 145—51). Die bei dieser Gelegenheit von Keverberg gehaltenen Rede siehe im Anhang III.

[4]) Briefw. mit Maltzahn. Bericht Maltzahns vom 15. März 1811.

machen. Sie taten, was in ihren Kräften stand. Dem Präfekten von Keverberg überreichten sie die Forderung auf Erhaltung der Revenüen von 1810 und der Domänen und beriefen sich dabei mit Recht auf die Artikel 2 und 4 des oben erwähnten Dekrets. Der kaiserliche Kommissar sandte die Noten an die Gouvernementskommission in Hamburg. Als Bacher endlich am 4. März in Oldenburg eintraf, legten sie auch ihm diese wichtigste Forderung vor, ohne deren Erledigung jede weitere Verhandlung überflüssig sei.[1]) Bacher wollte sich weitere Befehle von Cadore erbitten. Indes erfolgte weder aus Hamburg noch aus Paris eine Antwort. Die am 30. Dezember geraubten 250000 Taler sah man nie wieder. Bezüglich der dem Herzog zugesicherten Domänen brachte der Präfekt eine neue Ausrede vor, um ihre Besitznahme zu entschuldigen. Er behauptete, der Kaiser habe nur diejenigen Güter gemeint, die der Herzog selbst angekauft habe. Man verfuhr also ganz nach Willkür und verschonte selbst das herzogliche Schloß nicht. Es wurde in ein Lazarett verwandelt, und das Mobiliar auf Rechnung der französischen Kassen verkauft. So konnten die Kommissare nur die Einkünfte der von dem Herzoge selbst erworbenen Grundstücke zur Unterstützung der Dienerschaft und zum Besten der Pensionäre verwenden, bis bei Ausbruch des Krieges gegen Rußland auch diese beschlagnahmt wurden und die Kommissare Oldenburg verlassen mußten.[2])

Merkwürdig gestaltete sich das Schicksal des zwischen Trave und Holstein gelegenen Teiles von Lübeck, der nach dem Dekret vom 22. Januar 1811 ebenfalls französisch werden sollte. Keverberg, der auch mit der Besitznahme dieses Distriktes beauftragt war, hatte den Herzog hiervon in Kenntnis gesetzt, und dieser hatte bei der Unmöglichkeit des Widerstandes seinen dortigen Untertanen befohlen sich den Befehlen des Fürsten von Eckmühl zu unterwerfen.[3]) Am 2. März wurde dann an Stelle Keverbergs der Konsul von Lübeck Graffet mit der Ausführung des Dekrets bevollmächtigt. Aber noch bevor er seines

---

[1]) Briefw. mit Maltzahn. Brief Rundes an Maltzahn vom 28. April 1811.
[2]) Runde 112.
[3]) Mutzenbecher 306.

Amtes waltete, lief ein Schreiben des Herzogs von Cadore in Hamburg ein, infolge dessen der Prinz von Eckmühl die Besitznahme suspendierte, um den Ausgang der Verhandlungen in Oldenburg mit dem Baron Bacher abzuwarten. Man zog noch über jenen Distrikt, wie auch über Eutin, insbesondere über die Küsten von Travemünde bis Neustadt genaue Erkundigungen ein. Weiter ging man indes nicht. Da sich herausstellte, daß an den sandigen, seichten Küsten kein Schmuggel getrieben wurde, Landungen unmöglich seien, und überdies auch Dänemark hier Souveränitätsrechte ausübte, sah man später von einer Besitznahme dieser Gegend ab.[1])

Eutin hatte man dem Herzog von vornherein gelassen, und hierhin hatte er sich zurückzuziehen gedacht. Als er aber von der geplanten Einverleibung des zwischen der Trave und Holstein gelegenen Teiles von Lübeck erfuhr, hielt er sich dort nicht mehr für sicher. „Es war meine Absicht," schrieb er am 23. Februar an Hammerstein, „wenn ich hier zu weichen genötigt sein sollte, nach Eutin zu gehen, allein unter diesen Umständen erscheint mir dies nicht tunlich und selbst für meine Erhaltung nicht verantwortlich. Auftritte der Art in so kurzer Zeit zweimal zu ertragen, möchte wohl niemand imstande sein."[2])

Aber wohin sollte er sich wenden? In Rußland hatte er wohl eine sichere Zufluchtstätte. Doch wollte Peter nicht dem Oberhaupte seines Hauses lästig fallen und durch seine Anwesenheit dessen politische Maßnahmen beeinflussen. In seinen Briefen an Alexander hatte er immer wieder bemerkt, daß er sehr wohl wisse, daß kleine Landesinteressen höheren politischen Rücksichten größerer Reiche nachstehen müßten. Aber schon am 8. Januar hatte dieser ihm geantwortet, „daß er in allem, was dem Herzog geschehen sei, eine absichtliche Beleidigung Rußlands habe erblicken müssen. Wenn die Vorstellungen in Paris keinen Erfolg hätten und Peter, wie er im voraus sicher sei, keine Entschädigung annehmen wolle, so möge er an den russischen Hof kommen, wo er mit offenen Armen empfangen

[1]) Abt. H. Tit. VI. Nr. 10. Korrespondenz Eckmühls mit Chaban vom 2.—11. März 1811.

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs vom 23. Februar 1811.

werden würde."[1]) Anfänglich wollte Peter dieser Einladung nicht Folge leisten, um nicht den Anschein zu erwecken, als sei der Zerfall des französisch-russischen Bündnisses sein Werk.[2]) So hielt er sich bis tief in den März in Berlin auf, bis er schließlich doch auf die russische Einladung einging.

Hier nahm man sich des Vertriebenen warm an. Schon vor seiner Ankunft hatte Rußland in den letzten Tagen des März und Anfang April wegen der Wegnahme des Herzogtums Oldenburg eine feierliche Protestnote an alle europäischen Höfe gesandt. Zu den schon schwebenden Differenzen zwischen Petersburg und Paris trat nun noch die oldenburgische Frage. Sie stand hinfort im Vordergrunde der sich immer mehr zum Bruche zuspitzenden gereizten Verhandlungen. Da Rußland auf Wiedereinsetzung Peters bestand, Frankreich aber den Herzog nur mit einer Entschädigung abfinden wollte, konnte man zu einer Verständigung nicht gelangen. Schließlich schrieb Napoleon an den Zaren: „Ew. Majestät haben vor ganz Europa Verwahrung eingelegt, wie sie nur die Mächte in dem Augenblicke zu erheben pflegen, wenn es zum Schlagen kommen soll, und sie nichts mehr vom Unterhandeln erwarten. Ich habe darauf nicht geantwortet ... Der Krieg ist also zwischen uns ausgebrochen."[3])

Der Krieg führte den weltbeherrschenden Kaiser nach Moskau, aber bei seinem Rückzuge durch das ausgesogene, verwüstete Land erlag sein sieggewohntes Heer dem Schrecken des nordischen Winters. In dem Zusammenbruche der napoleonischen Macht sahen die Völker Europas die rächende Hand Gottes. Dort hat auch der an dem edelsten der Gottorper verübte Gewaltstreich seine Sühne gefunden.

---

[1]) Brief Alexanders an den Herzog vom 8. Januar 1811. Anmerkung bei Bignon (Auszug S. 93).

[2]) Briefw. mit Hammerstein. Brief des Herzogs aus Berlin vom 13. März 1811.

[3]) Bignon X, 50 (im Auszuge S. 72).

Anhang.

I.

Bericht des Präfekten v. Keverberg an den Herzog v. Cadore über eine Unterredung mit dem oldenburgischen Herzoge vom 21. II. 1811. (Staatsarchiv Osnabrück. O. E. D. I. A.).

Monseigneur!

Le courier, que Votre Excellence a dépêché le 11. de ce mois à Monsieur le Maréchal Prince d'Eckmühl, est venu me trouver ici hier le 20. du courant entre 8 et 9 heures du soir. Il m'a remis la lettre, dont j'ai l'honneur d'adresser copie à Votre Excellence.

Monsieur le Maréchal ayant daigné me substituer pour remplir la commission, dont Votre Excellence l'avait chargé, je me suis empressé de demander une audience à Son Altesse Sérénissime le Duc d'Oldenbourg avec les plus fortes instances pour qu'elle me fût accordée le plutôt possible afin de ne pas arrêter votre courier.

Le Duc m'envoya ce matin son grand Drossard le Baron von der Decken pour m'informer, que Son Altesse ayant passé une nuit fort agitée, Elle me priait de remettre ma visite à onze heures avant midi.

Ce fut alors que Monsieur le Grand Drossard m'introduisit auprès de Son Altesse.

Je lui rendis compte de l'objet de ma mission, dont elle était déjà prévenue tant par un office du Baron Bacher daté de Francfort du 15. février, que par les ouvertures, que j'avais faites à ce sujet à son grand Drossard, qui remplit ici les fonctions de Ministre sans en avoir le titre.

Le Duc m' écouta avec une émotion très visible, mais avec beaucoup de patience, puis évitant d'abord de répondre à mes instances relatives à la nomination d'un commissaire

pour la cession et remise du Duché, il me répliqua, qu'il apprenait avec une surprise extrême, que Sa Majesté l'Empereur réunissait aussi la principauté de Lubeck à l'Empire français, qu' il avait espéré conserver au moins cette portion de sa souveraineté et jusqu'ici il n'avait pas eu la moindre connaissance, qu'elle eût du titre incorporée à la France, que ne pouvant plus rester à Oldenbourg il avait compté se rendre à Eutin, et qu'aujourd'hui il devait voir avec autant d'embarras que de regret, que cette dernière retraite lui était enlevée.

Je me hâtai de lui répondre que S. A. S. était dans l'erreur, qu'il ne s'agissait pas de la réunion de la totalité de la principauté de Lübeck mais seulement de la partie située entre la Trave et le Holstein, qu'en consultant la carte il me paraissait évident, que la ville d'Eutin devait rester à Son Altesse et qu'en général Sa Majesté Impériale ne lui demandait que les sacrifices indispensables au salut du continent, en ordonnant au surplus à son chargé d'affaires près de la confédération du Rhin de négocier avec un commissaire ducal tous les objets relatifs aux estimations, indemnités et au réglement de tous les intérêts.

Le Duc répliqua, qu'il ne s'agissait pas de lui personnellement, qu'il avait terminé sa carrière et qu'il était trop vieux pour en recommencer une nouvelle, mais que Sa Majesté l'Empereur lui ayant notifié par l'organe du Baron Bacher, que ce chargé d'affaires allait se rendre près de lui, il fallait au moins, qu'il sût dans quel endroit il en recevrait les ordres de Sa Majesté, que si, comme il le supposait, j'allais prendre possession du Duché d'Oldenbourg, il ne pouvait pas rester dans la ville de ce nom, que la propriété d'Eutin, ne lui restant plus, il ne savait où se rendre, et qu'en conséquence c'était à moi de juger, si, sans contrevenir aux intentions de S. M. l'Empereur Elle-même, je pouvais procéder à la prise de possession d'Oldenbourg avant l'arrivée de Monsieur Bacher, qu'il me priait de réfléchir, que lui devenait nul du moment où son administration cessait en même temps, qu'il perdrait

la possession d'Eutin, et qu'un particulier, comme il allait l'être, n'avait point de qualité pour négocier avec un grand Monarque.

Ce fut envain, que j'essayai de tranquilliser S. A. en lui assurant, que S. M. dans la justice et dans la bienveillance particulière, dont elle est animée envers lui, n'avait pas l'intention de le faire descendre de son rang, que la souveraineté d'Erfurt et la mission de Monsieur Bacher étaient des preuves évidentes des vues justes et magnanimes de l'Empereur et que nommément la ville d'Eutin semblait devoir rester la propriété du Duc. Son Altesse eut l'air de ne pas me comprendre et persista dans sa déclaration, qu'elle réitéra à différentes réprises.

Quant à l'objet principal de ma mission, celui de nommer un commissaire pour la cession et la remise à S. M. l'Empereur du Duché d'Oldenbourg, comme aussi pour délier les sujets de leur serment de fidélité, le Duc me déclara formellement et plus d'une fois, qu'il ne dépendait pas de lui de nommer une commission de ce genre, que certainement il ne laisserait pas ses sujets dans l'embarras et qu'ils seraient déliés de leur serment, qu'une commission ad hoc était déjà nommée, mais qu'il n'était pas plus maître de ceder le Duché d'Oldenbourg, que je ne l'étais moi, de disposer du Département d'Osnabrück, que l'unique différence, qui subsistent entre nous, était qu'il tenait de la naissance ce que la bienveillance de mon souverain m'avait accordé, qu'il n'était pas Prince regnant mais administrateur, qu'il n'avait aucun droit à céder, et que sans le concours de toute sa famille et surtout de l'autorisation de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies il ne pouvait dans aucun cas et nullement disposer du Duché d'Oldenbourg.

Je priai alors Son Altesse de me dire, si Elle m'autorisait à adresser cette réponse de sa part à Votre Excellence.

Cette question parut l'embarrasser. Elle éluda d'abord d' y répondre et termina par réitérer avec beaucoup de fermeté sa déclaration.

Voyant la résolution du Duc inébranlable je lui observai, que Votre Excellence en serait informée, que je savais, qu'Elle ne s'y attendait pas et que je ne doutais point, qu'elle ne fut pour Elle un sujet d'étonnement et de chagrin, que de mon coté je pensais, que dans cette occasion Son Altesse devrait s'en remettre avec confiance à la magnanimité d'un grand Souverain, qui lui avait donné tant de preuves d'une bienveillance, qui certainement n'était pas éteinte. Je lui déclarais de plus, que le senatus Consult du 13. devant, conformément aux intentions de l'Empereur, être exécuté sans delai, S. A. S. ne pouvait pas trouver mauvais, que je prisse les mesures nécessaires pour remplir la volonté Souveraine.

Le Duc ne fit plus d'objection. Il m'engagea seulement à considérer, combien il devait désirer recevoir encore à Oldenbourg les ordres, que Monsieur Bacher lui remettrait de la part de l'Empereur, et combien il était intéressant pour lui d'avoir le temps nécessaire pour quitter sans trop de précipitation une ville, où il ne pourait plus rester.

L'acte solennel, dont il s'agit, ne pouvait dans aucun cas avoir lieu avant le 25. de ce mois, vu les difficultés de réunir plus promptement dans ce pays et cette saison les principales autorités civiles et militaires du Duché, j'ai cru, Monseigneur, remplir vos intentions en usant encore en cette circonstance de déférence et de procédés envers le Duc, et comme la journée du 25. lui paraissait trop approchée, et qu'il ne fit aucune observation, lorsque je lui proposais celle du 28., j'ai de son consentement tacite fixé ce jour pour procéder à la prise formelle de possession comme aussi à la prestation du serment des fonctionnaires.

Comme tout ce qui tient aux nouvelles explications, que j'eus dans une conférence de près d'une heure et demie avec Son Altesse Sérénissime, parait mériter l'attention particulière de Votre Excellence, j'ai cru de mon devoir de lui en rendre un compte des plus exactes et des plus

détaillés. J'observe respectueusement à Votre Excellence, que dans le rapport je ne crois pas avoir employé une seule expression comme émanée, dont S. A. ne se soit pas servie Elle même.

II.

Aus einem Bericht des Präfekten v. Keverberg an den Grafen Chabau vom 3. III. 1811 (Großherzogl. Haus- und Centralarchiv Abt. H Tit. VI Nr. 8):

Le gouvernement, ou pour parler avec plus de précision, l'administration de Son Altesse Sérénissime mérite sous bien des rapports des éloges. Le Prince était réellement attaché aux Oldenbourgeois et ne s'occupait que du soin de les rendre heureux. Il aimait les arts, les sciences et s'est toujours montré libéral envers les savants. Les serviteurs étaient très bien payés; il les traitait avec bonté, mais ne leur pardonnait jamais des exactions. Lorsqu'il s'élevait des plaintes contre eux, il prononçait dans le doute toujours en faveur des sujets, il a dépensé beaucoup en bâtiments, parmi lesquels une église catholique fait honneur à sa tolérance.

III.

Die bei Gelegenheit der feierlichen Besitzergreifung Oldenburgs in der Lambertikirche vom Präfekten v. Keverberg gehaltene Rede.

Meine Herren!

Sie haben den Beschluß des Senats, den Willen des Kaisers, den Gegenstand meiner Sendung vernommen.

Hinfort ist Frankreich Ihr Vaterland und das gegenseitige Band väterlicher Sorgfalt und dankbarer Treue bindet Sie an Napoleon den Großen.

Wunderbar, meine Herren, waltet das Schicksal über Völker und Fürsten. — Der Sieger am Tagliamento, von Marengo, von Austerlitz, von Wagram endigt jeden seiner ruhmvollen Feldzüge mit Friedensvorschlägen. Dankbar huldigt der Überwundene der Großmut des Helden. Nur der gemeinschaftliche Feind des Kontinents sieht treulos, selbst-

süchtig zufrieden seine Bundesgenossen sinken, und weist im trotzigen Wahn seiner Unerreichbarkeit jedesmal die Friedenspalme zurück. Und aus jedem Kampf, den England erregt, wie aus jedem fehlgeschlagenen Versuch zum Frieden, geht Frankreichs erhabener Beherrscher mächtiger, glänzender und herrlicher hervor, wie die Sonne aus Gewitterwolken, wenn sie die Elemente der Verwüstung zerstreut und sie in erlebenden Regen aufgelöst hat. Es ist jedem, der die neueste Geschichte nur einigermaßen kennt, bekannt und in frischem Andenken, wie der Starke, der bis jetzt unter dem Schutze Gottes und ähnlich dem Feuer des Himmels jeden Feind der französischen Nation niederschleuderte, durch bedeutende und unverkennbare Winke die Hand der Versöhnung selbst seinem unversöhnlichsten Feinde noch vor wenigen Monaten darbot.

Aber in ihrem Übermute sprachen Englands verblendete Minister:

„Uns schützt das Meer. Nie erreichen seine Adler unsere Küste, und zu schwach sind seine Bundesgenossen an der Nordsee, unsern Schiffen die Mündungen der Maas, des Rheins, der Weser und Elbe zu sperren. Kein Friede! Vor unseren Flaggen beuge sich der Kontinent. Der Natur und ihrem Urheber zum Trotz behaupten wir die Alleinherrschaft über das Meer."

Was seine Adler vermögen, erwarten mit gespannter Aufmerksamkeit die bessern Beobachter, die den Mann kennen, der aus dem Wörterbuch seiner Nation das Wort ‚unmöglich‘ verbannte.

Allein der Notwendigkeit gehorcht selbst das Genie, und treu der Stimme der Herrscherpflicht und seinem hohen Berufe rückte Napoleon dem Ziele der Befreiung des Kontinents von der schwächlichen Meeres-Tyrannei einen Riesenschritt näher, indem er in seiner Weisheit und Stärke in den Schoß seines mächtigen Reiches jene Mündungen aufnahm, mit deren Wehrlosigkeit der Feind seine verwegene Hoffnung nährte. So vermehrte auch diesmal Englands Haß gegen fremde Nationen Frankreichs Größe und Macht und öffnete den vereinigten Völkern neue Quellen von Segen.

Wenn aber große Seelen das, was gut und notwendig ist, mit festem Sinn wollen und ausführen, so ehren sie doch, im Bewußtsein ihrer Tugend und Kraft, alle mit dem Heil des Ganzen vereinbaren Rechte des Schwachen.

Das Senatus=Consult, welches die Vereinigung der erwähnten Gegenden mit Frankreich ausspricht, führt den Fürsten, welche durch diese große, aber unerläßliche Maßregel leiden, Entschädigungen zu; und um bei dem, was uns heute am nächsten ist, stehen zu bleiben, das Kaiserliche Dekret, welches die Besitznahme von Oldenburg befiehlt, überträgt zugleich die Souveränität des letzten oldenburgischen Herzogs auf Erfurt und sein Gebiet, schickt den Geschäftsträger des Kaisers am Rheinbund zu S. H. D., um vollends das Entschädigungsgeschäft zu berichtigen, und läßt bis dahin den Fürsten im Besitz aller seiner Domänen. So söhnt der freie Wille der durch Weisheit geleiteten Kraft die Menschheit mit dem eisernen Gesetz der Notwendigkeit aus, und die Tugend stellt das Gleichgewicht wieder her, welches selbst das Fatum nur augenblicklich verrücken konnte. So löset die Allgewalt des Genies jede Schwierigkeit auf, welche der gewöhnliche Mensch mit dem Auge der Verzweiflung anstaunt, so erscheint der Mann der Vorsehung, dessen schöne Bestimmung es ist, alle Sklavenfesseln zu zerbrechen und am Strahle seines unsterblichen Geistes die durch ihn verjüngte Welt zu beleben, in jeder Periode seines tatenreichen Lebens immer größer, gerechter und milder.

Bisher, meine Herren, sahen Sie Napoleon den Großen nur im Dunkel der Ferne. Wohl staunten Sie ihn an, den Unerreichbaren, der dem Siege befiehlt, die Rechte der Einzelnen durch weise Gesetze schützt, der Gewissensfreiheit Tempel errichtet, die Alpen ebnet und die Meere zusammenfließen heischt, und alles das vollbringt, was selbst der kühnste seiner Zeitgenossen als einen frommen Wunsch in seinem Busen zu nähren kaum sich erlaubte. Von nun an treten Sie in innige Verbindung mit dem erhabenen Manne, und bald werden Sie mit dankbaren Tränen erkennen, daß der größte der Monarchen auch der zärtlichste Vater seines Volkes ist.

O, daß es mir vergönnt wäre, Sie von dem Gestade der Jahde an die Ufer des Rheins nur für einen Augenblick zu versetzen, Sie in den Bezirk zu führen, dessen Verwaltung mir vormals anvertraut war, daß ich Ihnen die Distrikte, die Städte, die Dörfer, die Familien, die Individuen zeigen, mit Namen nennen könnte, die segnend in ihrem Kaiser ihren Wohltäter preisen, daß an Ort und Stelle ich es Ihnen sagen könnte: Sehen Sie hier diese verjüngten Dörfer. Vor wenig Tagen noch waren es Ruinen und Schutt, 15 Kommunen hatten Überschwemmung und Eisflut zu Grunde gerichtet, und am Vorabend des letzten Krieges mit Österreich unterzeichnete Napoleon, der Wiederhersteller der französischen Finanzen, ein kaiserliches Gnadengeschenk von einer halben Million für die Verunglückten. Sehen Sie hier die Hütten — arme Fischer sind ihre Bewohner. Sie sah von seinen siegreichen Schlachtfeldern an der Donau Napoleon, wie sie Menschen rettend Flut und Eisschollen durchschifften, und er eilte, lohnend in ihrem Kreise Gold, Auszeichnung und zu allem Guten entflammenden Beifall zu verteilen. Und dort jenes Denkmal am Hügel. Es erhebt sich keinem feindseligen Helden, es ist dem stillen Heldenmute der Tugend gewidmet. Dort schwand in den Wellen die 17jährige Heldin, die Menschen rettend, ein Opfer der Menschlichkeit, fiel, und die unser Goethe so unnachahmlich besang. Sie war ein armes Bauernmädchen, kaum ihren Nachbarn dem Namen nach bekannt. Ihr Andenken verewigt durch dieses Monument der angestaunte Monarch, der mit demselben Adlerblick die großen Angelegenheiten der zivilisierten Welt umfaßt und die verborgenste Tugend unter den niedrigsten Ständen an den äußersten Grenzen seines unermeßlichen Reiches lohnend sieht.

Dann, meine Herren, würde sich in ihrem Busen ein edler Kampf erheben, ob Bewunderung, ob Rührung darin siege, bis diese scheinbare Dissonanz sich in die schöne Überzeugung auflöste, daß nur im Einklang von Stärke und Güte sich der ganze Wert der Menschheit offenbart, und unter allen Sterblichen Napoleon zuerst das Maß der menschlichen Größe erfüllt.

Doch auch Ihnen wird diese erhabene Überzeugung nicht lange fremd bleiben, und ich wünsche mir Glück, daß mir der hohe Genuß bestimmt ist, Sie in alle Segnungen der Zukunft heute einzuweihen, indem ich hier im Tempel des Allerhöchsten, im Angesichte Gottes, vor dem mit Ihnen hier versammelten Volke „Im Namen Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen, Königs von Italien, Protektors des Rheinischen, Vermittlers des Schweizer-Bundes“ feierlich, um nun auf ewig mit Frankreich vereinigt zu sein und zu bleiben, Besitz nehme von der Herrlichkeit Varel, den Ämtern Cloppenburg, Vechta und Wildeshausen, der Grafschaft Oldenburg und Delmenhorst, dem Zoll von Elsfleth und überhaupt von allen in den Grenzen des ehemaligen Herzogtums gelegenen oder damit als abhängig verbundenen Ländern.

Meine Herren! Sie waren bisher treue Diener Ihres vorigen Fürsten. Wohl Ihnen, daß ich Ihnen das ehrenvolle Zeugnis bei Ihrem neuen Landesherrn geben kann: Das Volk, dessen Angelegenheiten Ihrer Sorgfalt anvertraut war, ist ein treues, gehorsames, gutes und biederes Volk. Sie kennen diese Gesinnungen und werden sie befestigen und stärken. In dem Sinne fordere ich Sie auf, für das Volk und für sich dem Kaiser der Franzosen den Huldigungseid in meine Hände zu leisten.

Ihm allein und den Gesetzen des Staats gebührt hinfüro Ihr Gehorsam, Ihre Treue, Ihr Diensteifer. Selbst Ihr scheidender Fürst hat Sie aller andern Verbindlichkeit entbunden.

Hoch lebe der Kaiser!

Druckfehlerverzeichnis.

S. 4 Anm. 2: lies Mutzenbecher statt Mutzenbrecher.
S. 8 Zeile 8: Statesman ship statt Statesmans hip.
S. 8 Zeile 24: Mutzenbecher statt Mutzenbrecher.
S. 50 Zeile 1 von unten: Eckwarden statt Eckwerden.

